

DRK Altenhilfe Themen 2009

Brücken bauen

Soziales Ehrenamt, Generationendialog, Bürgergesellschaft



Fakten | Argumente | Praxisbeispiele für die Facharbeit



DRK Altenhilfe Themen 2009

Brücken bauen

Soziales Ehrenamt,
Generationendialog, Bürgergesellschaft

Fakten
Argumente
Praxisbeispiele
für die Facharbeit

Oktober 2009

Herausgeber:

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Carstennstraße 58
12205 Berlin

Redaktion:

Petra Weingärtner

Autor:

Jörg Marx
E-Mail: marx@pressebuero-berlin.de

Geleitwort

150 Jahre nach der Schlacht von Solferino ist aus der Idee des Schweizer Henry Dunant in Deutschland eine Organisation entstanden, die zugleich Nationale Hilfsgesellschaft, Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und Jugendverband ist. Ein Rotes Kreuz, das in jeder Kommune Deutschlands vorhanden ist und neben 400.000 ehrenamtlich Aktiven über 3,5 Millionen Fördermitglieder verfügt. Zählt man die 3,6 Millionen Blutspender und die zwei Millionen Sach- und Geldspender dazu, so kann man mit Recht von einer großen humanitären Bürgerbewegung in Deutschland sprechen. Geleitet vom Prinzip der Menschlichkeit, bemüht sich das DRK insbesondere darum, existenzielle menschliche Grundbedürfnisse zu schützen und zu sichern.

Dieses Rote Kreuz konnte nur entstehen und sich entwickeln, weil es immer wieder Menschen gab und gibt, die sich für Andere einsetzen, die angetrieben werden von dem Entsetzen über die Brutalität und Unmenschlichkeit zweier Weltkriege und zahlreicher Bürgerkriege, von der Grausamkeit weltweiter Epidemien, von Hungersnöten und Naturkatastrophen.

Heutzutage geht es aber nicht nur um ein Reagieren, sondern vielmehr um Für- und Vorsorge, Aufklärung und Vermeidung. So helfen die Menschen im Roten Kreuz den Alten, den Kranken, den Behinderten und Benachteiligten. Die Menschen im Roten Kreuz klären auf über Gesundheitsgefahren und unterstützen Migranten bei der Integration in die Gesellschaft. Zahlreiche Programme zur Gesundheitsförderung und viele weitere Aktivitäten dienen der Prävention und damit der Vermeidung von Krankheit und Benachteiligung. Alles dies ist nur möglich, weil sich Menschen für Menschen engagieren.

Heute wissen wir: Moderne demokratische Gesellschaften sind ohne das Engagement, den Gestaltungswillen und die Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern nicht denkbar. Bürgerschaftliches Engagement ist das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft. Deshalb ist unsere Gesell-

schaft auf die Existenz von Bürgerengagement angewiesen, denn nur so bleibt sie lebendig und wandlungsfähig. Werte schaffen und diese weitergeben, das können nur Menschen, nicht der Staat. Ideen und Initiativen für eine bessere Gesellschaft kommen von den Menschen selbst. Sich für andere einzusetzen, kann der Staat nicht verordnen, dieses Verantwortungsgefühl können nur die Menschen selbst entwickeln.



Rudolf Seiters

Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes



Wegen der positiven Resonanz auf diese Themenheftreihe haben wir das Spektrum erweitert. Unter dem Begriff Altenhilfe möchten wir nun noch viel mehr Menschen im Roten Kreuz und außerhalb ansprechen. Geradezu unter den Nägeln brennt uns das Thema „soziales Ehrenamt“, das wir in der aktuellen Ausgabe behandeln.

Als Wohlfahrtsverband kann sich das Rote Kreuz durch den Einsatz von Ehrenamtlichen im sozialen Umfeld positiv von anderen Leistungsanbietern absetzen. Die engagierten Menschen im Ehrenamt übernehmen mit ihren Aufgaben Verantwortung und tragen dazu bei, dass das Gemeinwohl berücksichtigt und in der Arbeit des Roten Kreuzes verankert bleibt. Ehrenamtliche Mitarbeiter können freier und unabhängiger agieren als „angestellte“ und bringen so neue Impulse in die Arbeit des Roten Kreuzes. Gewinner dieser Kooperationen sind alle: das Rote Kreuz und die hauptamtlich Tätigen, weil sie bürgerschaftliches Engagement fördern und ihren ideellen Grundsätzen treu bleiben – und die Ehrenamtlichen, weil sie für andere wertvolle Arbeit leisten und dafür Anerkennung erhalten.

Um das soziale Ehrenamt zu fördern, wurde im Generalsekretariat kürzlich ein Projekt durchgeführt. Die Aufgabenstellung lautete: Die Arbeit mit Ehrenamtlichen in DRK-Altenhilfeangeboten initiieren, intensivieren, ausbauen. Im Ergebnis wurden von der Arbeitsgruppe wertvolle Werkzeuge für interne und externe Kommunikation entwickelt und vorgelegt. Bei der internen Kommunikation geht es darum, eine Internetplattform zu erhalten, um wertvolle Ideen, Hinweise zur Umsetzung und Ansprechpartner für den Aufbau und die Durchführung ehrenamtlicher Angebote zu erhalten sowie ehrenamtliche Aktivitäten im eigenen Kreisverband auf- und auszubauen. Damit kann das „voneinander Lernen“ wesentlich gefördert werden. Bei der externen Kommunikation geht es darum, die ehrenamtlichen Angebote in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und Interessierte an die Betätigungsfelder vor Ort heranzuführen.



Wir liegen auch mit diesem Heft im Trend. Nicht nur die Politik hat sich des Ehrenamts angenommen, auch die Medien greifen das Thema verstärkt auf. So wurde in der Vorbereitungszeit eine ARD-Themenwoche zum Ehrenamt ausgestrahlt, wie es auch vor dem Erscheinen des ersten Heftes über Demografie einen Dreiteiler im ZDF zum Thema „Aufstand der Alten“ gab. In der nächsten Ausgabe werden wir wiederum ein aktuelles Thema aufgreifen: „Wohnen im Alter“.

Wir würden uns freuen, wenn auch dieses Heft bei Ihnen vor Ort Anklang fände. Wir möchten Sie ermuntern, uns Ihre Meinung zu den Themenheften mitzuteilen. Wir nehmen sie gern in Form von Leserbriefen in unsere neue Ausgabe auf. So erfahren wir, ob und wie wir mit unseren Themen auf Ihr Interesse stoßen.

Petra Weingärtner, im Oktober 2009



1

Topografie des Ehrenamts S. 15

Ein schillerndes Phänomen - S. 15 / Entwässerungsversuche - S. 16 / Kein gemeinsamer Nenner - S. 17 / Unbezahlt und freiwillig? - S. 18 / Zeitbalance statt Zeitkonkurrenz - S. 19 / Problemzonen - S. 20 / Verschiebungen - S. 20 / Hoffnungsträger Ehrenamt - S. 21 / Verehrenamtlichung der Gesellschaft - S. 23 / Begriffsentwirrung - S. 24

Ehrenamt im Gespräch S. 26

Mit Herzblut dabei

2

Zahlenwirklichkeiten S. 31

Im Zahlenschwengel - S. 31 / Zahlenzauberei - S. 33 / Ehrenamt als Wettkampfsport - S. 34 / Die Zahlen der Wohlfahrtsverbände - S. 36 / Ehrenamt im Aufwärtstrend? - S. 36

Ehrenamt im Gespräch S. 38

Die Welt ins Haus bringen

3

Spurensuche S. 43

Die Erfindung des Ehrenamts - S. 43 / Anfänge des sozialen Ehrenamts - S. 44 / Makel der Rückständigkeit - S. 45 / Politisiertes Engagement - S. 46 / Krise oder Strukturwandel? - S. 47 / Ökonomisierung des Ehrenamts - S. 49 / Die Entdeckung der Engagementpolitik - S. 50 / Eine gesellschaftspolitische Aufgabe - S. 51 / Im politischen Tagesgeschäft angekommen - S. 52

Ehrenamt im Gespräch S. 54

Vergissmeinnicht



4

Projekt Ehrenamt

S. 59

Tutti fratelli - S. 59 / Neue Anforderungen an die Ehrenamtsarbeit - S. 60 / Schritte in die Zukunft - S. 62 / Grundsätze - S. 63 / Phasen der Ehrenamtsarbeit - S. 64 / Projektgruppe Ehrenamt - S. 65 / Voneinander lernen - S. 66 / Dialog mit der Öffentlichkeit - S. 68 / Infrastruktur der Kommunikation - S. 69

Ehrenamt im Gespräch

S. 72

Es gibt nur Gewinner

5

Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft?

S. 77

Drei Mal Bürgergesellschaft - S. 77 / Zivilisierung der Bürgergesellschaft - S. 78 / Bürgergesellschaft versus Staatsgesellschaft - S. 79 / Eine höchst unvollkommene Bürgergesellschaft - S. 80 / Neue Engagementstrategie für Deutschland - S. 81

Ehrenamt im Gespräch

S. 82

Mehr Lebensqualität für alle

6

Zukunftsfragen

S. 87

Fragen sind wichtiger als Antworten - S. 87 / Die Entgrenzung des Ehrenamts - S. 88 / Soziales Kapital - S. 90 / Das Engagement älterer Menschen - S. 91 / Engagiertes Altern - S. 92 / Märkte werden Gespräche - S. 92 / Internet und Ehrenamt - S. 94

Tipps zum Weiterlesen

S. 96

Nachrichten

S. 103

Topografie des Ehrenamts

1

Das Ehrenamt ist vor allem eine Sache der Definition. So etwa definierte die Bundesregierung im Oktober 1996 das Ehrenamt wie folgt:

„Grundsätzlich wird unter ehrenamtlicher Tätigkeit jede freiwillig erbrachte, nicht auf Entgelt ausgerichtete außerberufliche Tätigkeit verstanden, die am Gemeinwohl orientiert ist, auch wenn sie für einen Einzelnen erbracht wird. Kosten-erstattungen oder Aufwandsentschädigungen stehen der Ehrenamtlichkeit grundsätzlich nicht entgegen“.

Allerdings, so die Bundesregierung schon damals, gäbe es beim Ehrenamt erhebliche „Abgrenzungsprobleme“. Die „fließenden Übergänge“ zwischen unbezahlter ehrenamtlicher und bezahlter Arbeit, aber auch die „fließenden Grenzen“ zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt würden zu „Unschärfen“ führen.



Ein schillerndes Phänomen

Seitdem ist viel über das Ehrenamt diskutiert worden. Und je mehr das Ehrenamt in den Blickpunkt rückt, desto mehr scheint es sich einer Definition zu entziehen. Das illustrieren zehn Beispiele aus dem Grenzbereich der verschiedenen Ehrenamtsdefinitionen:

- Hans-Georg H., Beruf: Gebietsverkaufsleiter Gastronomie, außerdem: Kölner Prinz Karneval – ein Ehrenamt.
- Angela M., Beruf: Bundeskanzlerin, außerdem: Vorsitzende einer großen Partei, Aufwandsentschädigung 3.500 Euro im Monat – ein Ehrenamt.
- Christoph W., Beruf: Krankenpfleger, außerdem: Vom Wehrdienst freigestellt, hat er sich für sechs Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet – ein Ehrenamt.
- Stefanie T., Mutter von drei Kindern, außerdem: Sie übernimmt einen Vormittag in der Woche den Elterndienst im Kindergarten ihrer Kinder – ein Ehrenamt.
- Hans F., Beruf: Geschäftsführer, außerdem: Beauftragter der Initiative ZivilEngagement, Aufwandsentschädigung 15.000 Euro im Jahr – ein Ehrenamt.

- Florian P., Beruf: Bundestagsabgeordneter (Rechtsanwalt), außerdem: Stadt- und Kreisrat, Aufwandsentschädigung 2.319,84 Euro im Jahr – ein Ehrenamt.
- Renate P., Beruf: Versicherungskauffrau, außerdem: Aufsichtsratsmitglied der örtlichen Volksbank, Aufwandsentschädigung 4.000 Euro im Jahr – ein Ehrenamt.
- Birgit L., Beruf: Hausfrau, außerdem: Sie gründete als Betroffene vor zwei Jahren eine Neurodermitis-Selbsthilfegruppe und ist im Vorstand tätig – ein Ehrenamt.
- Bernd S., Beruf: Personalmanager, außerdem: Er arbeitete im letzten Jahr drei Monate in einem Kinderhospiz und wurde bei vollem Lohn vom Arbeitgeber freigestellt – ein Ehrenamt.
- Stefan K., Beruf: Ingenieur, außerdem: Als Wikipedia-Autor investiert er täglich ein bis zwei Stunden in die Weiterentwicklung der Online-Enzyklopädie – ein Ehrenamt



In der alten DRK-Definition hatten bis dahin lediglich Unentgeltlichkeit und Freiwilligkeit das Ehrenamt abgegrenzt. In den „Strategischen und verbandspolitischen Empfehlungen“ von 1997 heißt es seitdem: „Ehrenamtliche im DRK sind Menschen, die sich über ihre gesellschaftlichen und beruflichen Verpflichtungen hinaus besonders hervorheben, indem sie Zeit, Wissen und Können freiwillig und unentgeltlich für humanitäre und soziale Zwecke und Dienstleistungen einbringen, in der Überzeugung, dass ihre Arbeit dem Gemeinwohl und ihrer eigenen Selbstverwirklichung dient.“

Unter den Vorzeichen einer „neuen Engagementkultur“ wird es allerdings auch für die großen Wohlfahrtsverbände immer schwieriger, ihre Soll-Definitionen mit der sich verändernden Realität des

Entwässerungsversuche

Um die „Bedeutung des Ehrenamtes nicht weiter zu verwässern und das Ansehen der Ehrenamtlichen zu unterstreichen“, hat das Deutsche Rote Kreuz 1997 das Ehrenamt in Anlehnung an die Vorschläge der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung neu definiert.

Ehrenamts in Deckung zu bringen. Diese Realität wird von Wissenschaftlern als Pluralisierung, Differenzierung und Individualisierung beschrieben. Seit einigen Jahren spricht man deshalb gerne auch vom „Neuen Ehrenamt“.

Kein gemeinsamer Nenner

Dabei ist umstritten, was eigentlich das Neue am „Neuen Ehrenamt“ ist. Neu scheint vor allem das veränderte Koordinatensystem zu sein, in dem sich das Ehrenamt heute bewegt. Ehrenamt ist mittlerweile ein politisch besetzter und emotional aufgeladener Begriff.

Da wird zum Beispiel vorgeschlagen, das soziale Ehrenamt nicht länger als Ehrenamt zu bezeichnen. Denn das soziale Ehrenamt habe, im Gegensatz etwa zum außerberuflichen Amt von Sportfunktionären, weder mit Ehre noch mit Amt zu tun. Ehrenamtliche Tätigkeit wäre dann also jenen vorbehalten, die der Soziologe Max Weber einst als „Honoratioren“ beschrieben hat.



Ein anderer Vorschlag geht in die entgegengesetzte Richtung. Nur das soziale Ehrenamt verdiene diese Bezeichnung. Im Unterschied zu prestigeträchtigen Ehrenämtern in Funktionärsetagen und Vorstandsriegen würden soziale Ehrenämter in der Regel mit keinem Prestigegewinn einhergehen. Und eben deshalb sei das soziale Ehrenamt auf die öffentliche Anerkennung angewiesen. Und für nichts anderes stehe der Begriff der Ehre.

Das ist nur ein Beispiel, wie um den Begriff des Ehrenamts gerungen wird. Unter Ehrenamt wird nichts Einheitliches verstanden. Es gibt keine Definition, die allgemeine Anerkennung findet. Der Begriff ist eher ein definitorischer Raum mit zahlreichen Dimensionen. Je nachdem, welche Dimensionen mit welchen Grenzbestimmungen in die Ehrenamtsdefinition einfließen, entsteht ein weites oder enges Verständnis des Ehrenamts.

Soll-Definitionen sind wichtig für das Leitbild einer ehrenamtlich arbeitenden Organisation. Sie positionieren die jeweilige Organisation im Diskurs um eine „neue Engagementkultur“ und geben die Richtung vor. Der Blick auf einzelne Dimensionen wie Zeit, Bezahlung oder Freiwilligkeit zeigt aber, dass die verschiedenen Ehrenämter in der Praxis zwischen den Polen der verschiedenen Dimensionen sehr unterschiedlich positioniert sein können.

Unbezahlt und freiwillig?

Mehr als hundert empirische Studien gibt es bereits zum Ehrenamt. Aus diesen Studien lassen sich verschiedene Dimensionen ableiten, die das Verständnis ehrenamtlichen Engagements bestimmen.

Die Unentgeltlichkeit ist in allen Definitionen des Ehrenamts ein zentrales Merkmal. In der Wirklichkeit hat die „Unentgeltlichkeit“ allerdings viele Facetten. Tatsache ist: Das Ehrenamt positioniert sich heute zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit. Wie viel Bezahlung ein Ehrenamt verträgt, ist dabei umstritten.

Die einen sagen, ein Ehrenamt dürfe zwar nicht auf Bezahlung ausgerichtet sein. Der Aufwand sollte aber durchaus „angemessen“ entgolten werden. Andere hingegen sehen bereits in der Einführung von „Ehrenamtskarten“, die Ehrenamtlichen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein Ermäßigungen, etwa beim Schwimmbadbesuch, verschaffen, eine „Monetarisierung“, die dem Grundgedanken des Ehrenamts widerspreche.



Die Bezahlung von Ehrenämtern kennt viele Formen: die reine Kostenerstattung, geldwerte Vorteile wie Fortbildungen, pauschale Aufwandsentschädigungen, aber auch eine mehr oder weniger symbolische Bezahlung nach Stunden.

Schöffen zum Beispiel werden mit fünf Euro pro Stunde für ihren Aufwand entschädigt. Der Präsident der Berliner Anwaltskammer, auch ein Ehrenamt, erhält hingegen eine Aufwandsentschädigung von 25.000 Euro im Jahr. Ehrenamtliche Stadträte erhalten im Durchschnitt 1.740 Euro im Monat (2007), die 350.000 Gemeinderäte oft nur ein Sitzungsgeld von 30 Euro.

Materielle Anreize können das zweite Hauptmerkmal des Ehrenamts, die Freiwilligkeit, in ein diffuses Licht rücken. Das tun Rollenerwartungen allerdings auch. Sei es, dass Parteifreunde einen zum Amt des Vorsitzenden drängen oder der Arbeitgeber einer karitativen Einrichtung von den Mitarbeitern zusätzliches ehrenamtliches Engagement erwartet.

Zudem gibt es „verpflichtende Ehrenämter“, wie Schöffe, Wahlhelfer oder Betreuer, die per Gesetz übernommen werden müssen. Wie viele der 61.000 Schöffen und 750.000 Betreuer gegenwärtig nicht freiwillig ihr Amt ausüben, darüber gibt es offiziell keine Angaben. Aber immer mehr Gemeinden haben Probleme, genügend Bewerber zu finden.

Zeitbalance statt Zeitkonkurrenz

Die dritte Dimension betrifft den Zeitaufwand für das Ehrenamt, das als Zeitspende definiert werden kann. Dabei muss man zwei Variablen des Zeitaufwands unterscheiden: Ist die zeitliche Belastung pro Zeiteinheit hoch oder gering? Und erfolgt das Engagement über einen langen oder kurzen Zeitraum in einmaliger, sporadischer oder regelmäßiger Form?

Im zum Jahresanfang gestarteten Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie und Senioren, „Freiwilligennetz der Generationen“, verpflichten sich die Freiwilligen beispielsweise für ein halbes Jahr. Am Modellprogramm beteiligt sich auch das Kölner Rote Kreuz. Für das „Netzwerk 10+“ werden Menschen gesucht, die sich 20 Wochenstunden oder mehr engagieren wollen. Ehrenamt heißt hier regelmäßige und hohe zeitliche Belastung über einen relativ kurzen und begrenzten Zeitraum.

Der Grad der zeitlichen Belastung für ein Ehrenamt reicht vom „Vollzeitjob“ (Stadträte in Großstädten geben durchschnittlich 25 bis 50 Wochenstunden an) bis zum einmaligen, spontanen „Zupacken“ für wenige Stunden. Ob solche „informellen Arbeitsleistungen“ überhaupt zum Ehrenamt gerechnet werden können, darüber gehen die Meinungen auseinander.



Ein langfristiges Engagement mit festen Terminen ist für viele Menschen als Folge hoher Mobilität und Flexibilität heute aber kaum noch möglich. Zeitprobleme werden als häufigster Grund genannt, ein Engagement zu beenden. Im Freiwilligen-survey 2004 gaben 52 Prozent der Frauen und 59 Prozent der Männer Zeitgründe für die Beendigung eines Ehrenamts an.

Zu beobachten ist deshalb ein Trend zu neuen, flexiblen Engagementformen, die sich den zeitlichen Möglichkeiten der Engagierten anpassen. Zeitbalance ist eine wichtige Anforderung an moderne Ehrenamtsangebote. Traditionelle Ehrenämter, die solche Möglichkeiten nicht bieten und in Zeitkonkurrenz zur beruflichen und familiären Arbeit treten, haben inzwischen Personalsorgen. So etwa ist in Hessen die Zahl der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in den vergangenen 15 Jahren von 86.000 auf 74.000 gesunken, ein Rückgang um 14 Prozent.

Problemzonen

Drei weitere Dimensionen betreffen die Abgrenzung des Ehrenamts gegenüber der Selbsthilfe und privaten Hilfe.

- Ist das Engagement auf die eigene Gruppe beschränkt, oder geht es, zum Beispiel in Form von Beratungs- und Aufklärungsarbeit, darüber hinaus?
- Richtet sich die Hilfe nur an Bekannte im sozialen Nahraum, etwa in der Nachbarschaft, oder wendet sich die Hilfe auch an potenziell Unbekannte?
- Und schließlich: Beruht die Hilfe auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit oder erwartet das Engagement keine Gegenleistung?

Idealtypisch ist das Ehrenamt Fremdhilfe, die sich an Unbekannte wendet und keine Gegenleistung erwartet. Allerdings sind die Grenzen gegenüber anderen Formen des „freiwilligen Engagements“

schon lange nicht mehr eindeutig. Nicht selten gibt es Schnittmengen zwischen Ehrenamt, Selbsthilfe und privater Hilfe.

Entlang der definitorischen Grenzen tun sich gewissermaßen Problemzonen des Ehrenamts auf. Zum Beispiel: Ist der wöchentliche Elterndienst im Kindergarten der eigenen Kinder ein Ehrenamt? Oder: Kann jedes freiwillige Engagement in einer der knapp 100.000 Selbsthilfegruppen als Ehrenamt bezeichnet werden?

Verschiebungen

Der Blick auf einzelne Dimensionen lässt nicht nur Überschneidungen, sondern auch Verschiebungen beim Ehrenamt erkennen. Das Ehrenamt verändert sich über die Zeit. Etwa auf der Dimension, die durch die Gegenpole Ehrenamt mit oder ohne Qualifikation bestimmt wird.



Fasst man die Ergebnisse verschiedener Studien zusammen, zeigt sich beim unbezahlten Ehrenamt ein Trend weg von der Laienarbeit hin zu einem Engagement, das formal anerkannte Qualifikationen voraussetzt. Ehrenamtliche Laienarbeit ohne Qualifikation findet man dagegen heute eher in Bereichen des mehr oder weniger bezahlten Ehrenamts.



Wandlungsprozesse findet man auf einer weiteren Dimension: Im Vergleich zu früher ist das Ehrenamt heute nicht mehr so stark an Organisationen oder an die Mitgliedschaft in einer Organisation gebunden. Ein Beispiel dafür sind neue Formen des Ehrenamts im Internet. Zwar gibt es zahlreiche Vereine von Internet-Aktivist*innen, jedoch ist die Mehrheit der Wikipedia-Autoren und ehrenamtlich Engagierten in Open-Source-Projekten untereinander meist nur sehr locker vernetzt.

Engagement im Internet ist sachbezogen. Den Gegenpol bilden primär personenbezogene Ehrenämter zum Beispiel in der Pflege. Der Trend beim sachbezogenen Engagement geht eindeutig weg von der Bindung an eine Organisation.

Schließlich kann aus den Studien eine Dimension abgeleitet werden, entlang derer man Ehrenämter danach einteilen kann, ob in ihnen die Freiwilligen vor allem übertragene Aufgaben erledigen oder das Engagement eher selbstbe-

stimmt ist. Denn oft ist das Engagement eher ein Handeln und Entscheiden. Und eben solche Ehrenämter sind heute besonders nachgefragt. Sie stärken die Freiheit zu handeln gegenüber dem Zwang zu arbeiten.

Auch entlang dieser Dimension lässt sich eine Veränderung beobachten: Regelmäßiges Ehrenamt ist heute vor allem selbstbestimmt. Auftragsorientiertes Engagement erfolgt dagegen eher einmalig oder sporadisch.

Hoffnungsträger Ehrenamt

Konkret lässt sich zwar für jedes Ehrenamt ein Polaritätsprofil erstellen. Eine klare, allgemein anerkannte Definition des Begriffs bleibt hingegen Wunschdenken. In den vergangenen Jahren sind die Grenzen, etwa zur Erwerbsarbeit hin, immer durchlässiger geworden.



Dazu nur ein Beispiel: Mitte der 1990er Jahre machte das Konzept der „Bürgerarbeit“ die Runde. Der Soziologe Ulrich Beck definierte damals in einem Bericht für die Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission die Bürgerarbeit als „freiwilliges soziales Engagement, das projektgebunden (und damit zeitlich begrenzt) in kooperativen, selbstbestimmten Arbeitsformen unter der Regie eines Gemeinwohl-Unternehmers autorisiert, abgestimmt mit dem (kommunalen) Ausschuss für Bürgerarbeit ausgeschrieben, beraten und durchgeführt wird.“ In seinen Büchern verkaufte Beck sein Konzept etwas blumiger als „organisierten schöpferischen Ungehorsam“.



Mit dem Begriff der Bürgerarbeit griff Beck das Ehrenamt unmittelbar an. Es sei von den Wohlfahrtsverbänden „vereinrahmt“ und solle als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft „zurückgewonnen“ werden. Bis heute sehen viele im Ehrenamt eine Alternative zur Erwerbsarbeit in einer Gesellschaft, die mehr und mehr dem „Ende der Arbeit“ entgegengehe, wie der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin meint.

Rifkin geht noch einen Schritt weiter und warnt vor drohender Armut und Gewaltbereitschaft als Folge immer knapper werdender Normalarbeitsverhältnisse. Und auch hier sind die Erwartungen an das Ehrenamt groß: Das Ehrenamt sei gewissermaßen der soziale Kitt gegen die Entsolidarisierung einer zunehmend kälter werdenden Ellbogengesellschaft. So lautet die Hoffnung vieler.

Damit nicht genug. Das Ehrenamt insbesondere älterer Menschen soll in Zukunft auch entscheidend dazu beitragen, die Probleme des demografischen Wandels zu bewältigen. Und was die Krise des Wohlfahrtsstaats angeht, werden die im Ehrenamt enthaltenen Sparpotenziale immer wieder mit eindrucksvollen Zahlen vorgerechnet.

Laut der AMB Generali Studie „Engagementatlas 2009“ sollen in Deutschland jedes Jahr 4,6 Milliarden

Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet werden. Das entspreche bei einem angenommenen Stundenlohn in Höhe des derzeit diskutierten Mindestlohns von 7,50 Euro einer Arbeitsleistung von nahezu 35 Milliarden Euro.

Verehrenamtlichung der Gesellschaft

Michael Bürsch, Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag, meint denn auch: „Keine der großen Herausforderungen, vor denen wir in Politik und Gesellschaft stehen, wird sich ohne das freiwillige Engagement von aktiven Bürgerinnen und Bürgern bewältigen lassen.“

Kritiker sprechen hingegen von politischen Überforderungen des Ehrenamts. Das Ehrenamt sei kein Politikersatz.

Für Aufsehen sorgte in den vergangenen Monaten der Soziologe Stefan Selke mit seinem Buch „Fast ganz unten“.

Am Beispiel der Tafeln in Deutschland untersuchte er die paradoxen Wirkungen ehrenamtlicher Arbeit. Sein Fazit: Ehrenamtliche Arbeit hilft, Probleme zu bewältigen, nicht aber sie zu lösen. Wird das Ehrenamt in einem Bereich zur Selbstverständlichkeit, kümmert sich die Politik nicht länger darum, das Problem zu lösen. Sie weiß es ja bei den Ehrenamtlichen gut aufgehoben.

Selke spricht von einer „Vertafelung der Gesellschaft“. Allgemeiner gesprochen, kann man einen Trend zur „Verehrenamtlichung“ ausmachen. Zum einen haben Bundes- und Landesregierungen über verschiedene Modellprogramme top-down das Ehrenamt in den letzten Jahren verstärkt gefördert. Zum anderen werden aber auch die Grenzen des Ehrenamts nicht

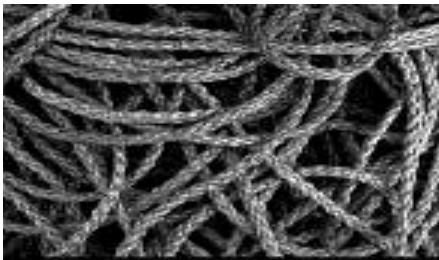


zuletzt durch eine zunehmende Begriffsvielfalt immer mehr ausgedehnt. Damit wird das Ehrenamt nicht nur „verwässert“. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck einer „Flutwelle von Ehrenamtlichen“.

Begriffsentwerrung

In der öffentlichen Diskussion werden die Begriffe Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder bürgerschaftliches Engagement oft synonym verwendet. Selbst in der Fachdiskussion gibt es keinen einheitlichen Gebrauch der Begriffe. Trotzdem lassen sich aus der Literatur Tendenzen herauslesen, die eine vorläufige Begriffsentwerrung erlauben.

- Freiwilliges Engagement kann als Oberbegriff angesehen werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fasst unter diesem Begriff sowohl das bürgerschaftliche Engagement, das Freiwillige Soziale und Freiwillige Ökologische Jahr als auch das unternehmerische Engagement (Corporate Citizenship) zusammen.



- Bürgerschaftliches Engagement ist ebenfalls ein recht weiter Begriff. Geprägt wurde er im Kontext der „aktiven Bürgergesellschaft“. Der Fokus liegt auf dem Verständnis von Engagement als „Sozialkapital“ und Gemeinwohlorientierung. Die Kriterien sind laut Enquetekommission Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit und die Fremdhilfe im öffentlichen Raum. Bürgerschaftliches Engagement kann unterschiedlichen Umfang und verschiedene Motive haben. Manchmal werden nicht nur Zeitspenden, sondern auch Geldspenden mit dem Begriff erfasst.
- Das Ehrenamt kann als eine Form des bürgerschaftlichen Engagements verstanden werden. Die wichtigsten

Abgrenzungskriterien gegenüber anderen Formen sind die Regelmäßigkeit und Verbindlichkeit des Engagements sowie dessen altruistische Orientierung. Regelmäßig wird zwischen dem öffentlichen Ehrenamt und dem sozialen Ehrenamt unterschieden. In der Literatur wird dabei der Geschlechterunterschied betont: Das öffentliche Ehrenamt, häufig mit Aufwandsentschädigungen einhergehend, gilt als Männerdomäne, während das soziale Ehrenamt, zumeist unbezahlt, zu 80 Prozent von Frauen ausgeübt wird.

- Im Unterschied zum Ehrenamt hat die Freiwilligenarbeit einen eher zeitlich befristeten und unverbindlicheren Charakter. Im Vordergrund stehen der stärkere Selbstbezug und die biografische Passung des Engagements. Freiwilligenarbeit wird in der Literatur auch als „informelles Ehrenamt“ bezeichnet. Sie kommt am ehesten dem Verständnis des „Volunteering“ im angelsächsischen Raum nahe.
- Auch das bürgerschaftliche Engagement in der Selbsthilfe hat einen Eigenbezug, unterscheidet sich aber von der

Freiwilligenarbeit wie auch vom Ehrenamt durch das Prinzip der Gegenseitigkeit. Zumindest mittelbar hilft hier das Engagement auch der Bewältigung eigener Probleme.

Vorläufig bleibt diese Begriffsentwerrung deswegen, weil durch die Verwendung der Begriffe in den Diskussionen eher Positionen markiert denn Inhalte transportiert werden. Dabei erfreuen sich die offenen Begriffe des freiwilligen oder bürgerschaftlichen Engagements in der Politik der größeren Beliebtheit.

In der Alltagssprache sind diese Begriffe allerdings nie angekommen, wie eine Google-Suche belegt. Zum Begriff Ehrenamt liefert die Internet-Suchmaschine rund 2 Millionen Treffer, aber nur 320 Tausend für das bürgerschaftliche Engagement. Ehrenamt ist der Begriff, der in der Öffentlichkeit am stärksten verankert ist, jedoch auch mit allen möglichen Formen des Engagements assoziiert wird. Womit man dann wieder am Anfang steht.



Ehrenamt im Gespräch

Mit Herzblut dabei

Ein Gespräch mit der Leiterin der Böblinger Rollstuhlinitiative, Bettina Scheu, über kleine Schritte und neue Zielgruppen



Die Rollstuhlinitiative des DRK-Kreisverbands Böblingen wurde im Mai dieses Jahres beim bundesweiten Wettbewerb „Engagiert im DRK“ mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. „Es ist das erste Mal, dass ein solcher Ehrenamtspreis nach Baden-Württemberg gegangen ist“, sagt DRK-Kreissozialleiterin Ilse Schmitz und findet anerkennende Worte für die Projektleiterin Bettina Scheu: „Sie hat ihr ganzes Herzblut in die Sache gesteckt.“

Bei der offiziellen Preisübergabe in Berlin hatte Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Vizepräsidentin des DRK, das Böblinger Ehrenamtsprojekt gewürdigt: „Nur wer die Arbeit seiner Ehrenamtlichen achtet und anerkennt, dem wird es gelingen, Freiwillige für seine Aufgaben und Ziele zu gewinnen und zu halten.“

Können Sie kurz die ehrenamtliche Rollstuhlinitiative Böblingen vorstellen?

Die Rollstuhlinitiative im Landkreis Böblingen ist ein Projekt der DRK Alten- und Behindertenhilfe. Im Jahr 1996 wurde die erste Rollstuhlgruppe in Leonberg gegründet. Bald folgte die Gründung weiterer Gruppen in Herrenberg und Weil der Stadt.

Die Gruppen werden in enger Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen organisiert. Dazu gehört zum einen die Vorbereitung der Rollstuhltreffs. Zum anderen bieten wir den Rollstuhlfahrern Ausflüge mit unserem rollstuhlgerechten Reisebus an. Und seit drei Jahren auch längere Reisen.

Ein dritter Schwerpunkt ist die Projektarbeit. Jede Gruppe führt vor Ort eigene Projekte durch. Die Projekte sollen helfen, die konkreten Bedingungen für die Rollstuhlfahrer in ihrem eigenen Umfeld zu verbessern. Etwa durch Rollstuhlwegweiser. Auch Selbstverteidigungskurse für Rollstuhlfahrer haben wir schon organisiert.

Mit unserer Rollstuhlinitiative möchten wir bessere Lebensbedingungen und Lebensmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung schaffen. Unser zweites Ziel ist es, den Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern. Und drittens wollen wir die Selbstständigkeit der Rollstuhlfahrer unterstützen.

In unserer Rollstuhlinitiative engagieren sich 27 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit insgesamt rund 2.500 Stunden im Jahr. Vier der Ehrenamtlichen sind selber Rollstuhlfahrer. Wir sprechen gezielt auch Rollstuhlfahrer an, um sie als ehrenamtliche DRK-Mitarbeiter zu gewinnen.



Ihre Initiative ist mit dem zweiten Preis beim diesjährigen Wettbewerb „Engagiert im DRK“ ausgezeichnet worden. Gibt es daneben noch andere große Erfolge?

Die Rollstuhlinitiative lebt von vielen kleinen Erfolgen. Es sind gerade die kleinen Erfolge, die das Team, aber auch die Mitglieder, immer wieder aufs Neue motivieren, weiterzumachen. Denn große Ziele erreicht man nur Schritt für Schritt.

Einer der größeren Erfolge war der Rollstuhlwegweiser für Leonberg, den wir in Zusammenarbeit mit der Stadt erstellt haben. Daneben haben wir viele kleinere Verbesserungen in Sachen Barrierefreiheit in verschiedenen Städten und Gemeinden erreicht.

Zu unseren Erfolgen zählen aber auch das Wachsen unserer Gruppen und der stetige Ausbau unseres Angebots. Das ist nur möglich, weil wir mit unserer Arbeit auf positive Resonanz und auch auf Nachfrage stoßen. Wir sehen uns also auf einem richtigen Weg. Darin hat uns nicht zuletzt auch unser Erfolg beim bundesweiten Wettbewerb „Engagiert im DRK“ bestärkt.

Was können andere Verbände aus den Erfahrungen Ihrer Rollstuhlinitiative lernen?

Die Probleme für Menschen mit Behinderung sind überall ähnlich. Unser Projekt lässt sich deshalb auch an anderen Orten umsetzen. Das ist auch bereits geschehen. Der DRK-Kreisverband Stuttgart hat unser Projekt mit Erfolg übernommen.

Allgemein lässt sich aus unserem Projekt lernen, dass auch neue Zielgruppen für das Ehrenamt gewonnen werden können. Wir sprechen zum Beispiel gezielt Rollstuhlfahrer an, also selbst Betroffene. Durch eine gezielte Ansprache und passende Angebote lassen sich solche neuen Zielgruppen für das Ehrenamt beim Roten Kreuz begeistern.

Wie lässt sich aus Ihrer Sicht die Ehrenamtsarbeit des Roten Kreuzes in Zukunft weiter stärken?

Mit neuen Wegen und neuen Zielgruppen wird das Ehrenamt beim DRK in Zukunft an Attraktivität gewinnen. Vielleicht kann man drei Punkte herausstellen: Zum einen ist es wichtig, dass sich das Ehrenamt beim DRK von anderen Ehrenamtsangeboten deutlich erkennbar abhebt. Es braucht ein Alleinstellungsmerkmal.

Dann müssen wir noch mehr auf die Ehrenamtlichen zugehen. Unsere Ehrenamtsangebote sollten optimal auf die Kompetenzen und Wünsche der Engagierten abgestimmt sein.

Und drittens müssen wir noch besser lernen, unsere eigenen Ressourcen zu nutzen. Die Verbandsgrenzen führen oft zu Reibungsverlusten. Wir sollten über diese Grenzen hinweg bereit sein, voneinander zu lernen. Und nach außen dann Gutes zu tun und auch darüber zu reden.





Zahlenwirklichkeiten

Glaubt man den Medienberichten, erlebt Deutschland derzeit eine „Renaissance des Ehrenamts“. Ein „Heer von Freiwilligen“ will die Süddeutsche Zeitung ausgemacht haben. Jeder dritte Deutsche engagiere sich inzwischen ehrenamtlich, heißt es.

Im Mai startete die ARD eine große Charmeoffensive fürs Ehrenamt. Gebetsmühlenartig wurde in der ARD-Themenwoche „Ist doch Ehrensache!“ die Zahl von 23,4 Millionen ehrenamtlich Engagierten in Deutschland beschworen. Das war dann selbst der Wochenzeitung DIE ZEIT zu bunt. Was das wohl soll, fragte sich Feuilletonchef Jens Jessen. Seine Antwort: „Not lehrt beten“.

Aber können Zahlen lügen? Zur politischen Rhetorik gehört das Argumentieren mit statistischen Zahlen. Zahlen erwecken den Anschein harter Fakten. Allerdings haben die Zahlen der Statistik wenig mit den unbestechlichen Zahlen der Mathematik gemein.

Statistische Zahlen sind das Ergebnis einer Messung. Was aber gemessen werden soll, das muss man zuvor mit Worten definieren. Unterschied-



liche Definitionen führen zu unterschiedlichen Zahlen. Und unterschiedliche Messverfahren führen zu Abweichungen. Was die richtige Definition ist und was das richtige Messverfahren, darüber lässt sich immer trefflich streiten.

Im Zahlenschungel

Zahlreiche Studien haben in den letzten Jahren versucht, den Umfang des Ehrenamts in Deutschland zu ermitteln. Mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

So etwa kam die Zeitbudget-Studie (Blanke u.a.) 1992 auf 17 Prozent ehrenamtlich Engagierte, die Eurovol-Studie (Gaskin u.a.) fünf Jahre später auf 18 Prozent. Allerdings waren laut der Zeitbudget-Studie 20 Prozent der Westdeutschen, aber nur neun Prozent der Ostdeutschen engagiert. In der Eurovol-Studie war es

2



genau umgekehrt: Die Ostdeutschen lagen mit 24 Prozent klar vor den Westdeutschen, die es auf eine Engagierten-Quote von gerade mal 16 Prozent brachten.

Im gleichen Jahr wie die Eurovol-Studie erschien die Untersuchung „Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement in Deutschland“ (Gensicke u. Klages). Die Studie präsentierte jedoch ganz andere Zahlen. Plötzlich gab es mehr als doppelt so viele Engagierte in Deutschland: 37 Prozent im Osten und 41 Prozent im Westen. Ein Jahr später, 1998, hieß es dann in einer Auswertung des Sozioökonomischen Panels (Erlinghagen u.a.): 25 Prozent ehrenamtlich Aktive im Osten, 35 Prozent im Westen.

Die umfassendste Untersuchung zum Freiwilligenengagement in Deutschland ist der von der Bundesregierung in

Auftrag gegebene Freiwilligensurvey. TNS Infratest führte die Untersuchung erstmals 1999 durch. Mit dem Zweiten Freiwilligensurvey 2004 wurde dann die Basis für eine regelmäßige Untersuchung im Turnus von fünf Jahren geschaffen. Die dritte Welle der Erhebung wird zurzeit durchgeführt. Erste Ergebnisse erscheinen im Herbst.

Der Freiwilligensurvey ermittelte 1999 für Deutschland eine Engagierten-Quote von 34 Prozent der über 14-jährigen Bevölkerung, fünf Jahre später eine Quote von 36 Prozent. Das entspricht jener Zahl von 23,4 Millionen ehrenamtlich Engagierten, die von den Medien und der Politik verbreitet wird. In Ostdeutschland stieg dem zweiten Freiwilligensurvey zufolge der Anteil der Engagierten innerhalb von fünf Jahren von 27 auf 31 Prozent, in Westdeutschland geringfügig von 36 auf 37 Prozent.

Der Europäische Wertesurvey (European Value Survey) konnte im Jahr 2000 aber nur 20 Prozent ehrenamtlich Engagierte entdecken: 16,4 Prozent in Ostdeutschland, 22 Prozent in Westdeutschland. Laut dieser Umfrage lag Deutschland damit weit unter dem europäischen Durchschnitt von 28 Prozent. An der Spitze lagen Schweden mit 56,1 Prozent, die Slowakei mit 51,4 Prozent und die Niederlande mit 49,2 Prozent.

Auch das Allensbach-Institut kam sieben Jahre später in einer repräsentativen Befragung lediglich auf eine Engagierten-Quote von 18 Prozent in Deutschland. Das Meinungsforschungsinstitut Prognos errechnete ein Jahr später aus einer im Sommer 2008 durchgeführten Erhebung für den „Engagementatlas 2009“ dann wieder eine Engagierten-

Quote von 34,3 Prozent – 26,5 Prozent im Osten, 36,3 Prozent im Westen. Das entspricht ziemlich genau der vom Ersten Freiwilligensurvey ermittelten Quote von vor zehn Jahren.

Zahlenzauberei

Die unterschiedlichen Zahlen sind zu einem guten Teil das Ergebnis unterschiedlicher Methoden. So ist der Freiwilligensurvey eine Telefonumfrage. Die Allensbach-Studie basiert hingegen auf persönlichen Interviews.

Die Autoren des Freiwilligensurveys räumen selber ein, dass sie es für „wahrscheinlich“ halten, dass die von ihnen errechnete Engagierten-Quote zu hoch ausfällt. Schon allein deswegen, weil die Bereitschaft am Freiwilligensurvey teilzunehmen bei Engagierten größer ist als bei Nichtengagierten. Deren Zahl wird deshalb unterschätzt.

Die Sozialwissenschaftler Anne Hackett und Gerd Mutz haben deswegen nachgerechnet. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass man die Engagierten-Quote des Freiwilligensurveys um mindestens sechs bis acht Prozent kürzen müsse. Mit anderen Worten: Statt von einem Drittel, wäre es angemessener von einem Viertel der Bevölkerung zu sprechen, das sich freiwillig engagiert.



Eine andere Frage ist, welche Definition des Ehrenamts oder Engagements der Untersuchung zu Grunde liegt. Manche Studien kommen gar ganz ohne Definition des Ehrenamts aus: Sie überlassen es einfach den Befragten, zu entscheiden, ob sie sich ehrenamtlich engagieren.

Der Freiwilligensurvey benutzt ein sehr breites und „wertneutrales“ Konzept der „freiwilligen Tätigkeit“, das weit über das Ehrenamt und selbst über das bürgerschaftliche Engagement hinausgeht. Ausdrücklich werden auch „Gemeinschaftsaktivitäten im persönlichen Umfeld“ erfasst. Bei einigen dieser Tätigkeit bleibt unklar, ob man diese noch zum Engagement oder gar Ehrenamt zählen kann.

Insofern steht die Zahl von 36 Prozent Engagierten im Freiwilligensurvey keineswegs im Widerspruch zu den 18 Prozent der Allensbach-Umfrage 2007. Nimmt man sämtliche Studien der letzten

zehn Jahre zusammen, zeigt sich sogar ein sehr stabiles Bild des Engagements in Deutschland. Über die gesamte Zeit hat sich jeder vierte Deutsche freiwillig engagiert, davon etwa zwei Drittel in den organisierten Formen des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe.

Es ist nicht die Schuld der Forscher, dass in der Öffentlichkeit häufig unsauber argumentiert und die Ergebnisse von Politik und Medien gerne überinterpretiert werden. Hohe Zahlen haben ihren Reiz und vor allem Überzeugungskraft.

Ehrenamt als Wettkampfsport

Darauf setzt auch der vom Finanzdienstleister Generali Deutschland finanzierte „Engagementatlas 2009“. Vollmundig heißt es dort, es lägen bisher „keine verlässlichen empirischen Erkenntnisse“



vor, wenn es darum gehe, bürgerschaftliches Engagement zu quantifizieren.

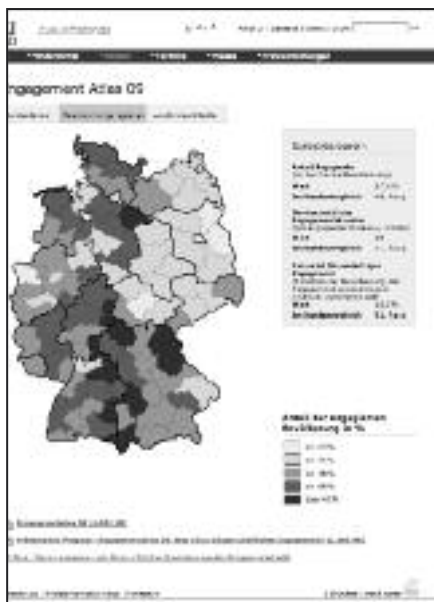
Damit, so schreiben die Sozialforscher Joachim Bauer und Helmut Klages, „wird fälschlicher Weise der Eindruck erweckt, der Bericht stoße grundsätzlich in wissenschaftliches Neuland vor“. Das ist schon deshalb Unfug, weil das Meinungsforschungsinstitut Prognos mit einer abgespeckten Version des Freiwilligensurvey-Fragebogens kaum mehr als längst Bekanntes reproduziert.

„Verantwortungslos“, so Braun und Klages, verfährt die Untersuchung da, wo sie mit einer angeblich „einzigartig hohen Zahl“ von 44.000 Telefonbefragungen (15.000 beim Freiwilligensurvey) argumentiert. Das klingt zunächst beeindruckend, bringt aber nichts.

Denn die Studie will auf der Ebene der 439 Landkreise und kreisfreien Städte Aussagen treffen. Das ist zwar ein beeindruckendes Vorhaben, doch reichen, grob gesagt, die 44.000 Befragungen dafür überhaupt nicht aus. Auf eine Gebietseinheit kommen nämlich kaum mehr als 100 Befragte.

Die Studie (Download unter <http://www.bit.ly/h5AdF>) ist nach allen PR-Regeln verständlich und anschaulich mit vielen Grafiken aufbereitet. Kein Forschungsbericht kann da mithalten. Das

Ranking der „aktivsten und inaktivsten Regionen Deutschlands“ macht aus dem Ehrenamt eine Wettkampfsportart. Gewinner ist Osthessen mit 51,4 Prozent Engagierten. Weit abgeschlagen auf den letzten beiden Plätzen landen Berlin mit 18,7 Prozent und die Uckermark mit 13,5 Prozent.



Die Zahlen der Wohlfahrtsverbände

Verlässliche Zahlen zum ehrenamtlichen Engagement zu erheben, ist schwieriger als man zunächst denkt. Seit 200 Jahren wandelt sich das Verständnis des Ehrenamts ständig und entzieht sich damit einer allgemeingültigen Definition. Fasst man die Definition zu eng, wird man zahlreiche neuere Formen des ehrenamtlichen Engagements nicht erfassen. Fasst man die Definition zu weit, läuft man Gefahr, selbst kleinere Gefälligkeiten zum Ehrenamt hochzustilisieren.

Selbst die Statistiken der Wohlfahrtsverbände geben kaum mehr als grobe Annäherungswerte. Glaubt man etwa den Angaben von Diakonie und Arbeiterwohlfahrt, müsste die Zahl der Ehrenamtlichen in den letzten 15 Jahren erstaunlich konstant geblieben sein. Seit 1994 gibt die Diakonie die Zahl ihrer ehrenamtlich Engagierten mit 500 Tausend, die Arbeiterwohlfahrt ihre mit 100 Tausend an. Und auch die Caritas hat erst 2007 die Zahl von 500 Tausend auf nun 520 Tausend nach oben korrigiert.

Beim Deutschen Roten Kreuz sind dagegen gewisse Auf- und Abwärtsbewegungen nachzuvollziehen. 1993 verzeichnete das Rote Kreuz 370 Tausend ehrenamtlich Engagierte. Die Zahl stieg binnen zehn Jahren auf 402 Tausend, sank dann aber wieder bis 2007 auf 377 Tausend.

Auch die Volkssolidarität und der Malteser Hilfsdienst berichten von einer ähnlichen Entwicklung. Zwischen 1994 und 2000 stieg die Zahl der ehrenamtlich Engagierten bei der Volkssolidarität von 29 Tausend auf 35 Tausend, bei den Maltesern von 31 Tausend auf 36 Tausend. Bis zum Jahr 2007 ging die Zahl bei der Volkssolidarität dann auf 31 Tausend, bei den Maltesern auf 35 Tausend wieder zurück.

Eine entgegengesetzte Entwicklung gab es bei der Johanniter-Unfall-Hilfe: Hier sank die Zahl der ehrenamtlich Engagierten zwischen 1994 und 2000 zunächst von 24 Tausend auf rund 19 Tausend, um danach auf über 26 Tausend im Jahr 2007 wieder anzuwachsen. Lediglich der Arbeiter-Samariter-Bund berichtet von einem kontinuierlichen und starken Anstieg der Engagiertenzahl, und zwar von 7,2 Tausend im Jahr 1994 über 11 Tausend im Jahr 2000 auf schließlich 17,5 Tausend im Jahr 2007.

Ehrenamt im Aufwärtstrend?

Einen deutlichen und stetigen Aufwärtstrend des freiwilligen Engagements in den letzten fünfzehn Jahren, wie oft behauptet, belegen weder die Zahlen der vielen Umfragen noch die Zahlen der Wohlfahrtsverbände.

Im Gegenteil: Es gibt Anzeichen für einen Rückgang des Engagements in bestimmten Bereichen. So sank die Zahl der Freiwilligen bei der Feuerwehr von 1,4 Millionen im Jahr 1994 auf 1,1 Millionen im Jahr 2005. Das spricht nun aber wiederum nicht für einen allgemeinen Trend, sondern lediglich für eine Veränderung des Engagements.

Insofern taugen auch Zahlen aus früheren Jahren nicht für einen Vergleich. Anfang der 1960er Jahre hatte die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e. V. fünf Prozent Ehrenamtliche in Deutschland ermittelt. Im Oktober 1996 behauptete die

Bundesregierung deshalb, die Zahl ehrenamtlich Tätiger habe sich seitdem „fast verfünffacht“. Man sieht: Schon damals stützten Zahleninterpretationen eher den politischen Willen, als dass die politischen Entscheidungen den Zahlen folgten.

In Wirklichkeit steht die Statistik des Ehrenamts erst am Anfang. Für die Wohlfahrtspflege wird im Herbst erstmalig in Deutschland ein Studiengang Sozialinformatik an der Universität Eichstätt-Ingolstadt angeboten. Für die Zukunft wird man also mit aussagekräftigeren Zahlen rechnen können.



Ehrenamt im Gespräch

Die Welt ins Haus bringen

Ein Gespräch mit Ilona Voltmer über die Nachhaltigkeit des Projekts mit acht DRK-Seniorenheimen und die Bedeutung der Ehrenamtskoordination.



Von 2003 bis 2005 führte der DRK-Landesverband Niedersachsen ein Pilotprojekt „Ehrenamtlicher Besuchsdienst in stationären Altenpflegeeinrichtungen“ durch. Aus diesem Projekt ist ein Leitfaden für die Ehrenamtsarbeit in der stationären Altenpflege entstanden. „Mit diesem Leitfaden kann jede Einrichtung sofort starten“, sagt Projektleiterin Ilona Voltmer.

Welche Ziele wollten Sie mit Ihrem Besuchsdienst-Projekt erreichen?

Ziel des Projekts war es, den ehrenamtlichen Besuchsdienst in der stationären Altenpflege des Roten Kreuzes auszubauen. Bereits tätige Ehrenamtliche sollten stärker eingebunden, neue Ehrenamtliche dazugewonnen werden.

Die Ehrenamtlichen sind nicht in der Pflege eingesetzt. Ihre Aufgabe ist vielmehr die Begleitung und soziale Betreuung der Bewohner. Ein reiner Besuchsdienst also, der aber die Lebensqualität der Bewohner entscheidend verbessert. Für die Bewohner sind die Ehrenamtlichen Bezugsperson, Gesprächspartner und Ansprechpartner in allen Dingen des Alltags.

Die Ehrenamtlichen bauen – neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – den Bewohnern zudem eine Brücke zur „Welt da draußen“. Sie ermögli-



chen den Bewohnern eine Verbindung zur Außenwelt. Und sie bringen ihre eigene Welt mit ins Haus. Deshalb wählten wir als Projekttitle „Bringen Sie unseren Bewohnern Ihre Welt ins Haus“.

Aus der Sicht der Einrichtungen erweitert der ehrenamtliche Besuchsdienst das Angebot. Und das in vielerlei Hinsicht: in psychosozialer, kultureller und gesundheitsfördernder Hinsicht. Das setzt aber voraus, dass die Ehrenamtlichen in die Organisation der Einrichtung eingebunden sind. Zum Beispiel, dass die Wünsche und Anregungen der Ehrenamtlichen in die Planungen der Einrichtung mit einfließen.

Unser Projekt hatte deshalb auch das Ziel, die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen zu verbessern und das Ehrenamt im Qualitätshandbuch der Einrichtungen zu verankern. Die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen sowie für deren Gewinnung haben wir dann in acht Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen erprobt und umgesetzt.

Wie sind Sie vorgegangen, um diese Ziele umzusetzen?

Unser Projekt gliederte sich in eine dreimonatige Eröffnungsphase Anfang 2003, eine zweieinhalbjährige Durchführungsphase und eine nochmals dreimonatige Ablösungsphase Ende 2005.



In der Eröffnungsphase haben wir zunächst eine Ist-Analyse und Bedarfsermittlung in den beteiligten Einrichtungen durchgeführt. Anschließend haben wir die Ziele festgelegt, das Projekt nach Arbeitspaketen strukturiert und ein Musterkonzept erstellt. Dann haben wir die Hauptphase des Projekts gestartet.

In den letzten drei Monaten haben wir zunächst eine Umfrage unter allen Beteiligten – Bewohnern, Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen – durchgeführt. Wir haben die Ergebnisse der Projektdurchführung ausgewertet und das Gesamtergebnis unseres Projekts in Form eines Praxis-Leitfadens für Altenhilfeeinrichtungen veröffentlicht. Die dazugehörige CD eröffnet die Möglichkeit, Dokumente und Checklisten einrichtungsindividuell anzupassen.

Nun ist bekannt, dass Ihr Projekt erfolgreich war. Aber können Sie kurz aus Ihrer Sicht die drei größten Erfolge Ihres Ehrenamtsprojekts aufzählen?

Zunächst einmal hat das Projekt die Zusammenarbeit mit ehrenamtlich Engagierten in allen acht am Projekt betei-

ligten Einrichtungen gefestigt. Der ehrenamtliche Besuchsdienst und die ehrenamtlichen Gruppenangebote sind dort heute nicht mehr wegzudenken.

Während der zweieinhalbjährigen Durchführungsphase des Projekts konnten in den acht Einrichtungen rund hundert Ehrenamtliche hinzugewonnen werden. In dem Zeitraum von Projektende bis heute ist die Zahl – trotz der Fluktuation – auf 140 ehrenamtlich Engagierte gestiegen.

Das zeigt die Nachhaltigkeit unseres Projekts. Nicht zuletzt durch die Veröffentlichung des Leitfadens ist unser Projekt bis heute aktuell. Wir haben bisher rund 300 Leitfäden mit CD an interessierte Einrichtungen versandt.

Wenn Sie es auf einige wichtige Punkte bringen sollten: Was würden Sie sagen? Was können andere Verbände aus Ihren Erfahrungen mit dem Projekt „Bringen Sie unseren Bewohnern Ihre Welt ins Haus“ lernen?

Vielleicht kann man vier Punkte herausstellen. Der erste Punkt: Die Notwendigkeit der Ehrenamtskoordination. Koordinatoren und Koordinatorinnen sind gewissermaßen der Motor für die Ehrenamtsarbeit. Sie sind der erste Ansprechpartner für alle Beteiligten. Gerade auch dann, wenn es mal nicht so glatt gelaufen ist. Und sie halten durch die Organisation

von regelmäßigen Treffen den Austausch zwischen den Beteiligten in Gang.

Eine zweite wichtige Erfahrung aus unserem Projekt: Bei vielen Menschen ist die Bereitschaft, sich ehrenamtlich engagieren zu wollen, vorhanden. Am Ehrenamt Interessierte brauchen aber konkrete Informationen, wo ehrenamtliches Engagement gesucht wird. In unserem Projekt hatten zwei Drittel der neu geworbenen Ehrenamtlichen keine Erfahrungen mit dem Ehrenamt. Nur durch die gezielte und konkrete Ansprache in unserer Werbephase konnten wir diese Ehrenamtlichen erreichen.

Drittens ist es wichtig, dass alle Hauptamtlichen der Einrichtung hinter dem ehrenamtlichen Engagement stehen. Und auch darauf vorbereitet sind. Alle Fragen der Hauptamtlichen müssen im Vorfeld geklärt werden. Und die Hauptamtlichen sollten auch mit den Formalitäten und Abläufen vertraut sein. Ehrenamtliche müssen sich nicht nur willkommen, sondern auch gut aufgehoben wissen.

Schließlich eine letzte wichtige Erfahrung aus unserem Projekt – allen Unkenrufen zum Trotz: Seniorenheime sind ein attraktives und nachgefragtes Engagementfeld. Das belegt nicht nur die Zahl hinzugewonnener Ehrenamtlicher. Wir haben während unseres Projekts mit ganz unterschiedlichen Gruppen zusam-

mengearbeitet. Zum Beispiel mit Schülern. Wir konnten nicht feststellen, dass es irgendwelche Vorbehalte gegen ein Engagement in der stationären Altenpflege gegeben hat. Im Gegenteil.

Was meinen Sie? Wie kann die verbändliche Ehrenamtsarbeit im Bereich der DRK-Altenhilfe in der Zukunft noch weiter gestärkt werden?

Zum einen sollte man sich noch mehr für ein zeitlich befristetes Ehrenamt öffnen. Engagement ist heute immer seltener eine lebenslange Entscheidung. Zum anderen sollte man dem Thema der Ehrenamtskoordination stärkeres Gewicht geben. Ehrenamtskoordinatoren und Ehrenamtskoordinatorinnen sind heute im wortwörtlichen Sinn der Dreh- und Angelpunkt erfolgreicher Ehrenamtsarbeit.

Zudem müssen wir die Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen weiter intensivieren. Noch immer gibt es Ängste im hauptamtlichen Bereich, die Ehrenamtlichen könnten Arbeitsplätze gefährden. Solchen Vorurteilen begegnet man am besten damit, dass man eine Situation schafft, in der sowohl den Hauptamtlichen als auch den Ehrenamtlichen klar ist, dass man nur miteinander, aber niemals gegeneinander gewinnen kann.



Spurensuche

In Deutschland gab es bereits sehr früh gesellschaftliche Systeme, in denen freiwillig Arbeit organisiert wurde. Ein Beispiel ist das Hamburger System der Armenverwaltung von 1788. Das Hamburger System kombinierte private Initiative mit allgemeiner staatlicher Verantwortlichkeit. Und es enthielt schon alle wesentlichen Elemente, die in der deutschen Tradierung freiwilliger Arbeit eine Rolle spielen sollten.

In Preußen führte die Verbindung von privater Initiative und autoritärem Staatsverständnis dann zu einer eigentümlichen Mischung. Freiherr Karl vom Stein wollte das bislang brachliegende Potenzial in der Bevölkerung aktivieren und für den Staat nutzbar machen. Die Bürger sollten zukünftig ihre lokalen Angelegenheiten selber verwalten und dadurch in den absolutistischen Staat integriert werden.



Die Erfindung des Ehrenamts

Aus politischem Kalkül wie auch aus akuter Finanznot wurde mit der Preußischen Städteordnung 1808 das kommunale Ehrenamt geschaffen. „Jeder Bürger ist schuldig, öffentliche Stadtämter zu übernehmen, und solche, womit kein Dienstverkommen verbunden ist, unentgeltlich zu verrichten“, heißt es in Paragraph 191.

Neben beruflichem Ansehen und der Wertschätzung im privaten Kreis konnte sich der (männliche) Bürger durch Übernahme eines solchen Amtes nun auch die öffentliche Anerkennung – die Ehre – verdienen. In der „Allgemeinen Encyclopädie der Wissenschaften und Künste“ von 1838 wird der neue Begriff des Ehrenamts definiert:

„Ehrenamt, verschieden von Ehrenposten und eine Unterart der Ehrenstellen, bezeichnet ein solches öffentliches Amt, das entweder mit keinem oder nur einem geringen Gehalt, auch, seiner Absicht nach, nicht mit der Hoffnung auf Erlangung eines besoldeten Amtes verbunden ist. Ehrenamt nennt man jetzt ein solches Amt vorzugsweise darum, weil es von den Emolumenten öffentlicher Ämter nichts,

3

als die mit jedem öffentlichen Amte verbundene Würde – Ehre dem Verwalter desselben gibt.“

Aus dieser Zeit stammen auch die irrtümlicher Weise Wilhelm Busch zugeschriebenen Zeilen: „Willst Du froh und glücklich leben / Lass kein Ehrenamt Dir geben. / Willst Du nicht zu früh in's Grab / Lehne jedes Amt gleich ab.“ Die Begeisterung für das kommunale Ehrenamt hielt sich also in Grenzen.

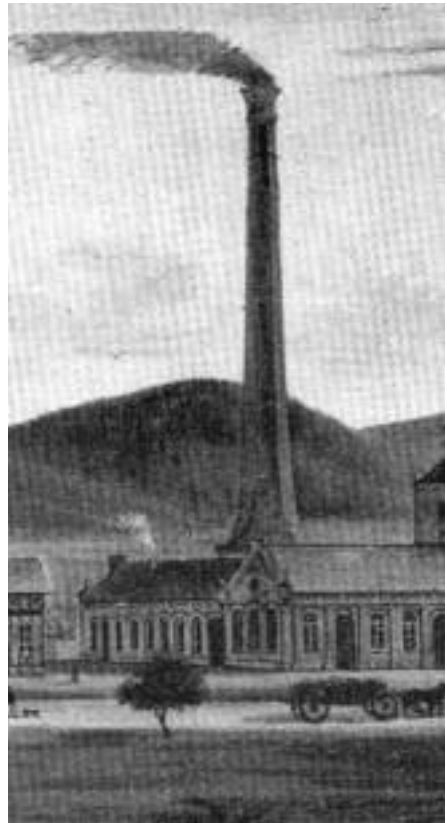
Anfänge des sozialen Ehrenamts

Das Leistungsangebot der Kommunen wurde Mitte des 19. Jahrhunderts um die Armenhilfe erweitert. Das Elberfelder System von 1853 erklärte die öffentliche Armenpflege zur ehrenamtlichen Pflichtaufgabe für jeden (männlichen) Bürger. Dem Beispiel Elberfelds schlossen sich in den folgenden 50 Jahren fast alle größeren Städte Deutschlands an.

Das soziale Ehrenamt wurde durch eine Reihe weiterer Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entscheidend geprägt. Dazu zählen etwa das kirchlich-konfessionelle Engagement, das breite Spektrum privater wohltätiger Einrichtungen, meist als Verein organisiert, die unter dem Begriff der „geistigen Mütterlichkeit“ entwickelten Aktivitäten der bür-

gerlichen Frauenbewegung oder auch die Selbsthilfevereinigungen der erstarkenden Arbeiterbewegung. Das Prinzip ehrenamtlichen Engagements wurde damit bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts auf eine breite Basis gestellt.

Als Folge der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung löste 1905 das Straßburger System das Elberfelder System ab. Es war der entscheidende Schritt von der Ehrenamtlichkeit sozialer Hilfe zu deren Verberuflichung.





Das Straßburger System zentralisierte die Armenhilfe und regelte erstmals die Aufgabenteilung zwischen ehrenamtlichen und beruflichen Kräften. Die Entscheidungsgewalt verlagerte sich von den Ehrenamtlichen auf die Hauptamtlichen. Die ehrenamtlichen Bürger sahen sich plötzlich in die Rolle gedrängt, lediglich „vor Ort Erkundigungen einzuziehen und Kontrollbesuche zu machen“.

Die Folge waren (bis heute fortwirkende) Spannungen zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern. Das Ehrenamt büßte an Attraktivität ein. Bald schon war von einer „Krise des Ehrenamts“ die Rede. So beklagte die Mitteldeutsche Sportzeitung im Juli 1928 eine zunehmende „materielle Einstellung“ und den „Niedergang des idealen Sinnes unseres Volkes“: „Niemand will mehr ein Ehrenamt annehmen, kein Mensch hat mehr Zeit, um ohne Entschädigung für seine Mitmenschen tätig zu sein. Der Vereinsmeier,

einst viel bespöttelt und belacht, ist im Aussterben begriffen. Man ist ‚klug geworden‘ und lässt andere für sich arbeiten.“

Während der Weimarer Republik entwickelt sich das soziale Ehrenamt zu einer Domäne der Wohlfahrtsverbände. Um das Ehrenamt wieder attraktiver zu machen, setzten die Verbände auf die Qualifizierung von Ehrenamtlichen. In einem Handbuch der Wohlfahrtspflege von 1929 heißt es: „Der ehrenamtliche Helfer ist der erste Wohlfahrtspfleger. Die ehrenamtlichen Kräfte waren auch die Pioniere der beruflichen Arbeit. Das aus der Praxis geborene tiefere Eindringen in die Probleme der Wohlfahrtspflege führte sie zu dem Wunsch nach theoretischer und praktischer Schulung für ihre Arbeit“.

Makel der Rückständigkeit

Nach dem Krieg flankierten die Wohlfahrtsverbände den Sozialstaat. Unter dem Stichwort der Solidarität verstanden sie sich nun nicht mehr nur als Anbieter von Leistungen, sondern auch als Anwälte ihrer Klienten. Es dominierte nunmehr ein paternalistisches Verständnis sozialer Dienste, in dessen Zentrum der anspruchsberechtigte und zu versorgende Bürger stand. Soziale Dienste galten dann als gut, wenn sie hoch verrechtlicht und flächendeckend organisiert waren.

3

Es entstand eine „Wohlfahrtsindustrie“. Anfang der 1960er Jahre arbeiteten gerade mal 100.000 Menschen in der Freien Wohlfahrtspflege. Vierzig Jahre später waren bei den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege über 1,4 Millionen Arbeitnehmer in fast 100 Tausend Einrichtungen und Diensten beschäftigt. In der Altenhilfe der Spitzenverbände gab es 1970 knapp 50 Tausend Beschäftigte in rund 6.500 Einrichtungen. Bis 2004 stieg die Zahl laut Statistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege auf über 367 Tausend Beschäftigte in etwa 16 Tausend Einrichtungen.

Das ehrenamtliche Engagement konnte bei dieser Entwicklung der Professionalisierung nicht mithalten. Bald schon haftete ihm der Makel von Rückständigkeit und Dilettantismus an. Das Ehrenamt war deshalb meist straff durchorganisiert und der Aufsicht hauptamtlicher Mitarbeiter unterstellt.

Das Auseinanderdriften von Hauptamt und Ehrenamt veranschaulichen die Zahlen eines Wohlfahrtsverbands. Vor vierzig Jahren kamen hier 647 bezahlte Kräfte auf 11.000 Ehrenamtliche. Im Jahr 2003 engagierten sich beim Verband immer noch 11.000 Ehrenamtliche. Nur dass ihnen jetzt über 16.000 Angestellte und 2.600 Zivildienstleistende gegenüberstanden.

Politisiertes Engagement

Dem paternalistischen Verständnis sozialer Dienste stellte sich Mitte der 1970er Jahre ein neuer Diskurs entgegen. Angestoßen durch die Selbsthilfe-Debatte und die Neuen Sozialen Bewegungen etablierte sich ein anderes Leitbild sozialer Dienste, das sich, statt am anspruchsberechtigten Bürger, am „Aktivbürger“ orientierte.

Der neue emanzipatorische Diskurs zielte nicht auf großflächige Standards, sondern kreiste um die situativen und kulturspezifischen Bedürfnisse. Es ging jetzt weniger um Versorgung, mehr um Respekt und Anerkennung. Und Engagement wurde weniger mit Verpflichtung, mehr mit Selbstverwirklichung und Teilhabe verknüpft.

Im Zuge der „partizipatorischen Revolution“, so der Soziologe Max Kaase, entstanden neue Formen des politischen und sozialen Engagements. Zum Beispiel Nachbarschaftshilfen, Genossenschaften, Tauschringe, Selbsthilfegruppen oder Umweltinitiativen. Sie verbanden Solidarität mit Selbstverwirklichung, waren nicht „lebenslang“, sondern projektförmig organisiert und erhoben Anspruch auf Teilhabe und Selbstbestimmung.



neuen Engagementformen) gegen das Ehrenamt aus: „Das Ehrenamt datiert aus vordemokratischen Zeiten. Es existierte in den unterschiedlichsten Systemen, im preußischen Absolutismus ebenso wie in der Weimarer Republik, im Sozialismus der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik. Daher kann man sagen, das Ehrenamt ist politisch neutral. Sofern es in den unterschiedlichen Staatsformen systemkritische Aktivitäten gab, traten diese nie im Rahmen des Ehrenamtes auf. Im Gegenteil: Das Ehrenamt hat begrifflich wie politisch gewissermaßen immer schon seinen Frieden mit der bestehenden institutionellen Ordnung gemacht. Bürgerschaftliches Engagement hat anders als das Ehrenamt, einen immanenten Demokratiebezug.“

Krise oder Strukturwandel?

Die beiden Autoren übersehen dabei allerdings, dass sich auch das traditionelle Ehrenamt über die Zeit verändert hat. So war Ende der 1980er Jahre wieder von einer „Krise des Ehrenamts“ die Rede. Die Wohlfahrtsverbände würden kaum noch ehrenamtliche Helfer finden, hieß es. Bis Mitte der 1990er Jahre wandelte nun das Gespenst der „Ego-Gesellschaft“ durch die Gazetten. „Ein Volk auf dem Ego-Trip“, titelte der Focus. „Jeder für sich und gegen alle“, meinte der Spiegel.

Gegenüber diesen neuen, politisierten Formen des Engagements geriet das traditionell organisierte Ehrenamt in die Defensive. Nicht selten wurde es angefeindet. So etwa spielen Serge Embacher und Susanne Lang in ihrem erst vergangenes Jahr erschienenen Lern- und Arbeitsbuch „Bürgergesellschaft“ immer noch das bürgerschaftliche Engagement (als Fortsetzung der

Durch Zahlen konnte diese Krise allerdings nie belegt werden. Auch die 1999 eingesetzte Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ fand keine Beweise. Und vieles spricht dafür, dass es sich eher um eine „gefühlte“ Krise des Ehrenamts gehandelt hat.

Ein Grund für die Krisenwahrnehmung mag schlicht die Tatsache gewesen sein, dass sich die Möglichkeiten für ehrenamtlich Engagierte zwischen 1980 und 2000 vervielfacht hatten. Häufigste Organisationsform freiwilligen Engagements war und ist bis heute der Verein. 43 Prozent der im letzten Freiwilligensurvey Befragten engagieren sich in einem Verein. Die Zahl der Vereine verdreifachte sich aber innerhalb von nur zwanzig Jahren von etwa 180 Tausend im Jahr 1980 auf 540 Tausend im Jahr 2000. Mit dem steigenden Angebot verteilte sich die Nachfrage. Es entstand der Eindruck, das Engagement im Verein sei rückläufig.

Neben diesem quantitativen Aspekt reagierte die Debatte um die Krise des Ehrenamts aber auch auf einen sichtbar gewordenen „Strukturwandel des Ehrenamts“. Mit dieser These stellte Thomas Olk Ende der 1980er Jahre dem „alten, herkömmlichen, klassischen“ Engagement „neue“ Formen des Ehrenamts entgegen:

- „Das ‚alte‘ Ehrenamt ist in überkommene Sozialmilieus eingebunden und durch gesellschaftliche Zentralwerte legitimiert; es ist hoch organisiert, in festgefügte Formen der Kooperation und Arbeitsteilung eingebaut und unterliegt oft genug den Weisungen und der Aufsicht professioneller und hauptamtlicher Mitarbeiter.
- Demgegenüber ist das ‚neue‘ Ehrenamt eher durch die Erfahrung konkreter Benachteiligungen und Leiden (Betroffenheit) motiviert, entwickelt sich in überschaubaren lokalen Lebenszusammenhängen und äußert sich in weitgehend selbstbestimmten, autonomen und gering formalisierten Organisationsformen; das Interesse an der Bewältigung und Überwindung einer eigenen Problemsituation, soziale Gesinnung und politischer Veränderungswille gehen eine neuartige Verbindung ein.“

Aus dieser Abgrenzung „alter“ von „neuen“ Formen des Engagements leitete Olk zwei Analyseebenen ab: Auf der Ebene



der Organisation des Ehrenamts habe sich der Strukturwandel in einer neuen Vielfalt von Engagementformen gezeigt. Auf der Ebene der Motive für ein Engagement diagnostizierte Olk einen Wandel von pflichtbezogenen Motiven hin zu stärker selbstbezogenen Motiven.



Ökonomisierung des Ehrenamts

Der Diagnose eines Form- und Motivwandels folgten bald die Forderungen nach einer „Modernisierung des Ehrenamts“. Vor allem das traditionelle Ehrenamt veränderte sich in den folgenden Jahren. Ablesbar ist diese Veränderung zum Beispiel an der neuen Ehrenamtsdefinition des Deutschen Roten Kreuzes von 1997. Dort wurde der Gestaltungswille und Selbstbezug der Ehrenamtlichen ausdrücklich mit einbezogen.

Der paternalistische Diskurs und der emanzipatorische Diskurs verschränkten sich, wurden aber bereits Mitte der 1990er Jahre durch einen dritten Diskurs überlagert. Der Diskurs von mehr Markt und Wirtschaftlichkeit stellte die sozialen Dienste vor neue Herausforderungen. Das blieb für das Engagement nicht ohne Folgen.

Die sozialen Dienste betrachteten Engagement nun zunehmend auch als eine kostenwirksame Ressource. Die Engagierten wiederum sahen sich mit der Forderung konfrontiert, mehr Verantwortung im eigenen Nahbereich zu übernehmen. Damit veränderte sich der Bedeutungswert des Engagements: Das Motiv der Selbstverwirklichung bezog sich fortan verstärkt auf den beruflichen Nutzen.

3



Das lässt sich an Hand der Daten des Freiwilligensurveys belegen: Die Interessenorientierung bei der Entscheidung für ein Engagement hat danach zugenommen, insbesondere bei Jugendlichen und Arbeitslosen. Allerdings geht dieser Trend nicht, wie man vielleicht vorschnell vermuten könnte, zu Lasten der Gemeinwohlorientierung.

Anderen Menschen zu helfen und etwas zum Gemeinwohl beizutragen, sind erstaunlich stabile Erwartungen an das eigene Engagement. Lediglich die Geselligkeitsorientierung der Engagierten ist zwischen 1999 und 2004 leicht zurückgegangen.

Die Entdeckung der Engagementpolitik

Mit der Ökonomisierung des Sozialen entdeckte die Politik das Ehrenamt. Der Beginn der Engagementpolitik in Deutschland lässt sich auf den 1. Oktober 1996 datieren. Damals veröffentlichte die Bun-

desregierung ihre Antwort (Drucksache 13/2652) auf eine Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zur „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ (<http://bit.ly/E9FHb>).

Am 5. Dezember fand die Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage statt. Der Entschließungsantrag (Drucksache 13/6386) der Regierungsfractionen wurde angenommen. In dem Antrag wurde festgestellt, dass ehrenamtliche Tätigkeit „ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft“ sei und öffentliche Anerkennung verdiene.

Der Bundestag schloss sich der damaligen Diagnose an, dass das „traditionelle Ehrenamt an Zuspruch verliert“ und forderte die Bundesregierung zu Gegenmaßnahmen auf. So plädierte der Bundestag für die Einführung des von den Vereinten Nationen proklamierten „Volunteers day“ am 5. Dezember in Deutschland als „Tag des Ehrenamtes“.

Eine Konsequenz dieser Debatte war die Ausschreibung des Forschungspro-

jekts „Repräsentative Erhebung zum Ehrenamt“ durch das Bundesfamilienministerium im Herbst 1998. Aus diesem Projekt entstand der „Erste Freiwilligensurvey“, der ein Jahr später erschien.

Als zweite Konsequenz wurde im Dezember 1999 die Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt. Die Enquetekommission legte im Juni 2002 einen Abschlussbericht (<http://bit.ly/91ZHH>) mit über 200 Handlungsempfehlungen vor.

Eine gesellschafts- politische Aufgabe

Das Jahr 2001 hatten die Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt. Unter dem Motto „Was ich kann, ist unbezahlbar“ begleitete das Bundesfamilienministerium das Jahr mit einer ersten bundesweiten Kampagne für das Ehrenamt.



Aus dem Nationalen Beirat des Internationalen Jahres der Freiwilligen ging auf Empfehlung der Enquetekommission im Juni 2002 dann das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (<http://www.b-b-e.de>) hervor. Ziel des Netzwerks mit inzwischen 220 Mitgliedern ist es, die Engagementförderung als gesellschafts-politische Aufgabe auf Dauer zu verankern. Zum Beispiel durch die seit 2004 einmal im Jahr veranstaltete „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ (<http://www.engagement-macht-stark.de>).



Bei ihrem Antritt 2002 schrieb die zweite Regierung Schröder die Förderung des Engagements sogar in den Koalitionsvertrag. Allerdings wurde mit dem Konzept des „Aktivierenden Staats“ eine zumindest doppeldeutige Orientierung vorgegeben. „Wir setzen auf das soziale Engagement“, hieß es im Koalitionsvertrag. „Erneuerung ist nicht alleine Aufgabe des Staates. Wir brauchen dazu den Willen und die Bereitschaft aller gesellschaftlichen Kräfte.“

Doch fiel das engagementpolitische Projekt bald schon hinter andere politische Prioritäten zurück. Im Großen und Ganzen blieb es bei der Einsetzung des

Parlamentarischen Unterausschusses Bürgergesellschaftliches Engagement und der Beauftragung einer Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“.

Die Kommission beschäftigte sich im Hinblick auf ein mögliches Ende der Wehrpflicht vor allem mit der Frage, wie die Aufgaben der 95 Tausend Zivildienstleistenden durch den „Ausbau generationenübergreifender Freiwilligendienste“ in der Gesellschaft verteilt werden könnten. Der Kommissionbericht gab den Anstoß zum ersten bundesweiten, dreijährigen Modellprojekt „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“.

Im politischen Tagesgeschäft angekommen

In der Großen Koalition wurde der Engagementpolitik zunächst keine größere Beachtung geschenkt. Es gab einige Maßnahmen zur Förderung des Engagements, wie etwa die Novelle des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts. Erst mit der vom Bundesfamilienministerium im Sommer 2007 gestarteten „Initiative ZivilEngagement“ (www.initiative-zivilengagement.de) kam wieder Bewegung in die Engagementpolitik.

„Wir wollen durch gute Rahmenbedingungen, handlungsorientierte Forschungsvorhaben und eine engagement-

freundliche Gesetzgebung das bürgergesellschaftliche Engagement fördern“, sagte Familienministerin Ursula von der Leyen. „Die Initiative ist der erste Schritt dazu.“ Um die Initiative zu koordinieren, wurde ein „Beauftragter für ZivilEngagement“ eingesetzt.



Mit der Initiative ZivilEngagement kletterte die Engagementpolitik in der politischen Prioritätenliste nach oben. Im Januar 2009 begann ein neues bundesweites Modellprojekt. Das Projekt „Freiwilligendienste aller Generationen“ (www.freiwilligendienste-aller-generationen.de) ist wiederum auf drei Jahre angelegt und mit knapp 25 Millionen Euro gefördert. Im Frühjahr startete zudem ein interaktives Vernetzungsportal „Engagiert in Deutschland“ (www.engagiert-in-deutschland.de).



Zuletzt wurde im April das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ im Rahmen der Initiative ZivilEngagement gegründet. Das Forum versteht sich als „Denkfabrik für das Engagement“ und soll die Bundesregierung bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie begleiten.

Betrachtet man nun zusätzlich die Engagementpolitik der Bundesländer und

deren Umsetzung auf kommunaler Ebene, kann man wohl eine insgesamt positive Bilanz ziehen. In den vergangenen zehn Jahren haben sich erste Ansätze einer engagementpolitischen Agenda herausgebildet und im politischen Tagesgeschäft verankert.

Von einem Durchbruch der Engagementpolitik kann sicherlich bislang nicht die Rede sein. Allerdings ist das auch keine Überraschung, wie Thomas Olk, heute Vorsitzender des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, zu Bedenken gibt: „Niemand konnte erwarten, dass in einem Land, in dem das preußische Erbe mit seiner Staatsfixierung so dominant ist, das Projekt der Bürgergesellschaft im Eiltempo siegen wird.“

Ehrenamt im Gespräch

Vergissmeinnicht

Ein Gespräch mit Pflegemanagerin Britta Morsch über das von ihr betreute Projekt und Erfolgsfaktoren der Ehrenamtsarbeit.



Abwechslung in den Betreuungsalltag demenzkranker Menschen bringen die „Cafés Vergissmeinnicht“ des DRK-Landesverbands Saarland. Das Ehrenamtsprojekt ist Teil eines seit 2003 laufenden Gesamtprojekts, das Angehörige von Demenzkranken durch verschiedene Angebote unterstützt.

Was ist ein „Café Vergissmeinnicht“? Und welche Rolle spielen die Ehrenamtlichen in diesem Projekt?

Das „Café Vergissmeinnicht“ ist ein wichtiger Baustein des Gesamtprojekts „Angehörige stärken – Unterstützung im Leben mit demenzkranken Menschen“. Dieses Projekt des Landesverbands Saarlands läuft bereits seit sechs Jahren.

Beim Teilprojekt „Café Vergissmeinnicht“ ist der Name Programm: Das Café ist eine wöchentlich stattfindende Betreuungsgruppe für demenzkranke Menschen. Durch den regelmäßigen Termin werden betreuende Angehörige entlastet. Der Name soll also einerseits zum Ausdruck bringen, dass die Nöte der Angehörigen nicht vergessen werden.

Andererseits erinnert der Name des „Café Vergissmeinnicht“ daran, dass demenzkranke Menschen im Verlauf ihrer Erkrankung Teile ihrer Lebensgeschichte vergessen. Die Betreuung und Beschäfti-

gung im „Café Vergissmeinnicht“ ist speziell auf das Krankheitsbild der Demenz abgestimmt.

Das „Café Vergissmeinnicht“ ist ein Ehrenamtsprojekt. Die Ehrenamtlichen gestalten das Programm und betreuen die Besucher unter Anleitung einer Fachkraft einmal die Woche zwei bis drei Stunden. Insgesamt gibt es zurzeit 14 Betreuungsgruppen, in denen sich rund 50 Ehrenamtliche engagieren. Dabei kommen auf 3 Besucher zwei Ehrenamtliche. Das ist unser Betreuungsschlüssel.

Zur Vorbereitung auf ihre Tätigkeit im „Café Vergissmeinnicht“ müssen die Ehrenamtlichen an einer Grundschulung von 25 Stunden teilnehmen. Dort lernen sie die medizinischen Grundlagen der Demenzerkrankung ebenso kennen wie die besonderen Erfordernisse im Umgang mit Demenzpatienten. Zudem besuchen die Ehrenamtlichen während ihrer Tätigkeit einmal im Jahr eine Fortbildungsveranstaltung.



Wie gesagt, das „Café Vergissmeinnicht“ ist nur ein Baustein des Projekts „Angehörige stärken – Unterstützung im Leben mit demenzkranken Menschen“. Dieser Baustein fügt sich in eine Reihe weiterer Bausteine. Dazu gehört zum Beispiel die stundenweise häusliche Betreuung von Demenzkranken. Hier arbeiten zurzeit zwölf Ehrenamtliche.

Ein anderes Teilprojekt sind die „Klänge der Erinnerung“. Die demenzkranken Besucher des „Café Vergissmeinnicht“ sollen dabei über einen musiktherapeutischen Zugang angesprochen werden. Auch hier sind Ehrenamtliche im Einsatz. Sie werden von einer Musiktherapeutin zuvor ausgebildet und dann vor Ort auch fachlich angeleitet.

Worin sehen Sie den größten Erfolg Ihres Ehrenamtsprojekts? Und welche Faktoren halten Sie für den Erfolg entscheidend?

Unser größter Erfolg ist es sicherlich, dass es uns immer wieder gelingt, Ehrenamtliche für die Betreuung von demenzkranken Menschen zu begeistern und zu gewinnen. Diese Aufgabe stellt doch recht hohe Anforderungen an die Sozialkompetenz und Kreativität der Ehrenamtlichen. Dass sich so viele Ehrenamtliche dieser Herausforderung stellen, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für unser Projekt.

Ich denke, der Erfolg eines Projekts mit Ehrenamtlichen steht auf drei





einerseits dazu beitragen, dass die Motivation auch über „Durststrecken“ nicht abreißt. Andererseits spielt die Anerkennungskultur einer Organisation bei der Motivation der Ehrenamtlichen eine wichtige Rolle.

Wie kann Ihrer Meinung nach die verbandliche Ehrenamtsarbeit in der DRK-Altenhilfe in Zukunft noch weiter gestärkt werden?

3

Säulen, nämlich der Betreuung, der Qualifizierung und der Motivation der Ehrenamtlichen.

Ehrenamtliche brauchen zunächst einmal verlässliche Betreuung. Deshalb sollte ein Hauptamtlicher die Aufgabe übernehmen, Ehrenamtlichen mit Rat und Tat, und manchmal sogar als „Beichtvater“, zur Seite zu stehen. Der Hauptamtliche seinerseits braucht für diese Aufgabe eine entsprechende Qualifizierung und Erfahrungen in der Ehrenamtsarbeit.

Ehrenamtsarbeit braucht Rücken- deckung. Darum ist es wichtig, dass die Arbeit auf allen Verbandsebenen unter- stützt wird. Die Ehrenamtsarbeit gehört auch regelmäßig auf die Tagesordnung von Vorstandssitzungen. Dabei sollte der Ehrenamtsarbeit in der Altenhilfe ein besonderer Stellenwert zukommen. Denn der demografische Wandel hat bereits begonnen.

Auch Ehrenamtliche müssen für die Aufgaben, die sie übernehmen, vorbe- reitet und qualifiziert werden. Wichtig ist es, dass die Qualifizierung nicht nur auf das Aufgabenfeld, sondern ebenso auf die Bedürfnisse und Erfahrungen der Ehren- amtlichen zugeschnitten ist.

Und schließlich geht es um die Motivation der Ehrenamtlichen. Regelmä- ßige Treffen, Ausflüge und Feiern können



A black and white photograph of a person from the chest up, wearing a long-sleeved shirt with horizontal stripes. They are holding a white rectangular sign in front of their face with both hands. The sign has the words 'PROJEKT' and 'EHRENAMT' written in a hand-drawn, blocky font, one above the other. Below the text, there are two horizontal lines. The person's face is completely obscured by the sign. The background is a plain, light-colored wall.

PROJEKT
EHRENAMT

Projekt Ehrenamt

Das Rote Kreuz ist mit 100 Millionen Freiwilligen und 500 Tausend hauptamtlichen Mitarbeitern in 186 Ländern die weltweit größte Freiwilligenorganisation. Allein in Deutschland engagieren sich rund 400 Tausend Menschen in den fünf Gemeinschaften des Deutschen Roten Kreuzes.

Das Ehrenamt ist fest in den Grundsätzen des Deutschen Roten Kreuzes verankert. Das hat nicht zuletzt historische Gründe. Im Juni dieses Jahres feierte das Rote Kreuz sein 150-jähriges Bestehen. Dabei wurde an die ehrenamtlichen Wurzeln der Rotkreuzbewegung erinnert.

Tutti fratelli

Ein Rückblick: Am 24. Juni 1859 fand im norditalienischen Ort Solferino eine blutige Schlacht mit vielen Toten und Verwundeten statt. Der Geschäftsreisende Henry Dunant kam nach dem Ende des Gemetzels zufällig in Solferino vorbei.

Auf dem Schlachtfeld sah Dunant 40 Tausend Verwundete im Dreck liegen – sterbend, sich selbst überlassen. „Ganze Schwärme von Mücken saugten an ihnen,



und Raubvögel umkreisten diese von der Fäulnis grünlich gefärbten Körper, in der Hoffnung, sie zerfleischen zu können“, schreibt Dunant später in seinem Buch „Eine Erinnerung an Solferino“.

In der nahe gelegenen Kleinstadt Castiglione delle Stiviere mobilisierte Dunant Freiwillige. Vor allem die einheimischen Frauen bargen und versorgten mit ihm zusammen die Verletzten. Mit der Zeit trafen an die 10 Tausend Verwundete in dem Örtchen ein. 500 von ihnen konnten in einem improvisierten Hospital in der Ortskirche versorgt werden.



„Da die Frauen sahen, dass ich keinen Unterschied zwischen den Nationalitäten machte“, schreibt Dunant, „ahmten sie meinem Beispiele nach, indem sie alle diese Leute von so verschiedener Abkunft und ihnen ja alle gleich fremd mit demselben Wohlwollen behandelten. ‚Tutti fratelli‘, sagten sie oft mit bewegter Stimme.“

Mit der Losung „Tutti fratelli“ – „Alle sind Brüder“ – war das Rote Kreuz geboren. Dunant forderte in seinem 1862 erschienenen Buch die Gründung einer internationalen, neutralen Vereinigung von Freiwilligen, die im Krieg bei der Versorgung von Verwundeten hilft. 1863 rief er in Genf ein Komitee ins Leben, das später unter dem Namen „Internationales Komitee vom Roten Kreuz“ bekannt werden sollte.



Bereits ein Jahr später verpflichteten sich 12 Staaten in der berühmten Genfer Konvention, bei der Behandlung von feindlichen Kriegsverwundeten gewisse Regeln einzuhalten. Bei dem

Treffen einigte man sich auch auf ein einheitliches Symbol zum Schutz der Verwundeten und des freiwilligen Hilfspersonals: das leicht und weithin erkennbare Rote Kreuz auf weißem Grund, die Umkehrung der Schweizer Flagge.

Neue Anforderungen an die Ehrenamtsarbeit

Das Rote Kreuz blickt heute auf 150 Jahre Ehrenamtsarbeit zurück. Die Ehrenamtlichen sind längst nicht mehr nur in Kriegen und bei Katastrophen im Einsatz. Aufgrund der sich gegenwärtig verändernden sozialen Strukturen hat das soziale Ehrenamt mittlerweile eine ebenso große Bedeutung erlangt.

Denn soziale Arbeit im Roten Kreuz ist mehr als die technische Beseitigung sozialer Benachteiligung und gesundheitlicher Mängel. Sie ist vor allem auch Beziehungsarbeit. Angesichts des demografischen Wandels werden Ehrenamtliche gerade bei der Begleitung und sozialen Betreuung in Zukunft noch stärker nachgefragt sein als heute. Zurzeit engagieren sich etwa 25.000 Ehrenamtliche in den sozialen Diensten des Deutschen Roten Kreuzes.

Mit dem gesellschaftlichen Wandel hat sich aber auch das Ehrenamt in den vergangenen Jahren stark verändert. Es ist vom Strukturwandel und vom Einstel-



lungswandel der Ehrenamtlichen die Rede. Entsprechend hat sich die Ehrenamtsarbeit zum Freiwilligenmanagement weiterentwickelt.

In der Ehrenamtsarbeit kommen heute verschiedene Managementtechniken zum Einsatz. Dabei wird die Koordination von Ehrenamtlichen als ständiger Prozess angesehen. Die Freiwilligenkoordination durchläuft immer wieder die fünf Phasen des Planens, des Gewinnens und Auswählens von Ehrenamtlichen, des Ausbildens und Betreuens, des Auswertens und Beurteilens der ehrenamtlicher Arbeit sowie des Anerkennens der Engagierten.

Die moderne Ehrenamtsarbeit beschränkt sich aber nicht darauf, die Freiwilligenkoordination als Prozess zu gestalten. Ehrenamtsarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, an der alle Bereiche einer Organisation beteiligt sind. Deshalb muss die Organisation selber bereit sein, sich in Richtung Engagementfreundlichkeit zu entwickeln. Und sie sollte das auch immer wieder, etwa mit Hilfe eines Freiwilligen-Audit, überprüfen.

Freiwilligenmanagement kommt heute ohne Grundlagenwissen, auch in der Organisationsentwicklung, nicht aus. Zunächst muss ein Rahmen für die Ehrenamtsarbeit geschaffen werden. Dieser Rahmen ermöglicht und sichert einerseits das Engagement. Andererseits gibt er die Engagementfelder und Zielgruppen vor. Werkzeuge, die hier zum Einsatz kommen, sind zum Beispiel Leitbild, Bedarfsanalysen und Tätigkeitsbeschreibungen.

Die zweite wichtige Aufgabe des Freiwilligenmanagement ist es, Ehrenamtliche anzusprechen, zu gewinnen und einzuführen. Ehrenamtliche müssen durch Hauptamtliche begleitet und gefördert werden. Und sie wollen beteiligt und für ihre Leistungen anerkannt werden. Hierzu braucht es unter anderem feste Ansprechpartner, klare Regeln für Erst- und Konfliktgespräche sowie Entscheidungen zur Anerkennungs- und Beteiligungskultur in der Organisation.



Schritte in die Zukunft

Das Deutsche Rote Kreuz hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Schritten getan, um das soziale Ehrenamt zu modernisieren und zu stärken. Ein Beispiel ist die Einrichtung des Ausbildungsgangs zum „Freiwilligen- und Ehrenamtskordinator im DRK“ (FREAK).

Die Ausbildung gliedert sich in ein „Grundlagenseminar zum Management ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit“ (MEFA) mit 36 Unterrichtseinheiten sowie zwei Aufbaumodule mit jeweils 8 Unterrichtseinheiten. Am Ende des Ausbildungsgangs müssen die Teilnehmer eine Projektarbeit einreichen, um ein Zertifikat zu erhalten.

Die Ausbildung vermittelt methodische und fachliche Kompetenzen in den vier Bereichen Ehrenamtsarbeit, Personalmanagement, Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung. Das Curriculum wurde erstmals 2001 – im Internationalen Jahr der Freiwilligen – bundesweit erprobt. Auf der Basis der gemachten Erfahrungen wurde der Lehrplan dann nochmals überarbeitet.

Ein zweites Beispiel für die Entwicklung der Ehrenamtsarbeit im Deutschen Roten Kreuz sind verschiedene qualitative Untersuchungen der Landesverbände und des Generalsekretariats. Die Ergebnisse der Studien wurden in Konzepte und Leitfäden für die praktische Arbeit vor Ort umgesetzt.

So hat der DRK-Landesverband Niedersachsen gemeinsam mit acht Seniorenheimen in den Jahren 2003 bis 2005 ein Projekt „Ehrenamtlicher Besuchsdienst in stationären DRK-Altenpflegeeinrichtungen“ durchgeführt (siehe das Gespräch mit Projektleiterin Ilona Voltmer: „Die Welt ins Haus bringen“). Die Erkenntnisse aus dem Programm mündeten in einem Praxisleitfaden, den die Verbände über die Homepage des Landesverbands (www.drk-nds.de) bestellen können.

Das niedersächsische Ehrenamtskonzept umfasst 150 Seiten Tipps und Anregungen zum ehrenamtlichen Engagement. Außerdem liegt dem Konzept eine CD bei, die zahlreiche Arbeitshilfen mit Projektbeispielen sowie 30 Vorlagen für Fragebögen, Checklisten und Anschreiben enthält. Das Konzept und die Materialien werden laufend ergänzt und aktualisiert. Der Änderungsdienst bis Ende 2011 kann abonniert werden.

Grundsätze

Auf der Bundesebene wurde im Jahr 2004 eine qualitative Studie zu Ehrenamtlichen in der DRK-Sozialarbeit erstellt. Der Fokus richtete sich dabei auf fünf soziale Dienste mit einer bereits gut funktionierenden Ehrenamtsarbeit. Im Rahmen des Best-Practice-Ansatzes wurden verschiedene Erfolgsfaktoren identifiziert, beschrieben und in zehn Thesen zusammengefasst.

Die Thesen zeigen, welche Strukturen und Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit in der DRK-Sozialarbeit notwendig sind. Zu den beschriebenen Erfolgsfaktoren gehören:

Die Thesen zeigen, welche Strukturen und Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit in der DRK-Sozialarbeit notwendig sind. Zu den beschriebenen Erfolgsfaktoren gehören:

- engagierte, feste Ansprechpartner,
- eine regelmäßige Kommunikation,
- interessante Aufgaben mit Gestaltungsspielräumen,
- die Wertschätzung der Ehrenamtlichen und eine Anerkennungskultur,
- eine gut abgegrenzte und transparente Aufgabenteilung sowie
- Flexibilität und die Beschränkung organisatorischer Regelungen auf ein Mindestmaß.

Aus der im Mai 2005 erschienenen Analyse wurden „Grundsatzaussagen zum ehrenamtlichen Engagement in den sozialen Aufgabenfeldern des Deutschen Roten Kreuzes“ abgeleitet. Die Grundsatzaussagen wurden im März 2006 veröffentlicht.

In der Präambel der Grundsatzaussagen heißt es, dass freiwilliges Engagement von den Verbänden und Einrichtungen aktiv gewollt sein muss. Das Ehrenamt müsse als „Chance zur Profilierung und nicht als Anhängsel“ betrachtet werden. Und in den „Umsetzungshilfen zu den Grundsatzaussagen“ heißt es: „Ehrenamtliche, freiwillige Arbeit ist nicht zum Nulltarif zu haben.“





Die Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements in der Personal- und Organisationsentwicklung wie auch die Bereitstellung von Mitteln für die Ehrenamtsarbeit sind die Voraussetzung dafür, dass die folgenden sieben DRK-Grundsätze erfolgreich umgesetzt werden können:

- Ehrenamtliche entscheiden über die Art ihres Engagements.
- Ehrenamtliche entscheiden über den Umfang ihres Engagements.
- Ein geeigneter Ansprechpartner oder eine geeignete Ansprechpartnerin muss sich kompetent um fachliche Probleme und Fragen Ehrenamtlicher kümmern.
- Für Ehrenamtliche sind regelmäßige Treffen zu veranstalten, die sowohl sozial-kommunikativen als auch fachlich-inhaltlichen Zwecken dienen.
- Ehrenamtliche erhalten notwendige Kenntnisse durch Einarbeitung und Fortbildung vermittelt.
- Die Aufgaben Ehrenamtlicher in einem

Aufgabenfeld werden gemeinsam vereinbart und sind allen Beteiligten gegenüber transparent zu machen.

- Ehrenamtliche wünschen, dass ihr Einsatz anerkannt wird.

Phasen der Ehrenamtsarbeit

Auf der Basis der Grundsätze zur Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen wurde im nächsten Schritt der Aufbau eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes in zwei DRK-Verbänden begleitet. Dabei wurden verschiedene Instrumente und Materialien entwickelt und getestet. Als Ergebnis entstand ein Leitfaden für die Ehrenamtsarbeit, konkret dargestellt am Beispiel eines Besuchsdienstes. Es handelt sich dabei um ein Phasenmodell. Jede Phase ist nochmals in einzelne Prozessschritte und Arbeitsschritte unterteilt.

Die erste „Phase des Projektstarts“ besteht aus drei Prozessschritten: die Information aller Mitarbeiter, die Einladung aller Beteiligten zu einem ersten Treffen sowie die Dokumentation und Veröffentlichung des Projektplans.

Die „Phase des Anpassens und der Erarbeitung der erforderlichen Instrumente“ ist mit acht Arbeitsschritten der umfangreichste Abschnitt des Konzepts. Es geht darum, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen. Dazu zählen Tätigkeitsbeschreibungen, der Entwurf von Bewerbungsbögen, die Planung von Erstgesprächen und regelmäßigen Treffen sowie die Erstellung von Regeln für die Dokumentation. Der Leitfaden enthält hierfür Vorlagen und Checklisten.

In der „Phase der Ansprache Engagementbereiter“ kommen verschiedene Werbemedien zum Einsatz wie zum Beispiel Flyer. Es müssen Informationsveranstaltungen organisiert werden. Zudem hilft der Kontakt zu lokaler Presse. Das Konzept bietet auch für diese Arbeitsschritte verschiedene Dokumente.

In der „Arbeitsphase“ geht es um die Berücksichtigung rechtlicher Aspekte wie etwa die Schweigepflicht oder die aus versicherungstechnischen Gründen notwendige Dokumentation. Die Auslagerung sollte möglichst unbürokratisch erfolgen. Zudem müssen Themen für Fort-

bildungsveranstaltungen gefunden und vorbereitet werden.

In der „Ausbauphase“ schließt sich der Kreis. Es sollte in bestimmten zeitlichen Abständen Bilanz gezogen werden und auch öffentlich kommuniziert werden. So lassen sich neue Ehrenamtliche werben. Dann werden die einzelnen Phasen unter dem Aspekt möglicher Verbesserungen wieder von vorne durchlaufen.

Projektgruppe Ehrenamt

Im April 2008 startete die Projektgruppe „Die Arbeit mit Ehrenamtlichen in der DRK-Altenhilfe – initiieren, intensivieren und absichern“ unter der Leitung von Christiane Kohne, Referentin für soziales Ehrenamt und Petra Weingärtner, Referentin für offene Altenhilfe im GS. An der Arbeitsgruppe beteiligten sich die Landesverbände Baden-Württemberg, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, der Kreisverband Böblingen sowie die DRK-Schwesternschaft Clementinenhaus.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich zum einen mit der Erstellung von Arbeitshilfen. Zum anderen ging es um die Kommunikation ehrenamtlicher Aktivitäten sowohl innerhalb des Verbandes als auch in der Öffentlichkeit. Das Projekt sollte



Lösungen und Instrumente für eine verbesserte Kommunikation entwickeln.

Im Februar präsentierte die Projektgruppe die Ergebnisse in Berlin auf einer Tagung zum Thema „Soziales Ehrenamt – ein brennendes Thema? Neue Angebote entwickeln, Ehrenamtliche gewinnen, Aufmerksamkeit schaffen – aber wie?“. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und der Tagung stehen zum Herunterladen auf der Internetplattform bereit.

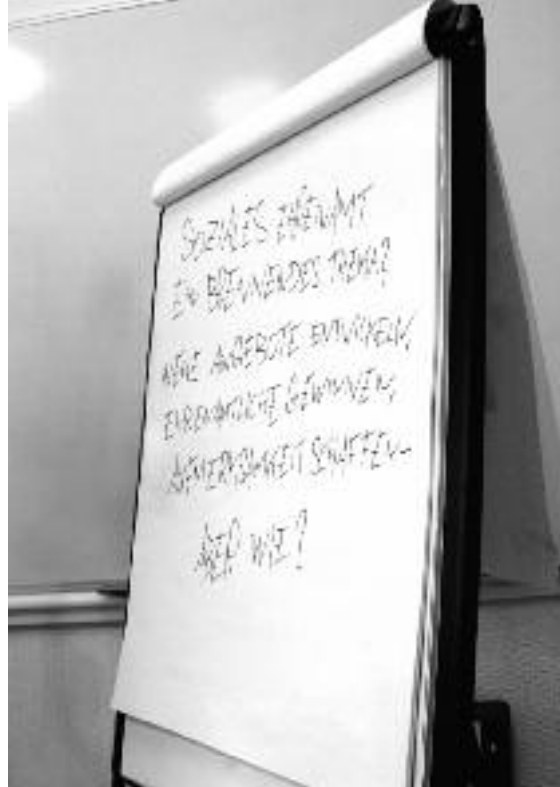
🔗 www.drk-intern.de/Marketingforen/Ehrenamt.html

Im Ergebnisbericht werden die von der Projektgruppe entwickelten Kommunikationswerkzeuge dargestellt. Zu den Werkzeugen für die Kommunikation innerhalb des Verbandes zählen:

- ein standardisiertes Datenblatt für ehrenamtliche Angebote,
- die Internetplattform mit einer Muster-sammlung an Ehrenamtsangeboten,
- der bereits vorgestellte Leitfaden für die Ehrenamtsarbeit am Beispiel eines Besuchsdienstes sowie
- eine Softwarelösung zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit in den Verbänden.

Für die Kommunikation in der Öffentlichkeit entwickelte die Projektgruppe die folgenden Instrumente:

- Die Übernahme der Ehrenamtsangebote in das Zentrale Leistungsverzeichnis Online (ZLO),



- die Kommunikation der ehrenamtlichen Angebote über die zentrale DRK-Service-Telefonnummer 0180 365 0180 sowie
- ein interaktives Medienportal mit Werbemitteln zum Ehrenamt.

Voneinander lernen

Der Informationsaustausch zwischen den Verbänden und Einrichtungen ist Voraussetzung dafür, dass die Verbände voneinander lernen und der Gesamtverband sich stetig entwickeln kann. Einheitliche Kommunikationsabläufe unterstützen

dabei den Informationsfluss. Hierfür entwickelte die Projektgruppe ein standardisiertes Datenblatt.

Das Datenblatt macht es möglich, ehrenamtliche Angebote strukturiert darzustellen. Es ist in standardisierte Rubriken untergliedert. So etwa teilt sich die Rubrik „Merkmale des Ehrenamtlichen“ in die einzelnen Unterpunkte „Fähigkeiten, Erfahrungen, sonstige Voraussetzungen, Alter und Geschlecht, Auswahlprozesse, Schulungs- und Fortbildungsbedarf“.

Die Strukturierung des Datenblatts versteht sich zugleich als Checkliste für die eigene Angebotsbeschreibung. In der Kommunikation der Verbände untereinander erleichtert das Datenblatt die Informationssuche. Die Vorlage für das Datenblatt kann von der oben genannten Internetplattform heruntergeladen werden.

Die neu eingerichtete Internetplattform dient als Mustersammlung für Ehrenamtsangebote. Die auf der Plattform eingestellten Datenblätter sind den verschiedenen ehrenamtlichen Aufgabenfeldern zugeordnet. In der Mustersammlung sind bereits die Ehrenamtsangebote der AG-Mitglieder eingestellt. Lesen Sie Details dazu in der Reihe „Ehrenamt im Gespräch“ Mit Herzblut dabei (KV Böblingen), Die Welt ins Haus bringen (LV Niedersachsen), Vergissmeinnicht (LV Saarland), Es gibt nur Gewinner (Peter Grieger) und Mehr Lebensqualität für alle (Schwesternschaft Clementinenhaus).

Zur Einordnung der Angebote wurde eine Gliederung der sozialen DRK-Ehrenamtsangebote erstellt. Die Gliederung enthält für die Altenhilfe 21 und für die Sozialarbeit 16 Engagementfelder.





Nach dem Best-Practice-Ansatz können die Verbände über die Mustersammlung von den Erfahrungen anderer Verbände lernen. Zudem finden die Verbände auf der Internetplattform weitere Werkzeuge, wie zum Beispiel den bereits vorgestellten Leitfaden für die Ehrenamtsarbeit vor Ort.

Um Ehrenamtsprojekte in den Verbänden erfolgreich durchführen zu können, braucht es heute zudem eine geeignete Softwarelösung. So müssen die Personaldaten der Ehrenamtlichen und andere Projektdaten verwaltet, das Termin- und Kontaktmanagement effektiv organisiert werden. Auch darüber gibt es Informationen im Ergebnisbericht.

Dialog mit der Öffentlichkeit

Zurzeit gibt es bundesweit 37 DRK-Beratungszentren. Alle Beratungszentren arbeiten überregional und sind untereinander sowie mit den Kreisverbänden und DRK-Einrichtungen vernetzt. Seit Herbst 2005 sind alle Beratungszentren in Deutschland über die bundeseinheitliche DRK-Servicerufnummer 0180 365 0180 erreichbar. Und zwar an 365 Tagen im Jahr, jeden Tag von 7 bis 22 Uhr.

Über ein Routing-Verfahren wird der Anrufer automatisch mit dem Kundenberater im nächstgelegenen Beratungszentrum verbunden. Im Unterschied zu

herkömmlichen Call-Centern garantieren die DRK-Beratungszentren den Anrufern eine hohe Beratungsqualität durch geschulte Kundenberater.

Die Mitarbeiter in den Beratungszentren erfassen die Fragen des Anrufers und führen eine Grundberatung durch. Ihre wichtigste Aufgabe besteht in der Lotsenfunktion. Der Kundenberater ermittelt über das „Zentrale Leistungsverzeichnis Online“ (ZLO) den zuständigen DRK-Fachberater in der Nähe des Wohnorts des Anrufers und schickt ihm über die EDV ein Telefonprotokoll (Ticket) oder stellt ihn direkt zum Fachberater durch. Der Fachberater kann jetzt kompetent mit dem Anrufer in Kontakt treten.

Die Grundlage für das Zentrale Leistungsverzeichnis bildet die DRK-Dienstleistungsdatenbank, in der die Leistungsangebote der Kreisverbände und Einrichtungen verzeichnet sind. Mit dem korrekten Eintrag in der Dienstleistungsdatenbank steht und fällt die Auskunftsmöglichkeit in den Beratungszentren – und damit die Beratungsqualität.

Die Beratungszentren vermitteln auch Anrufer, die an einem Ehrenamt interessiert sind. Damit das möglich ist, müssen die Kreisverbände ihre ehrenamtlichen Angebote in der Rubrik Dienstleistungen der Dienstleistungsdatenbank eintragen. Dadurch haben die Verbände zudem den

Vorteil, mit der bundeseinheitlichen DRK-Servicerufnummer 0180 365 0180 für ihre Ehrenamtsangebote überregional werben zu können.

Infrastruktur der Kommunikation

Viele Landesverbände setzen bereits Werbemedien mit dem Hinweis auf die DRK-Servicerufnummer ein. Einen Überblick der verschiedenen Werbemittel bietet ein spezielles, über die Internetplattform erreichbares interaktives Medienportal, das von der Agentur Vatter + Vatter bereitgestellt wird.



Das Besondere an dem interaktiven Medienportal ist, dass es für viele Werbe-

medien die Möglichkeit bietet, diese online mit verschiedenen Motiven und Textvarianten zu gestalten. Über interaktive Felder können Adressdaten eingegeben, Angebote ergänzt, Bildmotive ausgewählt werden. Das individualisierte Layout wird dabei immer auf dem Bildschirm angezeigt, kann jederzeit abgespeichert, wieder aufgerufen und verändert werden. Auch der Bestellvorgang erfolgt online.

Mit den verschiedenen Instrumenten interner und externer Kommunikation hat die Projektgruppe „Die Arbeit mit Ehrenamtlichen in der DRK-Altenhilfe“ eine Infrastruktur für die Ehrenamtsarbeit der Verbände vor Ort geschaffen. Diese Infrastruktur der Kommunikation soll nun fortlaufend mit Inhalten gefüllt und ausgebaut werden.





Dazu gehört, dass die Verbände ihre Ehrenamtsangebote für das Zentrale Leistungsverzeichnis Online in der Dienstleistungsdatenbank ständig erfassen und aktualisieren. Ferner gilt es, die Muster-sammlung auf der Internetplattform um weitere Angebote ständig zu erweitern. Zudem sollten noch weitere Leitfäden für andere ehrenamtliche Angebote entwickelt werden. Je stärker die Infrastruktur ausgebaut wird, desto mehr werden Vernetzung und Kommunikation zunehmen. Die Pro-

jektgruppe hat damit einen wichtigen Baustein zur erfolgreichen Ehrenamtsarbeit des Roten Kreuzes beigetragen.

Ehrenamt im Gespräch

Es gibt nur Gewinner

Ein Gespräch mit Peter Grieger von „Peter Grieger Consulting“ über seine Erfahrungen als Berater und die Frage, warum es ehrenamtliches Engagement nicht zum Nulltarif gibt.



Wenn man die Veränderungen im Bereich des Ehrenamts ernsthaft aufgreifen und freiwilliges Engagement in den sozialen Diensten etablieren will, dann kann es nicht darum gehen, mehr freiwillig engagierte Menschen in unverändert belassene Einrichtungen zu schleusen. Vielmehr müssen auch die Organisationen sich verändern.

Der Organisationsberater Peter Grieger ist ein Experte für solche Formen der Organisationsentwicklung. Und als ehemaliger Mitarbeiter kennt er das Innenleben des Roten Kreuzes aus eigener Erfahrung. Grieger hat in den vergangenen Jahren die DRK-Ehrenamtsarbeit auf Bundesebene begleitet und beraten. Er war an verschiedenen Projekten beteiligt, hat mehrere Studien durchgeführt und den Leitfaden zum Aufbau eines Besuchsdienstes verfasst.

Herr Grieger, Sie haben verschiedene Untersuchungen im Bereich ehrenamtlicher Arbeit durchgeführt. Wie sind Sie dabei vorgegangen und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?

Am Anfang stand die Idee, eine Best-Practice-Studie zum Ehrenamt in der Sozialarbeit zu machen. Zunächst war diese Idee noch wenig konkret, nahm dann aber über eine längere und intensive Beschäftigung mit dem Thema Gestalt an. Es entstand schließlich eine Fallstudie zu bereits erfolgreich arbeitenden DRK-Ehrenamtsdiensten.

Untersucht wurden zwei stationäre Pflegeeinrichtungen, ein Besuchsdienst in einer ambulanten Pflegeeinrichtung, eine Hausaufgabenhilfe in der Migrationssozialarbeit und ein Kassetten-dienst für Menschen mit einer Sehbehinderung. Christiane Kohne vom DRK-Generalsekretariat und ich führten im August und September 2004 leitfadenorientierte Gespräche mit 14 Hauptamtlichen und 31 Ehrenamtlichen in fünf Einrichtungen.

Obwohl es sich um sehr unterschiedliche Ehrenamtsangebote handelte, gelang es, aus den Interviews eine Reihe von gemeinsamen Bedingungen für eine erfolgreiche Ehrenamtsarbeit herauszuarbeiten. Diese Gemeinsamkeiten wurden als Ergebnis der Studie in

Form von zehn Thesen festgehalten. Das Rote Kreuz entwickelte die Thesen in einer intensiven Diskussion dann weiter. Am Ende standen die sieben Grundsatzaussagen des Roten Kreuzes zur Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Ergebnissen Ihrer Untersuchung für die praktische Ehrenamtsarbeit vor Ort ziehen?

Nun, eine Analyse der Faktoren erfolgreicher Ehrenamtsarbeit ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Allerdings ist mit der Analyse allein noch nicht viel erreicht. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wie man erfolgreiche Ehrenamtsarbeit in der gesamten Breite des Verbands etablieren kann.

Deshalb wurden in Zusammenarbeit mit zwei DRK-Kreisverbänden verschiedene Organisationsinstrumente zum Aufbau und zur Durchführung eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes entwickelt und getestet. Es entstand ein Leitfaden, der Werkzeuge enthält, die auch für andere ehrenamtliche Angebote verwendet und an die jeweilige Situation vor Ort angepasst werden können.

Was ist Ihrer Erfahrung nach die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Ehrenamtsarbeit?

Die wichtigste Voraussetzung jeder Ehrenamtsarbeit ist die Einigkeit innerhalb des Verbandes. Demgegenüber sind alle anderen Fragen erst einmal zweitrangig. Da entscheidet später dann das Know-how. Zunächst aber müssen alle Mitarbeiter geschlossen hinter dem Ehrenamt stehen, es aktiv wollen und sich gemeinsam dafür einsetzen. So steht es auch in der Präambel zu den Grundsatzaussagen des Roten Kreuzes.

Der erste Schritt zur erfolgreichen Ehrenamtsarbeit ist es also, einen Konsens und Geschlossenheit im Verband herzustellen. Skeptische Mitarbeiter müssen einbezogen und überzeugt werden. Es gilt, Zweifel im Vorfeld zu klären.

Zum Beispiel muss deutlich werden, dass das Ehrenamt in keiner Konkurrenz zum Hauptamt steht, es nicht ersetzen, sondern ergänzen will. Im Zusammenspiel mit dem Ehrenamt gewinnt also letztlich auch das Hauptamt, weil es durch das Ehrenamt aufgewertet wird.

Was halten Sie für den größten Gewinn ehrenamtlichen Engagements?

Im Ehrenamt engagieren sich Menschen ohne Gegenleistung. Das heißt aber nicht, dass es das Ehrenamt zum Nulltarif gibt. Ehrenamtliche Strukturen aufzubauen, kostet Zeit und Geld.

Diese Investitionen lohnen sich aber, und zwar für alle Beteiligten.

Für die Ehrenamtlichen, weil das eigene Engagement eine sinnstiftende Tätigkeit ist und die Chance auf persönliche Entwicklung bietet. Die Menschen, für die sich Ehrenamtliche engagieren, erhalten Leistungen und vor allem soziale Kontakte, die sie ansonsten nicht bekommen würden. Für die Hauptamtlichen schafft das Ehrenamt sinnvoll ergänzende Angebote und damit, wie bereits eben gesagt, eine Aufwertung.

Kurz und gut, ehrenamtliches Engagement ist eine klassische Win-Win-Situation: Es gibt keine Verlierer, es gibt nur Gewinner.



4

BÜRGER-
ODER ZIVIL-
GESELLSCHAFT

Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft?

In den Diskussionen über das Ehrenamt erscheinen immer wieder zwei Gesellschaftsbegriffe. Die Bürgergesellschaft ist Gegenstand vieler Sonntagsreden. Im Geschäftsdeutsch der Nichtregierungsorganisationen ist dagegen eher von der Zivilgesellschaft die Rede.

Wer Zivilgesellschaft sagt, fügt gerne hinzu, man dürfe den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen. Und der Staat müsse die zivilgesellschaftlichen Aufgaben aktiv unterstützen. Es wird die „Fähigkeit zur Kooperation“ betont. Man müsse auf den Staat zugehen, heißt es. Denn wer zum Staat auf Distanz gehe, dürfe sich hinterher nicht wundern, wenn der Staat die Übermacht gewinnt.

Die Bürgergesellschaft bleibt dagegen zunächst ein eigentümlicher Wortsalat. Manchmal mit der Zivilgesellschaft in eins gesetzt. Das andere Mal zu Wortungetümen wie „zivile Bürgergesellschaft“ vermengt. Dabei ist der Begriff längst nicht so inhaltsleer, dass er nur für Sonntagsreden taugen würde.

Drei Mal Bürgergesellschaft

Man kann grob drei Versionen der Bürgergesellschaft unterscheiden. Und jede dieser Versionen setzt das Ehrenamt in einen anderen Kontext, weist dem Ehrenamt einen anderen Ort in der Gesellschaft zu.

Angefangen hat alles mit Hegel. Georg Wilhelm Friedrich Hegel übersetzte 1821 in den „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ den damals neuen englischen Begriff der „civil society“ (Adam Ferguson, 1767: „Essays On The Civil Society“) als „bürgerliche Gesellschaft“ ins Deutsche. Hegel meinte damit einen Aktionsraum „gewährter“ Bürgerlichkeit, der zwischen Familie und Staat vermittelt. Und zwar – Hegel war schließlich Staatsphilosoph – um den Staat zu stärken.



5

Den Gegensatz zu Hegels staatstragenden „Korporationen“ bilden die staatsfernen „Assoziationen“ der amerikanischen Gesellschaft, die der französische Historiker Alexis de Tocqueville wenige Jahre später beschrieb. Tocqueville meinte, dass durch „bewegte“ Bürgerlichkeit die Gesellschaft sich selber zu organisieren vermag, ohne dass der Staat eingreifen muss oder soll.



Die dritte Version der Bürgergesellschaft geht auf Überlegungen des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci zurück. In seinen „Gefängnisheften“ erklärte er das Scheitern der sozialistischen Revolutionen im Westen nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Konzept des „integralen Staats“. Demnach ist die Trennung von Staatsbürokratie und „società civile“ überhaupt nicht möglich.



Die Dissidentenbewegungen in Osteuropa verfolgten deshalb den Plan einer bürgergesellschaftlichen Gegenstruktur, wie sie zum Beispiel der spätere tschechische Präsident Václav Havel in seinem Essay „Versuch in der Wahrheit zu leben“ (1980) beschrieben hat.

Die Rede von der Bürgergesellschaft steckt also das gesamte Spektrum des Verhältnisses zum Staat ab: mit dem Staat, ohne den Staat und gegen den Staat. Und ausgerechnet in letzterer Version, vermittelt über die Dissidentenbewegung in Osteuropa, wurde der Begriff in Deutschland populär. So verstanden sich auch die Neuen Sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren zuallererst als eine bürgerschaftliche Anstrengung gegen den Staat.

Die Zivilisierung der Bürgergesellschaft

Die alte Bundesrepublik war nun flexibel genug, die Neuen Sozialen Bewegungen einzubinden. Der Begriff der Bürgergesellschaft wurde dabei sozusagen „zivilisiert“: In den 1990er Jahren machte der Begriff der Zivilgesellschaft eine steile Karriere und war plötzlich in aller Munde.

Während der rot-grünen Regierungszeit ging der Begriff dann ein Bündnis mit dem „aktivierenden Staat“ ein und

musste sich diesem unterordnen. Denn beim Thema „aktivierender Staat“ ging es in erster Linie um „die Verbesserung der öffentlichen Aufgabenerledigung“. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt es: „Der Aktivierende Staat nimmt seinen Anfang nicht in der Forderung nach Stärkung von Zivilgesellschaftlichkeit.“

Ganz anders die am 30. April dieses Jahres erschienene „Berliner Denkschrift Bürgergesellschaft“ (☞ www.aktivebuergerschaft.de/denkschrift-buergergesellschaft): Die Autoren schlagen vor, „die Bedeutung, Autonomie und Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Grundgesetz zu verankern, die staatliche Finanzierung bürgerschaftlichen Engagements von parteipolitischer und verwaltungsbürokratischer Einflussnahme dauerhaft zu befreien und die Steuerung der Bürgergesellschaft in Form einer Selbstverwaltung zu institutionalisieren“.



Prompt wurde den Autoren vorgeworfen, sie plädierten für einen „Ausstieg aus dem politischen Kontext“. Gemeint war das Abrücken der Bürgergesellschaft vom Staatsapparat. Die Hegelsche Version der Zivilgesellschaft und Tocquevilles Konzept der Bürgergesellschaft stehen sich hier, wie auch in vielen anderen Diskussionen, einander gegenüber. Dabei geht es auch immer um die Frage, wo das Ehrenamt im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft seinen Platz findet.

Bürgergesellschaft versus Staatsgesellschaft

Ralf Dahrendorf findet auf die Frage eine klare Antwort. Die Bürgergesellschaft ist für ihn die Welt, in der sich Menschen aus freien Stücken zusammenschließen, um gemeinsam etwas zu erreichen. Freiwillige Verbindungen sind wichtiger als die Institutionen des Staates. Für Dahrendorf ist die Bürgergesellschaft deshalb das Gegenstück zur Staatsgesellschaft. Sie ist weniger eine Ordnung, sondern mehr ein kreatives Chaos.

Nun ist Ralf Dahrendorf nicht irgendwer. Der im Juni verstorbene „Jahrhundertsoziologe“, der einst für die FDP im Bundestag gesessen hat, leitete zuletzt die Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen. 1988 hatte Dahrendorf die britische Staatsangehörigkeit angenommen, war von der



Queen zunächst zum Sir, dann zum Baron erhoben worden und saß seitdem im englischen Oberhaus.



Folgt man Dahrendorfs Analysen, bewegen sich die europäischen Gesellschaften bis heute zwischen den beiden Polen Bürgergesellschaft und Staatsgesellschaft. In Frankreich oder in Deutschland mussten die Bürger ihren Raum erst mühsam dem Staat abringen, weil der Staat schon immer da war. In Bürgergesellschaften verlief der Prozess umgekehrt. In Italien und England, aber auch zum Beispiel in Polen ist der Staat nachträglich gekommen und hat nie ganz Fuß fassen können. In diesen Ländern ist Eigeninitiative die Grundlage des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Es ist hier für den Staat schon immer mühsam gewesen, sich zu behaupten.

Eine höchst unvollkommene Bürgergesellschaft

Der Ruf nach dem Staat ist für Dahrendorf ein deutsches Problem. Er kritisiert,

dass in Deutschland die Bürgergesellschaft zu nah am Staat gebaut ist. Und dass diejenigen, die die vielen freiwilligen Vereinigungen tragen, zu rasch vom Staat reden und den Staat um Hilfe bitten.

„Die Schwierigkeit liegt in Deutschland darin, dass, wo immer die Bürgergesellschaft sich betätigt, der Ruf nach dem Staat nicht sehr weit ist. Dass viele derer, die einmal einen Verein bilden, bald sagen, mindestens die Gemeinde, vielleicht das Land, möglicherweise sogar der Bund, müsse ihnen irgendwelche Zuschüsse geben. Sie müssten irgendwie anerkannt werden und damit eingebunden werden in die offiziellere Welt der staatlichen Einrichtungen. Das aber ist eine höchst unvollkommene Bürgergesellschaft.“

Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, warum in Deutschland Gesellschaft und Staat nur ungerne in einem Spannungsverhältnis gesehen, sondern lieber als harmonisches Verhältnis gedacht werden. Die Bauernkriege, der Aderlass des Dreißigjährigen Krieges, die napoleonischen Invasionen hatten Deutschland nacheinander aufgerieben. Deutschland sehnte sich gleichzeitig nach dem Staat und nach der Revolution. Deutschlands Dichter und Philosophen redeten denn auch weniger einer Bürgergesellschaft im Sinn von Dahrendorf das Wort, sondern sehnten sich eher nach einer mit dem Staat versöhnten „bürgerlichen Gesellschaft“.

Dagegen bezieht der Tocqueville-Leser Dahrendorf mit seinem Konzept der Bürgergesellschaft Stellung: „Wenn man sich den so genannten dritten Sektor der freiwilligen Vereinigungen und Institutionen in Deutschland betrachtet, ist er zum Teil fast nicht unterscheidbar von staatlichen Einrichtungen. Wer will schon noch sagen, ob das Deutsche Rote Kreuz eine freiwillige Assoziation von Bürgern ist, wenn man seine Funktionen und seine Funktionsweise betrachtet. Und dasselbe gilt auch für die Caritas und für andere Organisationen in diesem Bereich.“


Neue Engagementstrategie für Deutschland

Welcher Weg soll eingeschlagen werden? Die Berliner Denkschrift liebäugelt mit der Bürgergesellschaft Dahrendorfs. „Der Schlüssel zum Erfolg der Bürgergesellschaft liegt in deren eigener Steuerungs- und Leistungsfähigkeit“, heißt es dort.

Anhänger eines solchen eher staatsfernen Konzepts der Bürgergesellschaft fürchten, dass die Entdeckung des Ehrenamts durch die Politik in eine neue Staatlichkeit münden und Engagement als staatliche Aufgabe angesehen werden könne. Der Staat unterlaufe damit quasi die Bürgergesellschaft und schwäche sie.

Andere halten Dahrendorf entgegen, sein Ansatz würde die Zivilgesellschaft preisgeben und neoliberale Tendenzen fördern. Sie fordern das genaue Gegenteil: eine stärkere Expansion zivilgesellschaftlicher Belange in den politischen Raum. Der Staat müsse mit ins Boot genommen werden, weil er sich andernfalls darauf verlassen würde, dass das, was er als Sozialstaat leisten müsste, vom Ehrenamt geleistet wird. Das Ehrenamt gerate in die Rolle des Lückenbüßers.

Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Viele setzen große Hoffnung in das im April dieses Jahres unter Federführung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gebildete „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“. Das Forum ist eine „Denkfabrik für das Engagement“ mit über 300 Experten. Das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes ist Mitglied im BBE.

Im Juni wurde der Bundesregierung ein Zwischenbericht ( <http://bit.ly/187e3F>) übergeben. Anfang 2010 soll die Gesamtdokumentation erscheinen und den „Prozess einer Nationalen Engagementstrategie“ einleiten. Mit anderen Worten: Die Diskussion darüber, in welcher Gesellschaft wir in Zukunft leben wollen und welchen Platz darin das Ehrenamt einnehmen soll, hat gerade erst begonnen.



Ehrenamt im Gespräch

Mehr Lebensqualität für alle

Ein Gespräch mit Projektleiterin Katarzyna Majewska vom Begleitenden Dienst des Alten- und Pflegeheims der DRK-Schwesternschaft Clementinenhaus.



Der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz ist einer der ältesten Teile der Rotkreuzbewegung. Zum Verband gehören 21 Tausend Rotkreuzschwestern in 34 Schwesternschaften. Ihr Ziel ist eine qualitativ hochwertige, menschliche Pflege. Die Schwesternschaften betreiben 26 Alten- und Pflegeheime sowie 14 ambulante Pflegedienste.

Dazu gehören die Alten- und Pflegeheime Clementinenhaus in Hannover und Grenzmark in Hildesheim. Die beiden Heime waren am niedersächsischen DRK-Pilotprojekt „Ehrenamtlicher Besuchsdienst in stationären Altenpflegeeinrichtungen“ beteiligt. Seitdem ist der ehrenamtliche Besuchsdienst aus dem Alltag der beiden Heime nicht mehr wegzudenken.

Was ist die Aufgabe der Ehrenamtlichen des Besuchsdienstes?

„Bringen Sie unseren Bewohnern Ihre Welt ins Haus.“ Unter diesem Motto steht unser ehrenamtlicher Besuchsdienst in den DRK-Alten- und Pflegeheimen Clementinenhaus in Hannover und Grenzmark in Hildesheim. Zurzeit engagieren sich dort 17 Ehrenamtliche.

Die Ehrenamtlichen besuchen regelmäßig die Bewohner der Heime, führen mit ihnen Gespräche oder spielen mit ihnen Gesellschaftsspiele. Sie begleiten die Bewohner bei Spaziergängen, beim Einkaufen oder besuchen mit ihnen Cafés. Kurz gesagt: Die Ehrenamtlichen sorgen mit ihrem Engagement für mehr Lebensqualität der Bewohner.



Können Sie etwas dazu erzählen, wie der ehrenamtliche Besuchsdienst entstanden ist?

Die Idee für den ehrenamtlichen Besuchsdienst entstand im Winter 2005. Im Februar 2006 bildete sich eine fünfköpfige Projektgruppe, die im März und April die Bewohner unserer Heime befragte. Das Ergebnis der Befragung: Die Bewohner wünschten sich mehr soziale Kontakte. Besonders gefragt waren Einzelbetreuungen.

Die Projektgruppe klärte daraufhin zunächst die Rahmenbedingungen und beschäftigte sich dann mit der Werbung von Ehrenamtlichen und ihrer Betreuung. Die Werbephase mit Flyern und Presseinformationen begann im Juni 2006.

Bald schon führten wir die ersten Gespräche mit Interessenten. Für die ausgewählten Bewerber begann die ehrenamtliche Tätigkeit dann mit einer Schnupperphase. Die Betreuung der Ehrenamtlichen übernahmen Ehrenamtskoordinatoren.

Alle drei Monate gibt es ein Treffen mit den Ehrenamtlichen. Einmal im Jahr bieten wir den Ehrenamtlichen eine Fortbildung an. Außerdem werden die Ehrenamtlichen zu allen Veranstaltungen der Alten- und Pflegeheime in Hannover und Hildesheim eingeladen.

Nach 18 Monaten wurde das Projekt im März 2008 abgeschlossen. Seitdem ist aus dem Projekt eine feste Einrichtung geworden. Der Besuchsdienst ist aus



dem Alltag in unseren beiden Alten- und Pflegeheimen nicht mehr wegzudenken. Einmal im Jahr werben wir für das Ehrenamt des Besuchsdienstes, um neue Ehrenamtliche zu gewinnen.

Was sind bisher die größten Erfolge Ihres Ehrenamtsprojekts gewesen?

Unser größter Erfolg ist, dass es uns überhaupt gelungen ist, den ehrenamtlichen Besuchsdienst aufzubauen. Darauf sind wir stolz. Und wir sind dank-

bar für die Hilfe der vielen Ehrenamtlichen, ohne deren Engagement das nicht möglich gewesen wäre. Dieses ehrenamtliche Engagement ist heute ein Aushängeschild unserer beiden Alten- und Pflegeheime.

Der Besuchsdienst baut unseren Bewohnern eine Brücke nach draußen. Er verhindert Isolation und Einsamkeit, schafft stattdessen soziale Kontakte und Austausch. Und dadurch gewinnen die Bewohner ein Stück Lebensqualität. Das ist ein Erfolg.

Für die Alten- und Pflegeheime ergibt sich somit mehr Qualität in der sozialen Betreuung. Die Ehrenamtsarbeit ergänzt unser Betreuungskonzept und macht es möglich, intensiver und individueller auf die Bedürfnisse der Bewohner einzugehen. Auch das ist ein Erfolg.

Es profitieren aber nicht nur die Bewohner und das Leistungsangebot unserer Alten- und Pflegeheime vom ehrenamtlichen Besuchsdienst. Auch die Ehrenamtlichen selbst ziehen Gewinn aus ihrem Einsatz. Ihr Engagement ist nicht nur Hilfe für andere, sondern bedeutet auch persönliche Weiterentwicklung. Und das ist ebenfalls ein Erfolg.

Was würden Sie anderen Verbänden für die Ehrenamtsarbeit empfehlen?

Das Ehrenamt ist keine Sache, die man mal eben nebenbei macht. Ehrenamt bedeutet immer eine Investition in Planung,

Koordination und Kommunikation. Nicht nur für die Ehrenamtskoordinatoren als jederzeit erreichbare Ansprechpartner. Am Ehrenamt sind alle beteiligt. Das Ehrenamt ist eine Sache der Kultur einer Einrichtung.

Dazu gehört auch die Anerkennungskultur. Die Wertschätzung der Ehrenamtlichen wird bei uns großgeschrieben. Denn sie leisten eine sehr verantwortungsvolle Arbeit. Und dafür danken wir ihnen immer wieder.

Wie kann aus Ihrer Sicht das Ehrenamt im Roten Kreuz weiter gestärkt werden?

Das Ehrenamt in der Altenhilfe muss auf verschiedenen Ebenen gefördert werden. Zum einen braucht es interessante Einsatzmöglichkeiten. Dazu gehören auch Fortbildungen und der Aspekt eigener persönlicher Entwicklung. Zum anderen ist die Betreuung und Begleitung der Ehrenamtlichen entscheidend.

Dazu gehört der regelmäßige Austausch, aber auch die bereits erwähnte Anerkennungskultur. Ehrenamtlichen geht es auch immer um die eigene persönliche Entwicklung. Sie gewinnen neue Eindrücke, sammeln neue Erfahrungen. Wir müssen ihnen einen Rahmen bieten, um daraus Freude und Lebensqualität für sich gewinnen zu können.





Zukunftsfragen

Das Ehrenamt soll in Zukunft eine größere Rolle spielen. An Bekenntnissen zum Ehrenamt mangelt es nicht. Im Gegenteil: Das Ehrenamt ist zum Medienthema aufgestiegen. Die diesjährige ARD-Themenwoche „Ist doch Ehrensache!“ sparte nicht mit Lob für die „Helden des Alltags“ und wollte den Zuschauern „Denkanstöße und Ideen“ mit auf den Weg geben.

Die Erwartungen an das Ehrenamt sind groß, manche meinen zu groß. Ehrenamt bedeute Menschlichkeit statt Ellenbogen, kann man zum Beispiel lesen. Und das Ehrenamt sei der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. „Ohne Ehrenamt stirbt das System“, titelt gar eine andere Zeitung. Das Ehrenamt scheint da zum Retter des Sozialen in Krisenzeiten zu avancieren.



Und glaubt man den Medien und der Politik, tut sich tatsächlich etwas. Von einem Boom ist die Rede. Davon, dass sich 23 Millionen Deutsche ehrenamtlich engagieren. Ein Frauenmagazin berichtet von einer Renaissance des Ehrenamts. Die Krise treibe die Menschen aus der Vereinzelung zurück zum Miteinander. Das Dumme nur ist, beweisen lässt sich das alles nicht.

Fragen sind wichtiger als Antworten

Nüchtern betrachtet ist die Zahl der Ehrenamtlichen in den letzten 15 Jahren wohl eher konstant geblieben. Und eigentlich ist das schon eine gute Nachricht. Denn bevor die Medien das Ehrenamt entdeckten, regierte dort die „Ego-Gesellschaft“. Und dass sich die Ansprüche und Bedürfnisse der Menschen im Wechselspiel mit der gesellschaftlichen Entwicklung verändern und sich das auch in den Formen des Engagements zeigt, das ist nun wirklich keine besonders aufregende Erkenntnis.

Was sich hingegen tatsächlich verändert hat, ist der Grad der Aufmerksamkeit, die dem Ehrenamt in Politik und

6

Medien entgegengebracht wird. Das Ehrenamt ist in der politischen Arena von der Hinterbank in die vordere Reihe vorgerückt. Das birgt zahlreiche Chancen, aber auch viele Risiken. Wohin die Entwicklung gehen wird, ist noch lange nicht entschieden.

Bislang gibt es nur Fragen, aber keine Antworten. Die Fragen sind jedoch oft wichtiger als die Antworten. Denn sie stellen die Weichen für die Zukunft. Vier Fragen stehen derzeit mit im Zentrum der Diskussion um das ehrenamtliche Engagement:

- Kann ehrenamtliches Engagement den alten Arbeitsbegriff im Sinn einer „Tätigkeitsgesellschaft“ neu definieren?
- Hält ehrenamtliches Engagement die Gesellschaft zusammen?
- Ist das Ehrenamt eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels?
- Wie werden neue Formen der Kommunikation im Internet die Engagementkultur und die Ehrenamtsarbeit verändern?

Die Entgrenzung des Ehrenamts

In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Entwicklungen, die die ehemals strikte Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Engagement durchlässiger gemacht haben. Die Grenzen zwischen unfreiwillig und freiwillig, einkommensorientiert und gemeinwohlorientiert, konkurrenzorientiert

und kooperativ, privatwirtschaftlich und „im öffentlichen Raum organisiert“ sind schon lange nicht mehr eindeutig.

Da ist zum einen die zunehmende Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitswelt, die den neuen Arbeitnehmerotyp des „Arbeitskraftunternehmers“ hervorgebracht hat. Zum anderen gibt es neue Einstiege für Langzeitarbeitslose in die Erwerbsarbeit, wie zum Beispiel „soziale Arbeitsgelegenheiten“, „Bürgerarbeit“ oder „Kommunalkombi“. Engagement funktioniert dabei gewissermaßen als „Durchlauf-erhitzer“ für den ersten Arbeitsmarkt.

Auf der anderen Seite, beim freiwilligen Engagement, kann man eine größer werdende Interessenorientierung insbesondere bei Jüngeren und Arbeitslosen mit Blick auf bessere Jobchancen feststellen. Auch viele Freiberufler, oft als „kreative Klasse“ oder „urban pioneers“ beschrieben, profilieren sich gerne durch Engagement. Und unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“ werden die Lernchancen im Engagement für den Beruf immer wieder hervorgehoben.

Der Trend zur Entgrenzung zwischen Erwerbsarbeit und Engagement wurde durch das im Herbst 2007 verabschiedete Gesetz „Zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ zusätzlich verschärft. Durch steuerliche Vergünstigungen und andere finanzielle



Anreize wird die Aufwärtsspirale zur Monetarisierung des Ehrenamts verstärkt. Das führt zu einem Ungleichgewicht zwischen einzelnen Engagementformen. Zum anderen stellt es die Unentgeltlichkeit als zentrales Merkmal des Ehrenamts in Frage.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters, hat dazu eine klare Position bezogen. Es dürfe „keine Teilung in ‚Erwerbsarbeit Habende‘ und ‚Menschen ohne Erwerbsarbeit = ehrenamtlich Engagierte‘ geben“. Vielmehr würde bürgerschaftliches Engagement voraussetzen, „dass sich die engagierte Bürgerin, der Bürger selbst in einer sozial und finanziell abgesicherten Position befinden muss, damit sie oder er sich überhaupt engagieren kann“.

Auch die Enquetekommission hat betont, dass bürgerschaftliches Engagement den Arbeitsplatzverlust nicht ersetzen könne. Allerdings gibt es auch Gegenmeinungen, die im gegenwärtigen Trend die Chance auf einen Umbau der alten (Lohn)Arbeitsgesellschaft in eine „Tätigkeitsgesellschaft“ sehen.

Ein Beispiel sind die Befürworter eines „bedingungslosen Grundeinkommens“, ob nun in der Version des Unternehmers Götz Werner oder in der des Thüringischen Ex-Ministerpräsidenten Dieter Althaus. Sie plädieren für eine neue Form der Arbeitsorganisation, in der bürgerschaftliches Engagement den Normalfall darstellt. Wenn sich aber jeder engagiert, sind Ehre und öffentliche Anerkennung hinfällig.

Soziales Kapital

Die Frage der Entgrenzung zwischen Erwerbsarbeit und Engagement ist eng mit der Erwartung verbunden, dass bürgerschaftliches Engagement zum Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt. Dabei wird meist mit dem Begriff „Sozialkapital“ argumentiert, der durch den amerikanischen Politikwissenschaftler Robert D. Putnam bekannt geworden ist.

Putnam hatte in einer Untersuchung Mitte der 1990er Jahre die These aufgestellt, dass Individualisierung den Gemeinschaftssinn der Menschen untergrabe und langfristig zum Zerfall einer Gesellschaft führe. Daher gelte es die Bildung von Sozialkapital zu fördern, womit Putnam kollektiv verfügbare Eigenschaften wie Vertrauen, Mitgefühl, Toleranz und Hilfsbereitschaft meint. Das Wort „Kapital“



verstehen Putnam als Metapher für eine ökonomische Relation. Soziales Kapital wird in Sozialbeziehungen investiert und vermehrt sich dadurch.

Dem würde der im Jahr 2002 verstorbene Soziologe Pierre Bourdieu wohl vehement widersprechen. Bourdieus Begriff des Sozialkapitals bedeutet in etwa das Gegenteil. Sozialkapital wird von Bourdieu als ungleich verteilte, individuelle Ressource dessen begriffen, was man als „Vitamin B“ bezeichnet, also Einfluss und Beziehungen. Mit sozialem Kapital können Menschen ihre Position in der Gesellschaft festigen und ausbauen. Und wo viel soziales Kapital angehäuft wird, gibt es die Tendenz zur Abschottung von Gruppen.

Im Gegensatz zu Putnams Version hält Bourdieus soziales Kapital die Gesellschaft also nicht zusammen, sondern führt eher zu ihrer Spaltung in verschiedene Milieus. Putnam hat später seine Theorie nachgebessert. Mit seiner Unterscheidung zwischen „verbindendem“ und „überbrückendem“ sozialem Kapital verweist auch er auf die Möglichkeit, dass soziales Kapital desintegrativ wirken kann. Dann werden die Bindungen innerhalb einer Gruppe zwar gestärkt, aber es werden keine Brücken mehr nach außen gebaut.

Beim bürgerschaftlichen Engagement besteht also das Risiko, dass sich gut gebildete und gut vernetzte Engagierte

in exklusiven Gruppen und Initiativen zusammenfinden. Dadurch steigern sie nicht zuletzt ihr soziales Kapital im Sinne Bourdieus. Die traditionellen Organisationen und Wohlfahrtsverbände, die von den hoch Qualifizierten verlassen würden, verlieren dann aber im Gegenzug an sozialem Kapital im Sinne Putnams. Es ist also keineswegs so klar, dass die Förderung des Engagements die Gesellschaft in Zukunft mehr zusammenhalten wird.

Das Engagement älterer Menschen

Folgt man den Zahlen des Freiwilligensurveys, dann haben die Engagementquoten bei den 56- bis 75-Jährigen zwischen 1999 und 2004 um etwa 20 Prozent zugelegt. In der Gruppe der 56- bis 65-Jährigen lag die Quote im Jahr 1999 bei 34 Prozent, fünf Jahre später bei 40 Prozent. Bei den 66- bis 75-Jährigen stieg die Engagementquote im gleichen Zeitraum von 26 auf 31 Prozent. In den jüngeren Altersgruppen blieb die Zahl der Engagierten dagegen über die Zeit konstant.

Die europäische Vergleichsstudie SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, www.share-project.org) kommt zu einer ganz anderen Zahl. Danach waren im Jahr 2007 13 Prozent der über 50-jährigen Deutschen freiwillig engagiert. Der Unterschied zur

Zahl des Freiwilligensurveys ist in der unterschiedlichen Definition und Methode begründet.



Das Interessante an der SHARE-Studie ist der Vergleich mit den europäischen Nachbarn. Mit 25,5 Prozent haben die Niederlande die höchste Engagementquote bei den über 50-Jährigen. Deutschland liegt im europäischen Vergleich dagegen nur auf einem Mittelplatz. Und auch die SHARE-Langzeitstudie belegt eine Zunahme des Engagements Älterer: In Deutschland hatte die Engagementquote drei Jahre zuvor, im Jahr 2004, noch bei 10 Prozent, in den Niederlanden bei 21 Prozent gelegen.

Die Zahlen zeigen einerseits also einen Trend zu mehr Engagement bei den Älteren, andererseits ein offenbar bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial der Engagementbeteiligung in Deutschland. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass ältere Menschen eine Hauptzielgruppe der verschiedenen Initiativen und Programme für mehr Engagement sind.



Engagiertes Altern

Auch das Deutsche Rote Kreuz konzentriert sich in der Werbung von Ehrenamtlichen auf die Gruppe der „jungen Alten“. Und zwar nicht, wie DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters betont, „aus einem Defizitgedanken heraus – ‚die Jüngeren erreichen wir nicht oder nur schwer‘ – sondern mit Blick auf ihre Kompetenzen und die bestehende, wertvolle Lebenserfahrung.“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend argumentiert ähnlich, etwa in der Initiative „Alter schafft Neues“. Die Argumente haben etwas für sich und sie haben einen gewissen Charme. Aber so manche Talkshow hat bereits gezeigt, wie schnell der Ruf nach „kompetentem, engagiertem Alter“ einen Umschlagpunkt erreichen kann.

Da wird den Alten dann die Schuld am demografischen Wandel in die Schuhe geschoben und es wird ganz unverblümt nach dem Nutzen der „zu vielen“ Alten für die Gesellschaft gefragt. Die Forderung nach mehr Engagement erhält dann häufig den Beigeschmack einer moralischen Verpflichtung.

Zwar gibt es in Deutschland keine Anzeichen für ein Auseinanderdriften der Generationen. Ageism ist hierzulande ein Fremdwort. Aber ein Blick nach Großbritan-

nien zeigt, dass sich das gesellschaftliche Klima durchaus ändern kann. Die Diskriminierung und der Missbrauch alter Menschen stehen dort auf der Tagesordnung.

Und eine zweite Gefahr besteht. Die Mittelschichtsnorm des kompetenten, engagierten Alterns kann Ausgrenzung forcieren. Das biologische Alter zeigt umso größere Unterschiede, je älter wir werden. Gerade im Alter entpuppt sich die Ermunterung der Vitalen oft genug als Entmutigung derjenigen, die nicht mehr mit Kompetenz und Vitalität wuchern können.

Zu fragen wäre also nicht nur nach den Potenzialen der Älteren, sondern auch nach den Grenzen des kompetenten, engagierten Alterns. Bislang fehlt es noch an einem differenzierten Altersbild und einer realistischen Einschätzung dessen, was alte Menschen tatsächlich zur Gesellschaft beitragen können.

Märkte werden Gespräche

Seit dem Jahr 2004 gibt es einen neuen Begriff: „Social Media“. Social Media sind das Gegenstück zu „Industrial Media“, womit im Englischen die herkömmlichen Massenmedien bezeichnet werden. Diese funktionieren nach dem traditionellen Kommunikationsmodell, dass es hier einen Sender und dort einen Emp-

fänger gibt. Social Media arbeiten nach einem ganz anderen Prinzip. Hier sind alle sowohl Sender als auch Empfänger. Das Internet macht das möglich.

Kommuniziert wird einerseits über Blogs und Microblogs, wie zum Beispiel Twitter, andererseits über soziale Netzwerke. Das größte soziale Netzwerk ist Facebook mit über 250 Millionen Nutzern. Kooperationen organisieren sich über so genannte Wikis (Wikipedia) und Social Bookmarkings (Delicious). Schließlich gibt es Multimedia-Plattformen, über die man Videos (YouTube) und Fotos (Flickr) mit anderen teilen kann.



6

Die Plattformen haben rasante Zuwachsraten an Nutzern, und das nicht, wie man vielleicht denken mag, nur bei jungen Leuten, sondern vor allem in älteren Altersgruppen. So zum Beispiel stieg der Anteil der über 55-Jährigen auf Facebook im ersten Halbjahr 2009 von einer Million auf über sechs Millionen. „Facebook wird grau“, heißt es heute.

Beim Microblogging-Dienst Twitter sind die unter 25-Jährigen mit einem Anteil von 20 Prozent sogar in der Minderheit. Hauptaltersgruppe hier sind die 35- bis 49-Jährigen. Und die derzeit größten Zuwachsraten liegen in den noch älteren Altersgruppen. Die älteste Twitter-Nutzerin ist derzeit mit 104 Jahren die Britin Ivy Bean.

Social Media ist alles andere als ein Jugendphänomen. Social Media beeinflusst heute bereits die Kommunikation, das Marketing und die Werbung und wird in Zukunft diese nachhaltig verändern. Wo früher die Identifikation der einzige Schlüssel zur Bindung an eine Marke war, ist heute die Interaktion hinzugekommen. Märkte entwickeln sich zu Gesprächen.

Die meisten Unternehmen sind inzwischen auf den Social Media-Zug aufgesprungen, tun sich aber noch schwer. Zu sehr sind die Pressestellen und Marketingabteilungen an das klassische Kommunikationsmodell gewöhnt und setzen immer

noch auf Top-Down. Social Media funktioniert aber genau in die entgegengesetzte Richtung.

Internet und Ehrenamt

Social Media hat inzwischen auch die Nonprofit-Organisationen erreicht. Immer mehr Organisationen setzen beim Fundraising und bei der Gewinnung von Unterstützern und Ehrenamtlichen auf Social Media. Durch neue Formen der internen Kommunikation, wie etwa Wikis, werden hierarchische Hürden abgebaut und Entscheidungsprozesse verkürzt.

Über gezieltes Social Media-Monitoring hat zum Beispiel das Amerikanische Rote Kreuz (www.redcross.org) viel über die eigene Reputation erfahren und konnte seine Marketingstrategie entsprechend neu ausrichten. Auch das Österreichische Rote Kreuz (auf Twitter [@roteskreuzat](https://twitter.com/roteskreuzat)) experimentiert mit Social Media. Dessen Leiter für Webservices und New Media, Gerald Czech, betreibt ein lesenswertes Blog (<http://blog.roteskreuz.at/sociologist>).





Das Deutsche Rote Kreuz hat sich bislang an Social Media nicht beteiligt. Es startete stattdessen im Juni dieses Jahres eine geschlossene eigene „Web 2.0 Community blutspender.net“. In den USA sinkt

amerikanischen Nonprofit-Organisationen aber heute schon zumindest in einem sozialen Netzwerk präsent. Allein 75 Prozent geben an, ein Profil auf Facebook zu haben.



hingegen die Zahl der Nonprofit-Organisationen, die an hauseigenen Netzwerk-Plattformen festhalten. Noch sind es knapp 30 Prozent. Nach aktuellen Zahlen des „Nonprofit Technology Network“ (www.nten.org) sind rund 87 Prozent der US-

Die sozialen Netzwerke tun ihrerseits einiges in Sachen Gemeinnützigkeit. Zum Beispiel bietet YouTube ein eigenes Programm für Nonprofit-Organisationen an. Ein anderes Beispiel ist Googles Grants-Programm mit kostenlosen Werbemöglichkeiten für gemeinnützige Organisationen.

Das Internet des Jahres 2009 bietet nicht nur viele Möglichkeiten, Menschen für das Ehrenamt zu mobilisieren. Auch das Internet selbst ist zu einem Ort ehrenamtlichen Engagements geworden. Neue Engagementfelder entstehen derzeit im Internet. Und hier hat die Zukunft gerade erst begonnen.



Tipps zum Weiterlesen

Herbert Ammann, Raimund Hasse, Monika Jakobs, Gabriela Riemer-Kafka (Hrsg.): Freiwilligkeit. Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven. Seismo-Verlag, Zürich 2008, ISBN 978-3-03-777054-2, 198 Seiten, 26,00 Euro.

Das Buch dokumentiert eine Vorlesungsreihe an der Universität Luzern im Wintersemester 2006/2007. Ziel der Vorlesungsreihe war eine Bestandsaufnahme zum Thema Freiwilligkeit aus interdisziplinärer Perspektive. So heterogen die Debatte um das freiwillige Engagement, so verschieden, sogar manchmal widersprüchlich, sind die Beiträge dieses Sammelbands. So zum Beispiel zieht Thomas Olk eine Bilanz der Engagementpolitik in Deutschland. Annette Zimmer zeichnet die Geschichte des Vereinswesens nach. Mario Cranach untersucht die Motive Ehrenamtlicher aus einer sozialpsychologischen Sicht. Hansjörg Siegenthaler versucht aus ökonomischer Sicht gemeinnützig orientiertes Engagement zu begründen. Zwei juristische Beiträge befassen sich mit gesellschaftsrechtlichen und vertragsrechtlichen Aspekten des Ehrenamts.

Kirsten Aner, Fred Karl, Leopold Rosenmayr (Hrsg.): Die neuen Alten – Retter des Sozialen? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, ISBN 978-3-531-15230-1, 219 Seiten, 25,90 Euro.

Der Sammelband bietet eine fundierte und gut lesbare Einführung in die Diskussion über das Thema Altern und bürgerschaftliches Engagement. Die Einleitung der drei Herausgeber befasst sich zunächst mit der aktuellen Auseinandersetzung um den demografischen Wandel und die Rolle des Alterns. Vier Beiträge skizzieren im Anschluss Überlegungen zum „neuen Altern“, etwa zu Fragen der Bildung im Alter und lebenslangem Lernen. Daran anknüpfend werden Ressourcen älterer Menschen hinterfragt. So zum Beispiel thematisiert das Kapitel „Prekariat und Ehrenamt“ den Zusammenhang von Einkommen und bürgerschaftlichem Engagement. Ein Essay von Leopold Rosenmayr zum Thema „Kreativität im späten Leben“ schließt den Band ab. Insgesamt findet sich im Buch ein Plädoyer für einen differenzierteren Umgang mit Begriffen wie Alter und für realistischere Erwartungen als die, die in diversen Altersdiskursen zurzeit kursieren.

Michael Bürsch (Hrsg.): Mut zur Verantwortung, Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, Dietz Verlag, Bonn 2008, ISBN 978-3-8012-0384-9, 236 Seiten, 14,80 Euro.

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung des Berichts der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ stellt der vom ehemaligen Kommissionsvorsitzenden Michael Bürsch herausgegebene Sammelband eine Art Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland dar. In zwölf Beiträgen analysieren prominente Vertreter aus Politik und Wissenschaft, aus Verbänden und bürgergesellschaftlichen Organisationen die verschiedenen Engagementfelder. „Bürgerschaftliches Engagement bietet die Chance, Demokratie in Deutschland in mancherlei Hinsicht neu zu erfinden“, schreibt Bürsch in seiner Einführung. Das kann man auch als Fazit des Buches so stehen lassen.

Elisabeth Bubolz-Lutz und Cornelia Kricheldorf: Freiwilliges Engagement im Pflegemix. Neue Impulse, Lambertus Verlag, Freiburg 2006, ISBN 978-3-7841-1663-1, 200 Seiten, 20,00 Euro.

Im Mittelpunkt des Buches steht ein ehrenamtliches Pflegebegleiterprojekt, das die beiden Autorinnen selbst initiiert und durchgeführt haben. Von grundlegenden Leitkonzepten für freiwilliges Engagement ausgehend, stellen die Autorinnen das ehrenamtliche Unterstützungsangebot für pflegende Angehörige vor und liefern dabei praktische Impulse für die Planung und Umsetzung ähnlicher Projekte. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches liegt auf der Qualifizierung von Ehrenamtlichen. Die Autorinnen plädieren für eine „partizipative“ Curriculumentwicklung und listen acht Lernprinzipien für bürgerschaftliches Lernen auf. In einem eigenen Kapitel kommen die Beteiligten am Pflegebegleiterprojekt zu Wort. Die Autorinnen sehen in den ehrenamtlichen Pflegebegleitern „Wegbereiter für neue kulturelle Facetten“ und das Projekt als einen Schritt in Richtung auf eine neue Pflege-, Freiwilligen- und Lernkultur.

Robert Dempfer: Das Rote Kreuz. Von Helden im Rampenlicht und diskreten Helfern, Deuticke Verlag, Wien 2009, ISBN 978-3-552-06092-0, 317 Seiten, 17,90 Euro.

Robert Dempfer beschreibt in seinem Buch zum 150. Geburtstag des Roten Kreuzes kompakt und informativ die Philosophie und die Strategien des Roten Kreuzes. Dempfer ist heute Leiter der Abteilung für Gesellschaftspolitik beim Österreichischen Roten Kreuz. Der ehemalige Journalist und Experte für die internationale Hilfsszene hat aber keine Lobhudelei auf das Rote Kreuz geschrieben, sondern geht weit über die klassische Organisationsgeschichte hinaus. In seinem Buch beschreibt Dempfer die gesamte Bandbreite der humanitären Aktion heute – angefangen von den diskreten Helfern bis hin zu den „Popstars der Hilfe“ wie Bernard Kouchner und Bono. Humanitäre Hilfe funktioniert heute häufig als Spektakel, etwa wenn Madonna unter Blitzlichtgewitter afrikanische Kinder adoptiert. Dempfer nimmt kein Blatt vor den Mund und kontrastiert den Betroffenheitskult mit den Geschichten jener Helfer, die sich „mit nüchterner Leidenschaft einer Mission verschrieben haben, von der sie wissen, dass sie nie ein gutes Ende nehmen wird.“ Der Anhang des Buchs informiert auf gut 50 Seiten über „Einstiegswege für neue Helferinnen und Helfer“.

Serge Embacher und Susanne Lang: Lern- und Arbeitsbuch Bürgergesellschaft. Eine Einführung in zentrale bürgergesellschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen, Dietz Verlag, Bonn 2008, ISBN 978-3-8012-0379-5, 403 Seiten, 24,00 Euro.

Der Begriff „Bürgergesellschaft“ hat sich binnen weniger Jahre zu einem politischen Grundbegriff entwickelt. Was steckt dahinter? Serge Embacher und Susanne Lang sehen die Bürgergesellschaft als „eine historische Chance“ für Formen der „praktischen Selbstorganisation und Selbstbestimmung einer emanzipierten Bürgerschaft“. Dabei unterscheiden die Autoren zwischen der liberalen und der solidarischen Bürgergesellschaft. Solidarität hat gerade in Zeiten der Krise große Bedeutung. Ob dies allerdings gelingt, lassen die Autoren offen. Dies könne „nicht in Büchern entschieden werden“, sondern hänge vom

praktischen bürgerschaftlichen Engagement vor Ort ab. Das gut aufgebaute Buch gibt einen Überblick der aktuellen Diskussion zur Bürgergesellschaft und schlägt einen Bogen vom Ehrenamt über die „unzivile Zivilgesellschaft“ bis hin zum Kommunitarismus und zur Verantwortung von Unternehmen in der Bürgergesellschaft (Corporate Citizenship).

Fred Karl, Kirsten Aner, Franz Bettmer und Elke Olbermann: Perspektiven einer neuen Engagementkultur. Praxisbuch zur kooperativen Entwicklung von Projekten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, ISBN 978-3-531-15645-3, 90 Seiten, 14,90 Euro.

Dieses Praxisbuch ist aus dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ hervorgegangen. Entstanden ist ein praktischer Leitfaden für die Freiwilligenarbeit, insbesondere mit älteren Ehrenamtlichen. Zunächst beschreiben die Autoren, was es mit dem neuen Ehrenamt auf sich hat, welche Kooperationspartner eine Rolle spielen, wie die Kommunen als Unterstützer wirken können und welche Rollen Freiwilligenzentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen als Agenturen spielen. Dann werden anhand praktischer Beispiele unterschiedliche Engagementtypen, deren Anforderungen und mögliche Schwierigkeiten vorgestellt. Im letzten Kapitel folgt eine Zusammenstellung der Lösungsansätze.

Bernd Jaquemoth (Hrsg.): Ehrenamtliche Tätigkeit. Meine Rechte und Risiken, Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008, ISBN 978-3-940580-17-7, 159 Seiten, 9,90 Euro.

Die Regelungen des Ehrenamtsrechts sind auf verschiedene Gesetze verteilt und reichen vom Steuerrecht bis zur Unfallversicherung. Der Leser erhält in diesem Ratgeber einen inhaltlich informativen und didaktisch gut gestalteten Einblick in die verschiedenen rechtlichen Regelungen der ehrenamtlichen Tätigkeit. Im Anhang finden sich Auszüge aus den Gesetzen sowie die Adressen der Freiwilligenagenturen und Verbraucherzentralen. Das Buch ist in der Reihe ARD-Ratgeber Recht erschienen.

Mona Schöffler: Ehrenamtliche Mitarbeit organisieren, Vincentz Verlag, Hannover 2006, ISBN 978-3-87870-130-9, 123 Seiten, 22,00 Euro.

Die Autorin Mona Schöffler möchte mit diesem kompakten und übersichtlichen Leitfaden, Einrichtungen der (stationären) Altenpflege beim Aufbau und bei der Organisation ehrenamtlicher Arbeit unterstützen. Das Nachschlagewerk gliedert sich in zehn Abschnitte. Nach einem Überblick der wesentlichen Entwicklungen im Ehrenamt und der Motive für ehrenamtliches Engagement beschäftigt sich das dritte Kapitel mit der „Konzeption der ehrenamtlichen Arbeit“. Es folgen Kapitel zur „Werbung und Öffentlichkeitsarbeit“, zur „Auswahl von Ehrenamtlichen“ und zur „Integration und Zusammenarbeit“. Ein Leitfaden zur Evaluation schließt den Grundlagenteil ab. In den folgenden Kapiteln werden die Themen Fortbildungen, Versicherungsrecht und Gratifikationen vertieft. Das Buch endet mit einer Zusammenfassung der „Do’s and Don’ts“.



Leuchttürme senden Signale für neuen Freiwilligendienst

Berlin / Köln, 1. Januar 2009 – Das Bundesministerium für Familie und Senioren hat das „Freiwilligennetz der Generationen“ gestartet. In dem mit 24,75 Millionen Euro geförderten Projekt sind ehrenamtliche Initiativen gebündelt. Die Helfer verpflichten sich dabei für einen mindestens halbjährigen Einsatz in einem der 46 Leuchtturmprojekte, die für drei Jahre vom Bund gefördert werden.

Eines der mit jeweils 50.000 Euro unterstützten Leuchtturmprojekte ist das „Netzwerk 10+“ in Köln, hinter dem unter anderem das Deutsche Rote Kreuz und die Kölner Freiwilligen Agentur stehen. „Wir suchen Menschen, die sich für 20 Wochenstunden oder mehr engagieren wollen“, sagt Geschäftsführerin Ulla Eberhard. Interessenten haben rund 30 Angebote zur Auswahl. Aufgabe der Freiwilligenagentur ist es, Ehrenamtliche und Hilfesuchende zusammenzubringen. Helfer und Projektmitarbeiter schließen einen Vertrag. Darin ist neben dem Urlaub auch eine Aufwandsentschädigung von 100 bis 250 Euro im Monat festgelegt, sagt Eberhard.

Ob es eine Aufwandspauschale gibt und wie hoch diese ausfällt, entscheiden die Projekte, erläutert ein Sprecher des Bundesfamilienministeriums. Von der Bundesregierung ist festgelegt, dass die Helfer im neuen Freiwilligendienst für acht Stunden pro Woche zur Verfügung stehen müssen. Dafür haben sie Anspruch auf Fortbildungen von mindestens 60 Stunden pro Jahr.

<http://www.freiwilligendienste-aller-generationen.de/>

<http://www.koeln-freiwillig.de/>

Initiative Hausnotruf gegründet

Berlin, 2. Januar 2009 – Die Deutschen Wohlfahrtsverbände haben, unterstützt von verschiedenen Herstellerfirmen, die Initiative Hausnotruf gegründet. Mit dabei: das Deutsche Rote Kreuz. Die Schirmherrschaft für die Initiative hat Ex-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm übernommen. Um mehr Menschen über die Vorteile des Hausnotrufs zu informieren, startet die Initiative eine bundesweite Medienkampagne und fragt „Wie möchten Sie im Alter leben?“. Die Ergebnisse der

Umfrage wird Schirmherr Norbert Blüm an Bundesseniorenministerin Ursula von der Leyen übergeben.

<http://www.initiative-hausnotruf.de/>

Zahl der Pflegebedürftigen steigt

Wiesbaden, 2. Januar 2009 – Im Dezember 2007 waren 2,25 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinn des Pflegeversicherungsgesetzes. Das sind rund 118.000 oder 5,6 Prozent mehr als 2005 und 231.000 beziehungsweise 11,4 Prozent mehr als bei der ersten Erhebung des Statistischen Bundesamts im Jahr 1999. Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen (68 Prozent) sind Frauen. Rund ein Drittel (35 Prozent) ist älter als 85 Jahre. 1,54 Millionen der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Davon erhalten 1,03 Millionen ausschließlich Pflegegeld. Das bedeutet, sie werden zu Hause allein durch Angehörige gepflegt.

DRK übernimmt Präsidentschaft der BAGFW

Berlin, 7. Januar 2009 – Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, ist neue Präsidentin der Bundesarbeitsge-

meinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Sie löst Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV), ab. Während ihrer Präsidentschaft möchte Donata von Schenck vor allem den Blick auf die Lebenslagen von Familien und Kindern schärfen. Mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften müsse nach Wegen gesucht werden, wie der enge Zusammenhang zwischen sozio-kultureller Herkunft, Bildungserfolg und gesundheitlicher Lage überwunden werden kann, sagte die neue BAGFW-Präsidentin.

<http://www.bagfw.de/>

Studie: So alt wie man sich fühlt

Berlin, 13. Januar 2009 – Ältere Menschen fühlen sich in der Regel jünger, als es ihrem Lebensalter entspricht. Das konnte bereits in mehreren Studien aufgezeigt werden. Aber verändert sich die Alterseinschätzung im Laufe der Zeit? Und welche Faktoren können das gefühlte Alter beeinflussen? Auf diese und ähnliche Fragen suchen Psychologinnen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in der Berliner Altersstudie eine Antwort.

„Die Teilnehmer unserer Studie, alle im Alter zwischen 70 und 104 Jahren, fühlten sich durchschnittlich 13 Jahre jün-

ger als es ihrem Lebensalter entspricht. Das Überraschende für uns war, dass sich an dieser Einschätzung im Laufe des sechsjährigen Beobachtungszeitraums so gut wie nichts änderte“, berichtet die Wissenschaftlerin Anna Kleinspehn-Ammerlahn. Die nun erstmals veröffentlichten Ergebnisse zeigen, dass die älteren Studienteilnehmer über die Zeit sogar ein noch jünger gefühltes Alter berichteten als die Jüngeren. Das gefühlte Alter ist aber nicht nur vom Lebensalter, sondern auch vom Gesundheitsstatus abhängig.

Zudem lässt der Blick in den Spiegel uns älter fühlen. Immerhin fühlten sich die Studienteilnehmer angesichts ihres Spiegelbilds zu Beginn der Studie im Durchschnitt noch 10 Jahre jünger. Nach sechs Jahren lag der Unterschied zum Lebensalter aber nur noch bei 7 Jahren. Dabei beobachteten die Forscherinnen des Max-Planck-Instituts einen deutlichen Geschlechtsunterschied: Frauen fühlten sich im Vergleich vier Jahre älter als die männlichen Studienteilnehmer. Zugleich zeigten sich die Männer mit ihrem Alter zufriedener als die Frauen. „Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung, jünger zu sein und jünger auszusehen als es dem tatsächlichen Lebensalter entspricht, und der Lebenszufriedenheit im Alter“, erläutert Kleinspehn-Ammerlahn.

„Wir haben erste Hinweise darauf, dass die Selbsteinschätzung des Alters

mit der verbleibenden Lebenserwartung zusammenhängt“, sagt die Forscherin weiter. „Interessant ist auch die Frage, ob Menschen, die sich jünger fühlen, auch ‚jünger handeln‘ und jünger wahrgenommen werden. Diesen Zusammenhängen muss in weiteren Untersuchungen nachgegangen werden.“

<http://www.base-berlin.mpg.de/>

Minister beklagt Ost-West-Gefälle beim Ehrenamt

Dresden, 15. Januar 2009 – Sachsen will mehr Bürger für ein Ehrenamt gewinnen. Beim bürgerschaftlichen Engagement gebe es immer noch ein deutliches West-Ost-Gefälle, erklärte Sachsens Justizminister Geert Mackenroth (CDU). Als Grund dafür nannte er den Wunsch vieler Menschen nach Selbstverwirklichung und ein damit einhergehendes Freizeitverhalten. „Hilfsbereitschaft und Selbstverwirklichung sind aber keine Gegensätze“, betonte der Minister. Ein Ehrenamt könne sinnstiftend sein.

Gemeinsam mit Sozialministerin Christine Clauß (CDU) will Mackenroth bis Ende Februar sachsenweit für das Ehrenamt werben. Sachsen hat 2008 7,8 Millionen Euro für Aufwandsentschädigungen Ehrenamtlicher ausgegeben. Mackenroth

stellte klar, dass noch viele materielle Verbesserungen möglich sind, beispielsweise beim Steuerrecht und bei den Sozialversicherungen. Er habe vorgeschlagen, gemeinnützige Vereine von Gebühren für Vereinsregister zu befreien.

2.200 Ehrenamtskarten in Niedersachsen

Hannover, 23. Januar 2009 – „Ehrenamtliche sind eine Säule der Gemeinschaft“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) beim jährlichen Empfang von Ehrenamtlichen im Gästehaus der Landesregierung. 2,4 Millionen Niedersachsen engagieren sich ehrenamtlich. Die meisten davon im Sport, dann folgen – relativ gleichauf – Schule und Kindergarten, Kirchen und Religion, Kultur und Musik sowie Soziales als Betätigungsfelder.

„Freiwillige verdienen es, stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen und unterstützt zu werden“, sagte Wulff weiter. Niedersachsen habe seit September 2007 schon 2.200 Ehrenamtskarten ausgegeben: „Damit wollen wir etwas zurückgeben.“ Wer die Karte hat, kann je nach Kommune zum Beispiel Schwimmbäder oder Museen billiger besuchen oder in der Bibliothek gebührenfrei Bücher ausleihen.

Das Land Hessen hatte als erstes Bundesland Anfang 2006 die Ehrenamts-

karte eingeführt und bis heute rund 13.000 Karten vergeben (<http://www.e-card-hessen.de/>). Zurzeit führen Nordrhein-Westfalen (<http://www.ehrensache.nrw.de/>) und Schleswig-Holstein (<http://www.ehrenamtskarte.de/>) die Ehrenamtskarte landesweit ein.

<http://www.freiwilligenserver.de/>

Zweiter Deutscher Ambient Assisted Living-Kongress

Berlin, 27. Januar 2009 – Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (VDE) hat zum Zweiten Deutschen Ambient Assisted Living-Kongress eingeladen. In mehr als 150 Beiträgen bewerten Entwickler, Dienstleister, Hersteller, Betreiber und Anwender die Einsatzmöglichkeiten technischer Assistenzsysteme.

Petra Weingärtner, die auch in diesem Jahr für das Deutsche Rote Kreuz am Kongress teilnahm, berichtet über das merklich größer gewordene Interesse an Ambient Assisted Living-Entwicklungen. „Langsam aber sicher vernetzen sich die Akteure. Noch handelt es sich eher um eine Ansammlung von Anwendungen. Ich bin mir aber sicher, dass Ambient Assisted Living auch in Deutschland bald aus den

Kinderschuhens herauswächst. Dann wird die für uns als Verband entscheidende Frage nach der Umsetzung in den Alltag sicherlich mehr in den Vordergrund rücken.“

Ambient Assisted Living (AAL) steht für Assistenzsysteme, die eine intelligente Lebensumgebung gestalten. Durch diese Technikunterstützung sollen vor allem ältere Menschen in Situationen von Ermüdung, Überforderung und übergroßer Komplexität entlastet und altersbedingte Einschränkungen kompensiert werden.

Nach einer Studie des Berliner Instituts für Sozialforschung möchten mehr als 58 Prozent der über 65-jährigen Frauen und 37 Prozent der über 65-jährigen Männer mit Unterstützung technischer Systeme in den eigenen vier Wänden leben. Um neue Lösungsansätze für den Umgang mit dem demografischen Wandel zu entwickeln, stellt das BMBF für die nächsten drei Jahre 125 Millionen Euro bereit. Das kündigte Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF, auf dem AAL-Kongress an.

<http://www.aal-kongress.de/>

Krise der Pflegeheime

Hamburg, 27. Januar 2009 – Das ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus hat über Fehlkalkulationen im Markt stationä-

rer Altenpflege berichtet. Viele Regionen – vor allem im Westen Deutschlands – würden unter einem deutlichen Überangebot an Pflegeheimen leiden. Hauptursache sei das seit Jahren in der Öffentlichkeit verkündete demografische Horrorszenario nach dem Motto „Deutschland vergeist“.

Mit der Hoffnung auf üppige Gewinne hätten Investoren gebaut, was die Grundstücke hergaben, heißt es in dem Fernsehbeitrag. Banken hätten Pflegeheimfonds aufgelegt und Geld eingesammelt. Wenn wir immer mehr Alte haben, so ihr Argument, dann haben wir auch mehr Pflegefälle, also brauchen wir Heime, am besten in jeder Kleinstadt gleich drei oder vier. Doch der Haken an der Sache sei, dass niemand ins Heim will. Jeder versuche, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Hinzu komme, dass wohl erst in zwanzig Jahren der Bedarf wachse. Dann nämlich, wenn die geburtenstarken Jahrgänge um 1960 ins Pflegealter kommen.

Doch die vielen Heime gibt es schon. Hannover zum Beispiel hat 500 Betten zu viel. Deshalb wächst der Konkurrenzdruck. Das bleibt nicht ohne Folgen, berichtet Bernd Anders, Landesgeschäftsführer des DRK-Landesverbandes Niedersachsen, im Plusminus-Beitrag. Altenheime, die von Pflegekassen und Sozialämtern abhängig sind, kalkulieren mit einer Auslastung von 96 bis 98 Prozent.

Wenn Häuser eine solche Belegung nicht erreichen können, müssen sie anderweitig sparen. Gespart werde zuerst bei den Mitarbeitern, sagt Anders. Personalkosten machen etwa drei Viertel aller Aufwendungen eines Pflegeheims aus. Weitere Sparmöglichkeiten gebe es zum Beispiel im Küchenbereich, berichtet Anders. So würden einige Betreiber ihren Bewohnern nur Wasser zu trinken anbieten statt Säfte.

Das Überangebot an Betten senkt nicht nur die Pflegequalität. Auch die Maßnahmen, mit denen Heime versuchen, leere Betten möglichst schnell wieder zu füllen, sind oft nicht im Sinne der Betroffenen. Wichtigste „Nachschubbasis“ für Heime sind Krankenhäuser: Von dort kommen alte, kranke Menschen häufig direkt in eine stationäre Einrichtung. Ihre Wohnung sehen sie gar nicht erst wieder. Kliniken und Heime arbeiten dabei eng zusammen, weil sie voneinander profitieren.

Der Plusminus-Autor Christoph Lixenfeld lässt dazu den Pflegekritiker Claus Fussek zu Wort kommen: „Wir erleben immer wieder, dass in Krankenhäusern Magensonden gelegt werden, auf Anforderung im Pflegeheim, das ist sozusagen eine pflegerleichternde Maßnahme. Umgekehrt müssen wir immer wieder erleben, dass Druckgeschwüre in Altenheimen passieren, Oberschenkelhalsbrü-

che. Sie sichern wiederum Arbeitsplätze in der Chirurgie. Mir hat das mal ein Chefarzt ganz klar bestätigt: Das sichert Arbeitsplätze.“

Kirchen machen sich für ehrenamtliches Engagement stark

Köln, 30. Januar 2009 – Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche haben die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements unterstrichen. In einer zunehmend individualistisch geprägten Gesellschaft mit „Tendenzen zum sozialen und kulturellen Ausschluss“ vieler Menschen seien Christen besonders herausgefordert, sich mit anderen zu verbinden, sagte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Joachim Meyer, auf der ökumenischen Tagung „Um Gottes Willen? Wir engagieren uns“. Dabei seien auch diejenigen willkommen, „die sich aus anderen Gründen als Christen für Mitmenschen einsetzen“.

Die Vizepräsidentin der Evangelischen Kirche im Rheinland, Petra Bosse-Huber, sagte, die Zahl der ehrenamtlichen Engagierten sei in den letzten Jahren stetig gestiegen. Gründe dafür seien veränderte Rahmenbedingungen und eine verbesserte Anerkennungskultur. Kirche, Diakonie und Caritas hätten, wie andere Träger auch, gelernt, dass ehrenamtliches Engage-

gement zwar unentgeltlich, aber nicht umsonst zu haben sei, sagte Bosse-Huber. Institutionen bildeten aus, qualifizierten oder erstatteten verstärkt Auslagen für Ehrenamtliche.

Kampagne „Geben gibt“ gestartet

Berlin, 30. Januar 2009 – Gemeinnützige Dachverbände und bundesweite Netzwerke haben unter Federführung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen die Kampagne „Geben gibt“ gestartet. Mit der auf drei Jahre angelegten Kampagne im Rahmen der Initiative ZivilEngagement des Bundesfamilienministeriums sollen Bürger und Unternehmen für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden.

Die Kampagne habe „den Anspruch, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in einer strategisch abgestimmten langfristigen Konzeption mit (staatlich und zivilgesellschaftlich relevanten) Rahmenbedingungen und Potenzialen in Interaktion zu bringen und einen Paradigmenwechsel hin zu einer trisektoral abgestimmten Engagementpolitik zu begleiten“, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (16/10278) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/10197).

<http://www.stiftungen.org/>

Genvariation sorgt für ein langes Leben

Kiel, 3. Februar 2009 – Eine Variation in dem Gen FOXO3A übt einen positiven Einfluss auf die Lebenserwartung des Menschen aus. Die Variation tritt auffällig häufig bei Hundertjährigen auf. Was bisher nur eine Annahme war, hat eine Forschergruppe der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts Universität zu Kiel nun bestätigt. Die Wissenschaftler hatten die DNA-Proben von 388 hundertjährigen Deutschen mit 731 jüngeren Personen verglichen (vgl. Hausnotruf Themen 2007, S. 20-21). Interessanterweise sind die genetischen Effekte bei 100-jährigen Personen deutlicher zu sehen als bei 95-jährigen, so die Kieler Forscher.

Zeitschrift entdeckt Renaissance des Ehrenamts

Hamburg, 3. Februar – Die Frauenzeitschrift FÜR SIE will in ihrer Ausgabe 4/2009, S. 60-65 eine „Renaissance des ehrenamtlichen Engagements“ entdeckt haben. Offenbar finde zurzeit ein Umdenken weg von der Ich-Bezogenheit hin zum Gemeinschaftssinn statt. So wollen 67 Prozent aller Deutschen heute lieber glücklich als reich sein, eine Familie, gute Freunde haben und in einer intakten Natur leben.

Die Zeitschrift stützt sich auf Ergebnisse einer aktuellen Studie der von der British American Tobacco („Lucky Strike“, „Pall Mall“, „Gauloises“) finanzierten Stiftung für Zukunftsfragen. Deren Leiter Horst W. Opaschowski resümiert das Ergebnis der Studie: „Der Blick richtet sich wieder mehr auf die beständigen Aspekte des Lebens.“

Die Gründe für das verstärkte bürgerliche Engagement lägen aber nicht zuletzt auch in der aktuellen Rezessionsphase, vermutet die Zeitschrift. Menschen könnten sich so ein zweites Standbein schaffen, das ihrem Alltag einen Sinn gibt, falls der Job wegbricht.

Ein weiterer Grund sei für viele die Ernüchterung über den Zustand des Sozialstaates. Mit dem Rückgang zahlreicher Sozialleistungen wachse die Erkenntnis, dass der Staat nur unter Mithilfe aller funktionieren könne. Schließlich motiviere auch der Kontakt zu anderen Menschen viele Freiwillige. In einer Zeit der Vereinzelung würden sie in ihrem Ehrenamt ein Miteinander mit Menschen finden, die ähnlich denken und handeln.

<http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/>

Umfrage: Kein Generationenkonflikt in Deutschland

Frankfurt am Main, 4. Februar 2009

– Das Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) der Fachhochschule Frankfurt am Main hat die Ergebnisse seiner Befragung „Zukunftswerkstatt Deutschland“ vorgestellt. „Der Begriff ‚Demografischer Wandel‘ ist nur etwas mehr als der Hälfte der Befragten bekannt“, berichtete Sven Stadtmüller, wissenschaftlicher Mitarbeiter am FZDW.

Fragt man nach konkreten Assoziationen, so fielen den Befragten vor allem „Rentenprobleme“, „Überalterung“ und „Geburtendefizit“ ein. Nur 10 Prozent beurteilten die demografische Entwicklung positiv. Für rund 55 Prozent dominierten negative Aspekte. Diese Wertungen basieren nicht auf einem negativen Altersbild. Nur fünf Prozent der Befragten sehen Ältere als eine „Last für die Gesellschaft“. Für über 90 Prozent seien sie ein wertvoller Bestandteil, sagte Stadtmüller. Ein Generationenkonflikt sei gegenwärtig nicht zu erkennen.

Das bestätigt auch der vom FZDW zwei Wochen später vorgestellte Bericht „Hessen im Zeichen des Demografischen Wandels“. 82 Prozent der Jüngeren (20 bis 29 Jahre) haben eine positive Einstel-

lung gegenüber älteren Menschen. Fast 93 Prozent aller Befragten in Hessen ist der Meinung, dass „die Gesellschaft die Probleme der älteren Menschen berücksichtigen“ sollte. Bei dem Thema Pflege im Alter fordern knapp 80 Prozent der über 60-Jährigen: „Die Kinder sollten sich um die älteren Menschen kümmern“.

<http://tinyurl.com/cpj5t2>

Studie: Das vermessene Alter

Dortmund, 11. Februar 2009 – Menschen werden im Alter im Durchschnitt kleiner und korpulenter. Außerdem haben ältere Menschen im Vergleich zu jüngeren zwar nur wenig breitere Hände, dafür aber deutlich breitere Daumen und Zeigefinger. Das hat eine Studie der Universität Potsdam im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in Dortmund herausgefunden.

Für die Studie wurden je 100 Männer und Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren nach allen Regeln der Kunst vermessen. Als Vergleichsgruppe nahmen je 25 Männer und Frauen zwischen 20 und 29 Jahren teil. Die Ergebnisse fasst der Bericht „Optimierung der ergonomischen Eigenschaften von Produkten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ zusammen. Sie sollen unter

anderem dabei helfen, Produkte besser auf Ältere abzustimmen.

<http://tinyurl.com/daqc4b/>

Heimverzeichnis ist online

Berlin, 17. Februar 2009 – Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat den „Online-Wegweiser für Lebensqualität in Heimen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf der neuen Website präsentieren sich Alten- und Pflegeheime mit ihren Leistungsangeboten und Kriterien zur Lebensqualität. Die Ministerin schaltete die Datenbank mit den ersten hundert Heimen frei. Ehrenamtliche sollen bis August 2010 die „Strukturdaten“ aller 11.000 Heime erheben.

Zu den Initiatoren der Internetseite gehören unter anderen die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Diakonische Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Deutsche Rote Kreuz. Bei dem Internetverzeichnis geht es nicht um die pflegfachliche Bewertung, sondern um „weiche Faktoren“, Aspekte wie Aufmerksamkeit oder Wahrung der Privatsphäre. Diesem Ansatz liegt die Charta der Rechte pflegebedürftiger Menschen zugrunde.

Das neue Verbraucherportal ist nicht unumstritten. Neben Datenschutzbe-

denken sehen Kritiker vor allem die Gefahr, dass nur „gute Heime“ ihre sogenannten Strukturdaten veröffentlichen werden.

<http://www.heimverzeichnis.de/>

Wohn- und Betreuungsv vertragsgesetz beschlossen

Berlin, 18. Februar 2009 – Das Bundeskabinett hat das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (W BVG) beschlossen. Das neue Gesetz löst die vertragsrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes ab und soll den Verbraucherschutz für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen stärken.

Das Gesetz soll aber auch zum Schutz für diejenigen beitragen, die sich für eine neue Wohn- und Betreuungsform entscheiden. „Auch und gerade im Alter, bei Pflegebedürftigkeit oder bei Behinderung möchten Menschen so selbstbestimmt und selbstständig wie möglich leben“, erklärte Bundesseniorenministerin Ursula von der Leyen. „Wir müssen diese Wünsche respektieren und dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden können.“ Das Gesetz soll zum 1. September 2009 in Kraft treten.

<http://www.bmfsfj.de/>

Kongress zu Demenzkrankheiten

Hamburg, 18. Februar 2009 – Im Rahmen der Alten- und Krankenpflegemesse Care Fair Germany fand zum dritten Mal der „Dementia Fair Congress“ statt. Mehr als jeder 70. Mensch in Deutschland leidet heute an einer Demenzerkrankung. Knapp 400.000 demenzkranken Männern stehen rund 800.000 betroffene Frauen gegenüber. Schreibt man die gegenwärtige Entwicklung fort, würde die Zahl der Demenzkranken bis zum Jahr 2050 auf drei Millionen steigen, sagte Ute Ziegler vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels in ihrem Vortrag.

Die weltweiten Kosten der Demenzerkrankung werden heute auf 315,4 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt. Allein für Deutschland auf etwa 44 Milliarden Euro. Ein besonderer Schwerpunkt des Kongresses lag nicht zuletzt deshalb auf der Prävention von Demenzkrankheiten. Die Abstracts der über 150 Vorträge und Workshops sind im

<http://is.gd/kQZq/>

Studenten: Keine Zeit mehr fürs Ehrenamt

Düsseldorf, 25. Februar 2009 – Immer weniger Studenten engagieren sich ehrenamtlich. Das berichtet das Magazin „Junge Karriere“. Es beruft sich auf Daten des Hochschul-Informations-Systems in Hannover und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Demnach waren 2006 noch zwei Drittel aller Studenten ehrenamtlich engagiert. Inzwischen liege die Quote nur noch bei einem Drittel. Grund dafür seien die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge: Diese ließen Studenten kaum noch Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren.

Ein Blick in die Zukunft des Pflegemarktes

Nürnberg, 24. März 2009 – Die Fachmesse „Altenpflege+ProPflege“, die zum 20. Mal stattfand, hat knapp 35 Tausend Besucher nach Nürnberg gelockt. Die sechs Hallen waren von 720 internationalen Ausstellern gefüllt, die innovativen Produkte und Dienstleistungen aus allen Pflegebereichen vorstellten. Die „Altenpflege+ProPflege“ wartete erstmals mit zwei Fachkongressen auf: Der Management-Kongress richtete sich speziell an Entscheidungsträger aus der ambulanten und stationären Altenhilfe. An die Pflegefachkräfte und Pflegedienst-Leitungen

wandte sich inhaltlich der Pflege-Kongress. Die nächste „Altenpflege+ProPflege“ findet turnusgemäß vom 23. bis 25. März 2010 auf dem Messegelände Hannover statt.

<http://altenpflege.nuernbergmesse.de/>

Deutsche wollen nicht ewig leben

Stuttgart, 25. März 2009 – Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts im Auftrag des Magazins „Reader’s Digest“ ist ein unendliches Leben den meisten Bundesbürgern nicht wichtig. Nur jeder Zehnte würde seine Lebenszeit gerne deutlich verlängern. Mit 56 Prozent wäre die Mehrheit damit zufrieden, 90 Jahre lang zu leben. 16 Prozent gaben sogar an, nur 70 Jahre alt werden zu wollen. Lediglich jeweils zwei Prozent der Bundesbürger würden gerne 150 oder 300 Jahre lang leben. Selbst 110 Jahre alt zu werden, wünschen sich nur acht Prozent.

Unter denen, die unendlich leben möchten, befinden sich hauptsächlich junge Menschen. Während sich 20 Prozent der 14- bis 29-Jährigen für ein ewiges Leben entscheiden würden, sinkt der Wunsch bei Menschen mittleren Alters auf zehn Prozent. Von den über 60-Jährigen würden sich nur noch drei Prozent dafür entscheiden.

Aktionsprogramm „Sicher leben im Alter“

Berlin, 27. März 2009 – Ältere Menschen leben in Deutschland sicher. Vor allem hochbetagte Menschen sind jedoch oft anfällig für kriminelle Machenschaften. Das ist das Ergebnis der Studie „Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Auf der Grundlage dieser Untersuchung hat das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit der Deutschen Hochschule der Polizei das Aktionsprogramm „Sicher leben im Alter“ gestartet. Es läuft drei Jahre bis Ende 2011.

Das neue Aktionsprogramm soll bereits vorhandene Angebote vernetzen und so eine neue und übersichtliche Struktur der Hilfen schaffen. So soll etwa die Ermittlung von Todesursachen bei Menschen, die 75 Jahre und älter sind, optimiert werden, um so mögliche Gefahrenquellen früher erkennen zu können. Hinzu kommen Maßnahmen zur Gewaltprävention, etwa bei Gewalt in Partnerschaften oder Vernachlässigung älterer Menschen in der häuslichen Pflege.

<http://www.erfahrung-ist-zukunft.de/>

„Ältester Mensch der Welt feiert 115. Geburtstag

Los Angeles, 6. April 2009 – Die Amerikanerin Gertrude Baines hat ihren 115. Geburtstag gefeiert. Die Afroamerikanerin gilt als ältester Mensch der Welt. Sie lebt in einem Altersheim bei Los Angeles. Baines hat unter anderem Glückwunschkarten von US-Präsident Barack Obama und dem kalifornischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger bekommen. Mit einem Ständchen und Kuchen hatten zahlreiche Besucher die Jubilarin gefeiert.

http://en.wikipedia.org/wiki/Gertrude_Baines/

Neue Web-Plattform „Engagiert in Deutschland“

Berlin, 18. April 2009 – Die Internetplattform „Engagiert in Deutschland“ ist gestartet. Die Plattform versteht sich als „virtueller Marktplatz des bürgerschaftlichen Engagements“ in Deutschland. In den kommenden drei Jahren soll sich „Engagiert in Deutschland“ zu einem „nutzerorientierten Drehkreuz der Zivilgesellschaft“ entwickeln. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Es sollen Daten für Engagementmöglichkeiten auf örtlicher Ebene über

2.000 kommunale „Engagement-Plattformen“ gesammelt werden. In diese lokalen Plattformen können die örtlichen Vereine und Einrichtungen ihre Angebote für Ehrenamtliche eintragen. Die vor Ort gesammelten Daten werden dann im Bundesportal „Engagiert in Deutschland“ vereint.

Das Portal will aber nicht nur ein digitaler Marktplatz für Engagementmöglichkeiten sein. Über die Plattform sollen sich Ehrenamtliche auch untereinander vernetzen und einen „sozialen Raum zum Austausch“ erhalten. „Es wird auf zahllosen Seiten Beteiligungsmöglichkeiten für die Nutzerinnen und Nutzer geben“, sagte Projektleiter Jörg Deppe. „Der Soziologe Mark Granovetter hat einmal gesagt: ‚Was Netzwerke auszeichnet, das ist die Stärke schwacher Bindungen.‘ Das lässt sich nirgendwo so wirkungsvoll umsetzen wie im Internet. Das ist gerade für die Zivilgesellschaft eine riesige Chance.“

<http://www.engagiert-in-deutschland.de/>

Deutscher Altenhilfepreis auf DRK-Fachtagung verliehen

Berlin, 21. April 2009 – Mit einer Rede über die Bedeutung der Altenhilfe für das Deutsche Rote Kreuz hat DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters die Fachtagung

Altenhilfe „Ambulante Pflege: Die Zukunft der DRK-Pflege“ in Berlin eröffnet.

Auf Grund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft und den sich ändernden Bedürfnissen alter Menschen, müsse die Pflege verstärkt zu den Menschen gebracht werden, sagte Seiters. Dafür sei es notwendig, mehr Pflegekräfte auszubilden und ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Gleichzeitig müsse die Selbsthilfe im Alter gestärkt und das Wissen und die Fähigkeiten älterer Menschen besser genutzt werden.

DRK-Generalsekretär Clemens Graf von Waldburg-Zeil stellte in seinem Redebeitrag dar, wie sich das DRK mit der Strategie 2010plus auf die neue Situation in der ambulanten Pflege eingestellt hat und welche Schritte noch folgen werden.

Dabei stellte der Generalsekretär zunächst neue, erfolgreich eingesetzte Management-Werkzeuge für die ambulante Pflege vor. Mit der Einführung von sogenannten Betriebschecks und Sanierungsprogrammen sei gezeigt worden, dass defizitäre Pflegedienste innerhalb eines halben Jahres gedreht werden können. So waren im Jahr 2005 rund ein Viertel der DRK-Pflegedienste in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Bis Ende 2010 werden fast alle Pflegedienste ein positives Ergebnis vorweisen.

Oscar-Stimmung kam während der dreitägigen Fachtagung auf, als DRK-Vizepräsidentin Donata Freifrau von Schenck die Gewinner des Deutschen Altenhilfe-preises bekannt gab. Die Familie-Josef-Kreten-Stiftung, eine Treuhandstiftung des Deutschen Roten Kreuzes, prämierte mit diesem Preis bereits zum zweiten Mal zukunftsweisende Projekte in der Altenhilfe. Das Thema des Deutschen Altenhilfe-preises 2009 lautete „Ehrenamt und Hauptamt im Quartier: Soziale Räume im Alter gestalten“.

Den ersten Platz mit 10.000 Euro Preisgeld belegte der Caritasverband Frankfurt mit seinem Projekt „Interkultureller Seniorentreff OASI“. Der zweite, mit 6.000 Euro dotierte Preis ging an das Projekt „Seniorenzentrum Oferdingen“ des DRK-Kreisverbands Reutlingen e. V. und der gemeinnützigen Deutsches Rotes Kreuz GmbH. Das „Kiezprojekt Mariendorf“ des Berliner Vereins „Freunde alter Menschen“ landete auf dem dritten Platz und erhielt ein Preisgeld von 4.000 Euro.

<http://www.deutscher-altenhilfepreis.de/>

Bundesmarketingprojekt Hausnotruf: Ergebnisbericht 2008

Berlin, 23. April 2009 – Die letzte Ausgabe der DRK-Themenhefte stellte das Bundesmarketingprojekt Hausnotruf des Deutschen Roten Kreuzes vor. Nun hat das Projekt seinen Ergebnisbericht 2008 vorgelegt. Auf 70 Seiten präsentiert der Bericht die Ergebnisse des Projekts in den Bereichen Produktmarketing, Vertriebsmarketing, Marketing-Controlling sowie Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und interne Kommunikation. Der Ergebnisbericht steht zum Herunterladen im internen Bereich auf der Internetplattform.

Mittlerweile hat die LGF-Runde der gesamtverbandlichen Weiterentwicklung der Beratungszentren im Sinne der Strategie 2010plus zugestimmt. Eine fach- und verbandsebenenübergreifende Projektgruppe wird Konzepte für ein erweitertes Leistungsangebot und einheitliche Qualitätsstandards entwickeln, Synergieeffekte für Kooperationen ausmachen, Refinanzierungsvorschläge und Schulungsangebote erarbeiten. Nach Abstimmung der Projektziele, der Meilensteine und der Projektstruktur werden die Bearbeitungsstände des Projekts regelmäßig mit den LGF kommuniziert.

www.drk-intern.de/bz

Nationales Forum für Engagement und Partizipation

Berlin, 27. April 2009 – Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das unabhängige „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ eingerichtet. Es soll die Bundesregierung bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie begleiten.

Über 300 Experten aus Bundesressorts, Bundesländern und Kommunen sowie aus Zivilgesellschaft und Kirchen, Wirtschaft und Wissenschaft sind zu einem ersten Fachkongress im Deutschen Bundestag zusammengekommen. Ein zweiter Kongress findet am 15. Mai statt. Am 16. Juni soll ein Zwischenbericht an Bundesministerin Ursula von der Leyen als Vertreterin der Bundesregierung übergeben werden.

<http://www.b-b-e.de/>

60 Prozent der über 65-Jährigen wollen Telemedizin nutzen

Berlin, 3. Mai 2009 – Um möglichst lang in den eigenen vier Wänden leben zu

können, würden knapp 60 Prozent der Deutschen über 65 Jahre die Möglichkeiten der Telemedizin nutzen. Das geht aus einer Umfrage des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) hervor.

„Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause werden gewünscht. Anwendungen wie Tele-Homecare und Tele-Monitoring müssen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden“, sagte BITKOM-Präsident August-Wilhelm Scheer. So könnten zum Beispiel Pflegebedürftige und chronisch Kranke von den altersgerechten Assistenzsystemen profitieren. „Wir appellieren an den gemeinsamen Bundesausschuss, jetzt die notwendigen Entscheidungen zu treffen.“ Der gemeinsame Bundesausschuss ist das oberste Beschlussgremium der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen.

In den kommenden Jahren werde die Zahl der Pflegebedürftigen und chronisch Kranken schon allein aus demografischen Gründen deutlich steigen, sagte Scheer weiter. „Das Gesundheitssystem muss auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung eingestellt werden. Der Einsatz der Telemedizin als Alternative zur stationären Behandlung sollte daher noch aktiver gefördert werden.“

Dazu zählen zum Beispiel unterschiedliche Alarmsysteme, die ebenfalls auf hohes Interesse stoßen: 58 Prozent der Deutschen über 65 Jahre würden, wenn sie pflegebedürftig wären, Alarmsysteme wie Sturzsensoren, Herzfrequenz- oder Atemstillstandsmesser nutzen. Auf eine Erinnerungsfunktion für die Tabletten-einnahme würden 54 Prozent der über 65-Jährigen zugreifen.

Geräte der Ferndiagnose, sogenannte Tele-Monitoring-Systeme, möchten 53 Prozent der Menschen über 65 Jahre nutzen. Diese Technologien bieten sich zum Beispiel für die Versorgung von Herz-Kreislauf-Patienten an. Dabei senden Sensoren per Mobilfunk oder Internet regelmäßig medizinische Daten wie Blutdruck, Puls, Gewicht oder ein EKG an ein telemedizinisches Zentrum, ein Krankenhaus oder einen Arzt. Treten kritische Werte auf, werden die Mediziner frühzeitig informiert und können entsprechend handeln.

Ehrenamt und Medien: „Ist doch Ehrensache!“

Hamburg / Berlin, 9. Mai 2009 – Mit einem bundesweiten Aktionstag startete die diesjährige ARD-Themenwoche „Ist doch Ehrensache! Wie Menschen sich für die Gesellschaft engagieren“. Eine Woche lang widmete sich die ARD vom 10. bis 16. Mai in Radio und Fernsehen dem Ehren-

amt. Zusätzlich berichtete das Internet-Blog zur ARD-Themenwoche täglich von Menschen, die sich ehrenamtlich für die Gesellschaft engagieren.

Im Vorfeld der ARD-Themenwoche 2009 hatte am 6. Mai eine gemeinsame Fachtagung der ARD und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Berlin stattgefunden. Unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement im Spiegel der Medien – Von den Helden des Alltags bis zur gesellschaftlichen Diskussion“ debattierten Vertreter des bürgerschaftlichen Engagements mit Journalisten über die realistischen Chancen und Grenzen einer medialen Präsenz von Engagementthemen.

Die Medien würden das bürgerschaftliche Engagement nicht seiner gesellschaftlichen Bedeutung gemäß abbilden, meinte Andreas Weiss, der Gesamtkoordinator der ARD-Themenwoche. Diese Diskrepanz habe mehrere Gründe. Es liege an den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die eher das Bild einer „heilen Welt“ bieten wollen. Es liege aber auch am unspektakulären Alltag des bürgerschaftlichen Engagements.

Es gelte, Engagementthemen besser zu verkaufen, meinte Stefan Hebel von der Frankfurter Rundschau. Bürgerschaftliches Engagement sei aus der Sicht der Medien zunächst ein langweiliges Thema.

Es gäbe keine Medienhelden, es sei nicht schrill und skandalös und es sei so „furchtbar gut“. Hebel rät daher: „Werden Sie 1) konkreter, 2) lokaler, 3) aktueller.“ Themen müssten anschaulich sein. Sie müssten einen konkreten Ort und einen Ausgangspunkt haben. Lokalzeitungen seien dankbar, wenn sie an lokalen Ereignissen ein Thema von allgemeiner Bedeutung festmachen könnten.

Der Bericht über die Fachtagung und Gastbeiträge zum Thema „Bürgerchaftliches Engagement und Medien“ finden sich auf der BBE-Website.

<http://web.ard.de/themenwochenblog/>

<http://www.b-b-e.de/>

DRK- Ehrenamtspreis 2009

Berlin, 12. Mai 2009 – Im bundesweiten Wettbewerb „Engagiert im Roten Kreuz“ zeichnete das DRK-Generalsekretariat das Freiburger Projekt „Integratives Förderkonzept für Flüchtlingskinder“ in einer Veranstaltung in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin mit dem diesjährigen Ehrenamtspreis aus. Thomas Zeller, DRK-Sozialpädagoge im Freiburger Flüchtlingswohnheim, und die Vertreterin der Ehrenamtlichen, Elena Link Viedma, nahmen die Auszeichnung in Berlin entgegen.

Neben der praktischen Hilfe zeichnet das Freiburger Projekt die Einbindung der Eltern und die Vermittlung sozialer Kompetenzen aus. Das Förderkonzept setzt in der Hausaufgabenbetreuung auf klare Regeln, ein anregendes Lernumfeld und die Förderung der Selbstständigkeit. Das Team der Ehrenamtlichen wird eng begleitet: Neben einem jährlichen Startworkshop gibt es regelmäßige Reflexions- und Informativonstreffen. In Kooperation mit der Universität Freiburg können Studierende sich durch die Mitarbeit ETCS-Punkte auf ihre Studienleistungen anrechnen lassen.

Der zweite Preis ging an die Rollstuhlinitiative des DRK-Kreisverbands Böblingen (siehe das Gespräch mit Projektleiterin Bettina Scheu: „Mit Herzblut dabei“). Die Initiative setzt sich für bessere Lebensbedingungen von behinderten Menschen ein und stärkt deren vorhandene Fähigkeiten und Kräfte mit individuellen Trainings. Den dritten Preis teilen sich in diesem Jahr das Jugendrotkreuz aus dem Nordrhein-Westfälischen Goch (integrative Ferienfreizeiten) und der DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt (Ferienangebote für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien).

Älteste Bloggerin Spaniens verstorben

Muxía, 22. Mai 2009 – Die als „älteste Bloggerin der Welt“ bekanntgewordene „Internet-Oma“, die Spanierin María Amelia López, ist im Alter von 97 Jahren in ihrem Heimatdorf Muxía gestorben. Noch mit 95 Jahren hatte sie das Internet für sich entdeckt. Knapp ein Jahr später war López bereits ein Cyberstar. In aller Welt berichteten Internetmagazine und Webportale über sie. In ihrem mehrfach ausgezeichneten Tagebuch ermunterte sie ältere Menschen, keine Angst vor Technik zu haben.

„Heute ist mein Geburtstag. Und weil mein Enkel ziemlich knauserig ist, hat er mir ein Blog geschenkt.“ Mit diesem Satz hatte López am 23. Dezember 2006 ihr Blog begonnen. Darin erzählte sie Geschichten aus ihrem Leben, gab Ratschläge an Jung und Alt und begeisterte die Internetgemeinde. Neben Texten produzierte sie auch Podcasts. Ihr letzter Eintrag, eine Hördatei, stammt vom 11. März: „Dieses Internet ist etwas ganz Tolles, es ist wie ein offenes Buch.“

Der Titel der bislang weltweit ältesten Bloggerin dürfte allerdings an die 110-jährige US-Amerikanerin Ruth Hamilton gehen. Sie starb im Januar 2008. Cyberruhm erwarb sich auch die im Juli 2008 verstorbene Australierin Olive Riley. Sie

wurde 108 Jahre alt und bloggte bis zu einer Woche vor ihrem Tod.

<http://amis95.blogspot.com/>

2011: Jahr der Europäischen Freiwilligentätigkeit

Brüssel, 3. Juni 2009 – Die Europäische Kommission hat beschlossen, 2011 zum „Jahr der Europäischen Freiwilligentätigkeit“ auszurufen. Die wichtigsten Ziele des Jahres sind es, günstige Rahmenbedingungen für Engagement und Freiwilligenorganisationen in der EU zu schaffen, die Freiwilligentätigkeiten besser anzuerkennen sowie für die Bedeutung des Engagements zu sensibilisieren. Dafür soll jedes Mitgliedsland der EU eine nationale Koordinierungsstelle für dieses Jahr einrichten. Allerdings ist das Vorhaben mit nur acht Millionen Euro für alle EU-weiten Aktivitäten ausgestattet. Die 27 Mitgliedsstaaten müssen sich sechs Millionen Euro für die nationale Umsetzung teilen. Zwei Millionen Euro sind für die zentrale Vorbereitung reserviert.

DRK-Landesverband Thüringen zeichnet Ehrenamtliche aus

Bad Blankenburg, 5. Juni 2009 – Während einer Festveranstaltung zum 150-jährigen Bestehen des Roten Kreuzes hat der DRK-Landesverband Thüringen erstmals den Ehrenamtspreis des Verbands vergeben. Der Ehrenamtspreis soll künftig einmal im Jahr als Anerkennung für besondere Verdienste durch den Präsidenten des Landesverbandes an einen Ehrenamtlichen verliehen werden. Zudem zeichnete Thüringens Innenminister Manfred Scherer auf der Veranstaltung zwölf DRK-Mitglieder für ihre ehrenamtliche Mitarbeit im Katastrophenschutz mit dem Ehrenzeichen des Landes Thüringen aus. Das Ehrenzeichen wurde auf Anregung von DRK-Landesverbandspräsident Gerhard Günther gestiftet und in diesem Jahr erstmals vergeben.

Ältester Mann Europas feiert 113. Geburtstag

London, 6. Juni 2009 – Der älteste Mann Europas hat seinen 113. Geburtstag mit militärischen Würden gefeiert. Henry Allingham zelebrierte zusammen mit seiner Familie und Angehörigen der Streitkräfte auf dem Kriegsschiff „HMS President“ in London den besonderen Tag. Er ist das letzte Gründungsmitglied der britischen Luftwaffe

Royal Air Force. Sein Leben erstreckte sich auf drei Jahrhunderte und er erlebte sechs britische Monarchen. Allingham ist einer von zwei noch lebenden britischen Veteranen aus dem Ersten Weltkrieg.

http://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Allingham

Bundeskanzlerin Merkel eröffnet Deutschen Seniorentag

Leipzig, 8. Juni 2009 – Bundeskanzlerin Angela Merkel war Schirmherrin des 9. Deutschen Seniorentags. In ihrer Eröffnungsansprache sagte die Bundeskanzlerin: „Das Motto der Veranstaltung ‚Alter leben – Verantwortung übernehmen‘ verstehe ich als Angebot Älterer an die Gesellschaft und nehme dieses gern an.“

„Wir leben in spannenden Zeiten“, fuhr Merkel fort, „denen wir uns guten Mutes stellen. Deutschland wird mit am schnellsten von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir anderen Ländern ein gutes Beispiel geben können und zeigen, dass die vermeintliche Gefahr eine Bereicherung für die Gesellschaft sein kann.“

Rund 15.000 Besucher kamen zu den Veranstaltungen des dreitägigen Seniorentags. Dabei fand das Thema der finan-

ziellen Sicherheit im Alter besonders großes Interesse. 900 Besucher nahmen an einem Forum zum Thema teil. Auch das Thema „Wohnen im Alter“ stand mit 700 Teilnehmern hoch im Kurs. Das Podiumsgespräch „Infrastruktur für eine alternde Gesellschaft“ mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) lockte 300 Besucher an.

Zum Abschluss des Deutschen Seniorentags stellte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) die „Leipziger Erklärung“ vor. „Wir rufen dazu auf, den Generationenvertrag neu zu definieren“, sagte BAGSO-Geschäftsführer Guido Klumpp. Alle politischen, wirtschaftlichen und individuellen Entscheidungen seien darauf zu prüfen, ob sie die aktuellen Lebensbedingungen verbessern, ohne jedoch die Zukunftschancen künftiger Generationen zu verschlechtern, heißt es in der „Leipziger Erklärung“. „Verantwortung für sich selbst und füreinander müssen zur Maxime werden“, betonte Klumpp.

<http://www.deutscher-seniorentag.de/>
<http://www.bagso.de/>

Bilanz der Engagementpolitik

Berlin, 17. Juni 2009 – Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestags ist zu seiner 35. und letzten Sitzung in dieser

Legislaturperiode zusammengekommen. Der Unterausschuss zog Bilanz der Engagementpolitik in der zurückliegenden Legislaturperiode.

Der Staatssekretär im Bundesfamilienministeriums, Gerd Hoofe, berichtete unter anderem über die fast 50 Maßnahmen und Projekte im Rahmen der im Jahr 2007 gestarteten „Initiative ZivilEngagement“. Gemeinsames Ziel all dieser Bausteine sei es gewesen, Leistungen und Potenziale des freiwilligen Engagements noch stärker in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken. Ulrike Sommer vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) fasste die Ergebnisse des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ zusammen.

In der anschließenden Diskussion warnte Ute Kumpf, Ausschussmitglied der SPD, vor der Tendenz, die bürgerschaftlich Engagierten durch einen „nationalen Engagementplan“ von oben zu vereinnahmen. Sie erinnerte daran, dass die Enquete-Kommission festgestellt habe, dass bürgerschaftliches Engagement nicht verordnet werden könne, sondern einen Eigensinn habe, den man respektieren müsse.

Marie-Luise Dött, CDU-Abgeordnete und früheres Mitglied der Enquete-Kommission, betonte die Bedeutung des Themas Demografie. Die demografische Entwicklung werde die Gesellschaft

erheblich verändern. Dass manche Vereine über Nachwuchsmangel klagten, könne auch damit zusammenhängen, dass es für viele Jüngeren nicht mehr selbstverständlich sei, aus eigener Anschauung Engagementerfahrungen zu machen. Zudem sei die Gesellschaft durch unterschiedliche Nationalitäten sowie unterschiedliche Milieus und Gewohnheiten wesentlich bunter als früher. Hier müsse man den Rahmen dafür schaffen, damit diese mehr miteinander kommunizierten und agierten.

http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/buerger_eng/index.html



Das Zuhause gewinnt mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Je älter wir werden, desto mehr wird unsere Lebensqualität von der Wohnqualität bestimmt. Besonders wenn die Beweglichkeit nachlässt, werden die eigenen vier Wände zum Lebensmittelpunkt. Dann steht man plötzlich vor der Entscheidung: Bleiben oder umziehen?

Zahlreiche Angebote der Unterstützung machen es heute möglich, lange in den eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben. Die Angebote reichen von der Wohnberatung und Wohnungsanpassung

über das betreute Wohnen zu Hause bis zu den Möglichkeiten umgebungsunterstützten Lebens im Alter („Ambient Assisted Living“).

Daneben hat sich in den letzten Jahren eine Vielfalt an Wohnformen für das Alter entwickelt. So sind zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser und graue Wohngemeinschaften für immer mehr ältere Menschen eine alternative Lebensform. Kein Wunder, geht doch die WG-erfahrende Generation der 68er zurzeit in Rente.

Die Wohnbedürfnisse älterer Menschen haben sich stark verändert. Die demografische Entwicklung gibt dem Thema zusätzliche Aktualität. Es gibt viele Gründe, sich mit den zahlreichen Facetten des Wohnens im Alter näher zu beschäftigen, verschiedene Wohnprojekte vorzustellen und Gespräche mit Experten zum Thema zu führen: Das nächste Heft der DRK-Altenhilfe Themen mit dem Schwerpunkt „Wohnen im Alter“ erscheint Anfang 2010.



Jörg Marx

Jörg Marx arbeitet als freier Journalist und Organisationsberater in der Nähe von Regensburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Gesellschaftsthemen, Sozialpolitik, Non Profit und Social Media.

Kurzvita: Jahrgang 1962; ausgebildeter Krankenpfleger, Hilfseinsätze in Armenien und 1994 in Rwanda; Magister- und Promotionsstudium der Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft; wissenschaftliche Weiterbildungen in Projektmanagement und Organisationsentwicklung; Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter für Soziologie an Universitäten in Köln, Barcelona, Berlin und Passau; zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, schreibt seit zehn Jahren für Print und Online.

Titel © „Bodies in Motion“ mad paul / flickr.com | S. 2 © „stell dir vor“ S.G.S. / pixelio.de | S. 5 Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters | S. 6 © Artwork / vatter + vatter | S.8 © Jared / flickr.com | S. 10 © vatter + vatter | S. 12 © Marco Bellucci / flickr.com | S. 14 © ianmunroe / flickr.com | S. 15 © Haags Uitburo / flickr.com | S. 16 © vatter + vatter | S. 17 © Franz Pfluegl / fotolia.com | S. 17 fotopro / fotolia.com | S. 18 © Hofschlaeger / pixelio.de | S. 19 © reinhard / pixelio.de | S. 20 © chroma project / flickr.com | S. 21 © photocase.de | S. 22 © vatter + vatter | S. 22 © Martina Berg / fotolia.com | S. 22 © Wolfgang Cibura / fotolia.com | S. 23 © www.tafel.de/die- tafeln/tafel-idee | S. 24 © jonas_k / flickr.com | S. 24 tommyS © Siepmann GbR / pixelio.de | S. 24 © Thorwald Hoffmann / aboutpixel.de | S. 25 © www.google.de | S. 26 © DRK-Kreisverband Böblingen e. V. | S. 28 © Daquella manera / flickr.com | S. 29 © loungeirie / flickr.com | S. 30 © Artwork / vatter + vatter | S. 31 © Kellermeister / aboutpixel.de | S. 32 © iamwahid / sxc.hu | S. 33 © Uwe Dreßler / aboutpixel.de | S. 34 © amirjina / flickr.com | S. 35 © www.bit.ly/h5AdF | S. 37 © Falko Matte / fotolia.com | S. 38 © DRK-Landesverband Niedersachsen e. V. | S. 39 Allan Henderson / flickr.com | S. 42 © Fiebke / photocase.com | S. 43 © Freiherr vom und zum Stein / Gemälde von Johann Christoph Rincklake | S. 44 © Wilhelm Busch / Foto von Ernst Hanfstaengl, München 1878 | S. 44 Die Zeche Mittelfeld (Carl-August-Schacht) in Ilmenau (Thüringen) um 1860 | S. 45 Krupp-Werke in Essen 1864 | S. 47 © lusi / sxc.hu | S. 47 © Björn Kietzmann / flickr.com | S. 48 © der_dennis / flickr.com | S. 49 © Shahram Sharif / flickr.com | S. 50 © Artwork / vatter + vatter | S. 51 © Pro_Zak / flickr.com | S. 51 © www.engagement-macht-stark.de | S. 52 © www.initiative-zivilengagement.de | S. 53 © www.freiwilligendienst-aller-generationen.de | S. 53 © www.engagiert-in-deutschland.de | S. 54 © DRK-Landesverband Saarland e. V. | S. 58 Artwork / vatter + vatter | S. 59 © Henry Dunant um 1860 / wikipedia | S. 60 © Panorama der Stadt Genf (Holzschnitt 1858) / wikipedia | S. 61 © Pfeffi / pixelio.de | S. 62 © catbagan / flickr.com | S. 64 © Frank de Kleine / flickr.com | S. 66 © Artwork / vatter + vatter | S. 67 © www.drk-intern.de/marketingforen/forum-ehrenamt.html | S.68 Artwork / vatter + vatter | S. 69-71 © www.vatter-vatter/drk-medienportal | S. 72 © Peter Grieger Consulting | S. 75 © Sylvain Favé / flickr.com | S. 76 © Artwork / vatter + vatter | S. 77 © Georg Wilhelm Friedrich Hegel / porträtiert von Jakob Schlesinger (1831) | S. 78 Alexis de Tocqueville / wikipedia | S. 78 Antonio Gramsci / wikipedia | S. 79 © www.aktive-buerger-schaft.de | S. 80 © Ralf Dahrendorf / Holger Noß | S. 82-84 © DRK-Schwesternschaft Clementinenhaus | S. 86 © zimmytws / fotolia.com | S. 87 © Ingorr / flickr.com | S. 89 Artwork / vatter + vatter | S.90 Robert Putnam (2006) / wikipedia | S. 91 © www.share-project.org | S. 93 © www.twitter.com | S. 93 © www.facebook.com | S. 93 © www.wikipedia.org | S. 93 © www.delicious.com | S. 93 © www.youtube.com | S. 93 © www.flickr.com | S. 94 © http://blog.rotekreuz.at/sociologist | S. 95 © Arnim Schindler / aboutpixel.de | S. 95 © www.blutspender.net/home.php | S. 102 © Dustin Diaz / flickr.com | S. 125 © ~ Martin ~ / flickr.com

Ehrenamt. Generationen in bester Gesellschaft.



Das Rote Kreuz hat



viele Gesichter...



...genau wie ich.

Infos unter: **0180 365 0180**

9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk ggf. abweichend

www.DRK.de

Hausnotruf - Info:

0180 365 0180 9 Cent / Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk ggf. abweichend

Oktober 2009

Herausgeber:

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Carstennstraße 58
12205 Berlin

Redaktion:

Petra Weingärtner

Autor:

Jörg Marx
marx@pressebuero-berlin.de